

Innenausschuss
Wortprotokoll
17. Sitzung

Öffentliche Anhörung

am Montag, 5. Juli 2010, von 13.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Raum 4.900
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Wolfgang Bosbach, MdB

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zur
„Neuorganisation der Bundespolizei“

	<u>Seite</u>
I. Anwesenheitsliste	3
• Mitglieder des Deutschen Bundestages	
• Bundesregierung, Bundesrat, Fraktionen	
II. Sachverständigenliste	5
III. Sprechregister der Sachverständigen und Abgeordneten	6
IV. Protokollierung der Anhörung	7
Bandabschrift	
V. Anlage:	
Schriftliche Stellungnahmen der Sachverständigen	
- Ausschussdrucksachen-Nr.: 17(4)72 A ff -	
• Sven Hüber	79
GdP Bezirk Bundespolizei, stv. Vorsitzender, Geschäftsstelle Hilden – 17(4)72 C	
• Gerhard Medgenberg	92
GdP, Vorsitzender Kreisgruppe Bundespolizei Weil am Rhein – 17(4)72 A	
• Rüdiger Reedwisch	100
Bundesvorsitzender der bundespolizeigewerkschaft bgv, Berlin – 17(4)72 F	
• Roland Voss	104
GdP Direktionsgruppe Koblenz, Vorsitzender – 17(4)72 B	
• Lars Wendland	113
GdP Bundespolizei, stv. Vorsitzender Direktionsgruppe Berlin Brandenburg – 17(4)72 D	
• Rainer Wendt	123
Bundesvorsitzender der DPoIG, Berlin – 17(4)72 E	
• Volker Zintel	128
Generalbevollmächtigter Konzernsicherheit der Fraport AG, Frankfurt am Main (bis 31. März 2010) – 17(4)72 G	

I. Anwesenheitsliste Mitglieder des Deutschen Bundestages

Bundesregierung

Bundesrat

Fraktionen und Gruppen

II. Liste der Sachverständigen für die Öffentliche Anhörung am 5. Juli 2010

1. Sven Hüber GdP Bezirk Bundespolizei, stv. Vorsitzender,
Geschäftsstelle Hilden
2. Gerhard Medgenberg GdP, Vorsitzender Kreisgruppe
Bundespolizei Weil am Rhein
3. Rüdiger Reedwisch Bundesvorsitzender der
bundespolizeigewerkschaft bgv, Berlin
4. Roland Voss GdP Direktionsgruppe Koblenz,
Vorsitzender
5. Lars Wendland GdP Bundespolizei, stv. Vorsitzender
Direktionsgruppe Berlin Brandenburg
6. Rainer Wendt Bundesvorsitzender der DPoIG, Berlin
7. Volker Zintel Generalbevollmächtigter Konzernsicherheit
der Fraport AG, Frankfurt am Main
(bis 31. März 2010)

III. Sprechregister der Sachverständigen und Abgeordneten

Sachverständige

Seite

Sven Hüber	8, 23, 37, 52, 68, 74, 77
Gerhard Medgenberg	9, 25, 32, 63, 72
Rüdiger Reedwisch	11, 26, 42, 56, 65, 71, 75
Roland Voss	13, 27, 35, 49, 73
Lars Wendland	16, 29, 34, 41, 42, 62, 71
Rainer Wendt	18, 30, 45, 55, 60, 76
Volker Zintel	20, 30, 56, 67, 70

Abgeordnete

Vors. Wolfgang Bosbach	7, 22, 25, 31, 47, 71, 72, 78
Günter Baumann	22
Wolfgang Gunkel	31, 40
Gisela Piltz	40, 42, 47
Frank Tempel	47
Wolfgang Wieland	59, 60
Michael Hartmann (Wackernheim)	66
Armin Schuster (Weil am Rhein)	74
Dr. Stefan Ruppert	77

IV. Protokollierung der Anhörung

Vors. **Wolfgang Bosbach:** Meine Damen und Herren hier unten im Saal und auf der Tribüne, ich darf mich zunächst entschuldigen: Gestern hatte Air Berlin den Flug komplett gestrichen, heute hatten sie sich schon verbessert, da haben sie nur eine Verspätung gehabt. Vielleicht sind sie beim dritten Anlauf pünktlich.

Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 17. Sitzung des Innenausschusses. Ich darf mich vor allen Dingen bei den Sachverständigen bedanken, die heute erschienen sind, um den Kenntnisstand des Innenausschusses auf ein höheres Niveau zu heben und zu komplettieren. Die Ergebnisse der Anhörung sollen dazu beitragen, die Beratungen zur Neuorganisation der Bundespolizei namentlich hier im Innenausschuss fortzusetzen.

Für die Bundesregierung darf ich Herrn Abteilungsleiter Franz-Josef Hammerl begrüßen. Die Sachverständigen haben bereits eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Sie ist verteilt worden und wird dem Protokoll über die Anhörung beigelegt. Wir werden eine Bandabschrift anfertigen. Den Sachverständigen wird das Protokoll zugesandt. Sie können dann noch, sofern Sie nicht den Inhalt wesentlich verändern, die ein oder andere sprachliche Überarbeitung vornehmen. Alles, was hier verhandelt wird, wird ins Internet eingestellt.

13.00 bis 17.00 Uhr ist der Zeitrahmen. Ich füge hinzu, solange dürfen wir tagen. Wenn wir früher fertig sind, ist es auch gut.

Zunächst vorab eine mündliche Einführung von fünf Minuten. Die letzte Anhörung hat gezeigt, dass es gar nicht so einfach ist, die fünf Minuten einzuhalten. Wir machen das auch nicht sklavisch, sondern etwas locker, aber es wäre nett, wenn sich die Sachverständigen daran halten würden. Für diejenigen, die Schwierigkeiten haben: Der große Zeiger geht fünf Mal komplett rum, dann ist es vorbei. Es ist anders als bei uns Abgeordneten, denn wir sind dann fertig und müssen uns wieder setzen. Hier haben wir noch ein paar Stunden vor uns, das heißt, das, was Sie in die fünf Minuten nicht hineinbekommen, geht garantiert nicht verloren, sondern taucht an Fragestellungen mit Sicherheit im Zuge des Nachmittags bei den anschließenden Fragerunden der Berichterstatter und allen anderen Kolleginnen und Kollegen wieder auf. Es geht also nichts verloren. Um das Ganze ein bisschen zu systematisieren, wurde darum gebeten, dass wir zunächst über das Thema „Neuorganisation“ sprechen, dann über das Thema „Präsenz in der Fläche“, dann über das Thema „Sozialverträglichkeit“ und schlussendlich über die „Flughafensicherheit und Bahnpolizei“. Zuletzt Sonstiges bzw. Verschiedenes, z. B. Abschichtung nichtministerieller Aufgaben auf das Bundespolizeipräsidium. Was Sie in den Mittelpunkt Ihres Eingangsstatements stellen, ist natürlich ganz Ihnen überlassen.

Das ist gar keine Frage. Sie müssen sich also nicht an die Reihenfolge halten, die ich Ihnen gerade vorgetragen habe.

Das ist hier alphabetisch? Das kann doch gar nicht sein. Haben wir bis „H“ nichts? Als Erster, Herr Hüber.

SV **Sven Hüber** (GdP Bezirk Bundespolizei, stv. Vorsitzender, Geschäftsstelle Hilden): Vielen Dank, Herr Bosbach. Es tut mir leid, dass mein Nachname mit „H“ anfängt. Daran kann ich nichts mehr ändern. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen zunächst für die Gelegenheit, hier Stellung nehmen zu können. Ich habe mich bemüht, in der schriftlichen Stellungnahme in der gebotenen Ausführlichkeit hier die aus meiner Sicht wichtigsten Aspekte im Zusammenhang mit der „Neuorganisation der Bundespolizei“ darzustellen. Sie haben bereits aus den Reaktionen seit März 2010 bemerkt, dass die Stimmungslage in der Bundespolizei angespannt ist. Aus meiner persönlichen Sicht ist sie sogar etwas schlechter, als sie sein müsste, und dies hat in vielen Bereichen Bezugspunkte zur Neuorganisation der Bundespolizei. Zum einen wirkt der große und aus meiner Sicht kardinale Fehler nach, dass diese Neuorganisation der Bundespolizei ohne Einbindung der Polizeiführungskräfte und auch ohne wesentliche Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt ist. Das führt nachhaltig zu Akzeptanzproblemen von Organisationsentscheidungen und den Organisationsentscheidungen folgen dann Personalentscheidungen. Zum Zweiten hat sich aus meiner Sicht herausgestellt, dass die Gleichzeitigkeit des Umbaus sowohl an der operativen Basis als auch des Umbaus der Führungsorganisation mit der Bildung der Bundesoberbehörde vielleicht nicht die glücklichste Lösung gewesen ist. Die Bildung von Großinspektionen auf der einen Seite und die Restrukturierung des Führungsüberbaus auf der anderen Seite überfordern insgesamt die Organisation. Nachträglich negativ wirkt sich zudem aus, dass das Vertrauensverhältnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht unbedingt zum Besten bestellt ist, was auch politische Zusicherungen und Zusagen angeht. Als Ausgleichsmaßnahme für berufliche Belastungen, die sich aus der Neuorganisation ergeben, hatte der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble am 10. Dezember 2008 in einer Presseerklärung Zusicherungen gegeben, Verbesserungen in der Personalstruktur, im Laufbahnrecht und in allen anderen Bereichen hier nunmehr einzuleiten. Tatsächlich erleben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedoch, dass es laufbahnrechtliche Änderungen nicht gegeben hat – im Gegenteil mit dem aktuellen Haushaltsgesetz sogar Planstellenstreichung. Wir haben drei Planstellenobergrenzen für die Verwaltung, in einer Polizeiorganisation und auch das Wegsparen von Arbeitsplätzen, insbesondere in der Verwaltung hat hier um sich gegriffen. Dies wird als Vertrauensdefizit aufgenommen und hat Auswirkungen auf die Situation in der Bundespolizei. Das angestrebte Ziel ist, möglichst einfache Prozesse innerhalb der Gesamtorganisation zu gestalten und Redundanzen zu

vermeiden, so wurde es 2008 formuliert, um damit eine Straffung und Vereinfachung der Arbeits- und Entscheidungsprozesse zu bewirken. Das ist aus meiner Sicht nur in Teilen gelungen. In vielen Feldern beklagen die Mitarbeiter zu Recht, dass erheblich mehr Aufwand sogar betrieben werden muss als vor der Umorganisation. Das Kernziel, das gebundene Personal von rund 1.000 Funktionen zur Verstärkung der operativen Basis einzusetzen, konnte deshalb nicht erreicht werden, weil bei 800 unbesetzten Planstellen für Vollzugsbeamtinnen und –beamte schlicht und ergreifend die Köpfe, die diese Arbeit ausführen sollten, nicht vorhanden sind. Im weiteren Feld durch Zentralisierung Entscheidungsprozesse zu standardisieren, zu straffen, technisch besser zu unterstützen und zu vereinfachen, ist gerade was den Bereich der logistischen und technischen Sicherstellung der Polizeiarbeit betrifft, noch Nachholbedarf gegeben. In der Aus- und Fortbildungsorganisation haben wir erhebliche Probleme – auch zwei Jahre nach der Umsetzung der Neuorganisation –, weil die Kapazitäten für den Einstellungsbedarf, sowohl des akuten Bedarfs als auch in Zukunft, wegen des demografischen Wandels und der Veralterung der Bundespolizei nicht ausreichen. Zum Konzept der ergebnisorientierten Steuerung in der Bundespolizei bin ich mir sicher, werden noch einige Nachfragen sein. Ich möchte noch einen Satz anfügen, um dann die fünf Minuten nicht zu sehr zu strapazieren. Zur Sozialverträglichkeit: Wir hatten bereits in der Anhörung im Jahr 2008 darauf hingewiesen, dass es dringend notwendig ist, sich über das Berufsbild Bundespolizei und die sozialen Wirkungen für die Beamtinnen und Beamten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier Gedanken zu machen. Eine Polizei, die als Berufsbild 40 Jahre lang bundesweit tatsächlich disponibel zu sein, anbietet, gibt es in dieser Form wahrscheinlich nur in der Bundespolizei, noch nicht einmal die Kameraden der Bundeswehr – dort sowieso nur die Zeitsoldaten und auch nur in einem engen Korridor – sind in solch langer Zeit einem solchen Veränderungsdruck ausgesetzt und die sozialen Rahmenbedingungen und Begleitmöglichkeiten beamtenrechtlicher und finanzieller Möglichkeiten sind gegenwärtig für dieses Berufsbild der permanenten Disponibilität aus meiner Sicht nicht gegeben. In diesem Sinne, Herr Vorsitzender, danke für das Wort, ich wünsche ein anregendes Gespräch.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Hüber. Das war mehr als vorbildlich. Sie vertreten hier die Gewerkschaft der Polizei im Bezirk Bundespolizei aus Hilden als stv. Vorsitzender. Aus der gleichen Gewerkschaft der Vorsitzende der Kreisgruppe Bundespolizei Weil am Rhein, Herr Medgenberg, Sie haben das Wort.

SV **Gerhard Medgenberg** (GdP, Vorsitzender Kreisgruppe Bundespolizei Weil am Rhein): Vielen Dank. Ich beleuchte die ganze Sache natürlich logischerweise dann weniger aus dem Aspekt des Bezirks Bundespolizei, sondern eigentlich eher aus dem Bereich einer Basisorganisation dieser Gewerkschaft. Fangen wir mal so an: Neben der Feststellung, dass aus unserer Sicht keines der postulierten Ziele der

Reform erreicht wurde – ich denke aber zu den Einzelheiten kommen wir vermutlich nachher noch –, bleibt zunächst erst einmal zu konstatieren, dass die Geschichte dieser Reform III eigentlich ein Paradebeispiel dafür ist, wie man es nicht machen sollte. Wie man es nicht machen sollte, wussten wir allerdings eigentlich bereits von der Reform II her, weil wir da nun diesbezüglich einige Erfahrungen gesammelt hatten, gerade in puncto „Mitnehmen der Mitarbeiter-Reform“ nur mit, nicht gegen die Mitarbeiter usw. und dergleichen Schlagworte mehr – wurden jedoch nahezu alle damals begangenen Fehler wiederholt bzw. eher noch potenziert. Das begann bereits mit dem Start der Reform mit einer bewussten Fehlinformation – das sage ich jetzt mal sehr vorsichtig – des Bundespolizeihauptpersonalrates im Sommer 2006, dass zur Zeit keine umfassende Reorganisation der Bundespolizei geplant sei, worauf einige Wochen später dann sowohl dieser Hauptpersonalrat als auch die bis dahin amtierenden Leiter der damaligen Mittelbehörden vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Es ging weiter mit der konkreten Ausgestaltung der Reform, bei der die Gewerkschaften und Personalvertretungen keinerlei Mitspracherechte hatten. Das Ende vom Lied war dann ein bis dato nicht für möglich gehaltenes Eindampfen der Basis, zumindest der operativen Dienststellen im einzeldienstlichen Bereich auf etwas mehr als die Hälfte der ursprünglichen Anzahl sowie eine vollkommene Zerschlagung der bisherigen Strukturen, weswegen dann logischerweise sehr schnell auch buchstäblich nichts mehr ging. Unglücklicherweise hatte man jedoch diesen zerschlagenen Strukturen keine neuen funktionsfähigen entgegensetzen. Den Kardinalfehler, nämlich die Zentralisierung sämtlicher Strukturen, hatte man ansatzweise bereits im Rahmen der Reform II begangen. Schon damals hatte dies, wie ich in meinem unmittelbaren dienstlichen Umfeld Weil am Rhein hautnah erleben durfte, nicht funktioniert und es war für uns daher absehbar, dass dieses im potenzierten Rahmen schon gar nicht funktionieren würde. Dieser Erfolg hatte sich dann erwartungsgemäß auch eingestellt. Das Personal wurde ebenso erwartungsgemäß immer ungehaltener, konnte diese neuerlichen Umwälzungen schlicht nicht verarbeiten und ich wage mir einer Beerlage-Studie – der Name sagt Ihnen allen sicherlich was – unter heutigen Verhältnissen gar nicht erst auszumalen. Fakt ist auf jeden Fall, dass die katastrophale Stimmungslage, wie ich sie jetzt wahrnehme, nicht daher kommen kann, dass bei uns alles in bester Ordnung ist, sondern man muss ganz im Gegenteil feststellen, dass es in vergleichbaren Organisationen bei Leibe nicht so schlimm aussieht wie bei uns jetzt. Die Standortentscheidung im Rahmen der Reform wurde ohne Beteiligung von Personalvertretungen bzw. Gewerkschaften getroffen. Eine fest zugesagte Begründung fachlicher Art für die getroffenen Entscheidungen wurde bisher nicht geliefert. Vermutlich auch deswegen, weil man dafür eine entsprechende fachliche Begründung überhaupt nicht liefern kann, sondern weil es rein politischer Natur war. Die mit den Personalvertretungen ausgehandelte Dienstvereinbarung zur Umsetzung ist vielfach nicht eingehalten bzw. unterlaufen worden. Ich erinnere hier an die unselige Arbeitszeitdiskussion. Das Sahnehäubchen kam für uns allerdings dann mit

dem Bericht des Bundesinnenministers an den Innenausschuss mit Datum 1. März 2010, der im Rahmen des parlamentarischen Beschlussverfahrens der Änderung des Bundespolizeigesetzes vereinbart worden war. Aufgrund dieses Berichtes hat es uns – wie man bei uns im Südbadischen sagt – verjagt, weil dieser Bericht mit der Wirklichkeit der Bundespolizei im Jahre 2010 nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun hat und eigentlich lediglich den Soll-Zustand darstellt. Der Protest gegen diesen Bericht fiel dann auch etwas heftiger aus, als man es allgemein erwartet hatte, was dann auch den Anlass dafür geliefert hat, weswegen wir uns heute hier zusammen gefunden haben.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Medgenberg. Als nächsten Sachverständigen begrüßen wir den Bundesvorsitzenden der bgv, Berlin, bundespolizeigewerkschaft verbund innere sicherheit, Herrn Rüdiger Reedwisch.

SV Rüdiger Reedwisch (Bundesvorsitzender der bundespolizeigewerkschaft bgv, Berlin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bedanke mich für die Gelegenheit, als Sachverständiger etwas zur Neuorganisation der Bundespolizei abzugeben. Die grundsätzliche Frage, die ich an den Anfang stellen möchte: Hat der Bericht, den das BMI vorgelegt hat, überhaupt den Charakter eines Evaluationsberichtes? Das bestreite ich ausdrücklich. Wenn man in die Wissenschaft reinguckt und Formulierungen aller Art wertet, dann wurde hier nicht evaluiert, sondern man hat sich im Grunde genommen bestätigt für das, was man im Jahre 2008 formuliert hat. Insofern überrascht mich der Bericht überhaupt nicht und im Kern hätte ich ihn eigentlich schon vor zwei Jahren so schreiben können. Von dem, was ich jetzt sage, hat sich alles bewahrheitet. Der Anlass war ein politischer Wegfall der stationären Grenzkontrollen an der polnischen und tschechischen Grenze und die Notwendigkeit, politisch zu reagieren, war in Ordnung. Hier ist aber bereits der erste Fehler. Die Reaktion kam kurzfristig, kam hastig, kam übereilt. Nach meiner Meinung hätte man sich schon zwei bis drei Jahre vorher systematisch auf dieses Ereignis vorbereiten können. Das ist unterblieben. Ich zitiere ausdrücklich unseren Bundesinnenminister, der jetzt die Sicherheitsarchitektur auf Bundesebene überprüft und dabei einen Zeitrahmen vorgegeben hat, wo auch Gelegenheit ist, etwas zu hinterfragen, etwas zu überprüfen und in der Conclusio dann zu sinnvollen Ergebnissen und Umsetzungspraktika zu kommen. Das war hier gar nicht möglich, weil es unter dem Aspekt der absoluten Geheimhaltung im kleinen Kämmerlein im BMI ausgefertigt und dann nach dem Motto „Vogel friss oder stirb“ uns serviert wurde. Das Verfahren ist hinreichend bekannt. Das ist also mein erster gravierender Vorwurf. Hier ist schon im Vorfeld unsachgemäß vorbereitet worden. Dass der Gesetzgeber dann in 2008 entsprechend mit einem Artikelgesetz entschieden hat, finde ich richtig, das war in Ordnung. Hier musste ein Regelungsgehalt vorgenommen werden und ich begrüße es ausdrücklich, dass wir auch eine Bundesoberbehörde, wenn auch vielleicht zu sui generis geschaffen haben, denn damit greifen wir ein altes Thema schon aus den

50er Jahren auf. Schon damals war in der Diskussion, den Bundesgrenzschutz – so hieß er zu seiner Zeit – mit einer Oberbehörde in die Führungsgeschäfte hineinzubringen. Hier stellt sich allerdings jetzt schon nach fast zweieinhalb Jahren die Frage, ob die jetzige Oberbehörde Bundespolizeipräsidium in Potsdam die Ansprüche an die Oberbehörden, die seit Jahr und Tag schon auf einen längeren Zeitraum bestehen, erfüllt oder sie diese eigentlich erfüllen kann? Ich sage das ausdrücklich in organisatorischer Hinsicht und möchte keine Personaldiskussionen dazu anzetteln, aber von der Organisationsfrage stellt sich einfach das Problem so dar. Ich möchte auch ausdrücklich sagen, wie erstaunt ich war, als ich alle Statements meiner Kollegen hier gelesen habe, wie Herr Zintel als Außenstehender – so bewerte ich ihn im Gegensatz zu uns als Insidern – den tatsächlichen Zustand der Bundespolizei auch in meinem Sinne sehr treffend erfasst und dargestellt hat. Die Grundlage aller Fehler – das hatten wir in vielen Gesprächen auch im politischen Bereich verdeutlicht – ist eine nicht vorgenommene Aufgabenkritik, ein In-sich-Geschäft. Denn man kann nicht erwarten, dass derjenige, der etwas darstellt, hinterher sagt: „Es war alles Unsinn und wir haben alles falsch entschieden und haben jetzt zweieinhalb Jahre gewartet“. Ich halte eine Probeablauforganisation für äußerst sinnvoll und sie wäre sehr vernünftig gewesen. Es ist aber, wie ich es schon sagte, sicherlich am Zeitfaktor gescheitert, aber was nicht ist, kann ja noch werden. Was bis heute nicht geklärt ist – auch in den Publikationen des Innenministeriums – welche Kernaufgaben hat die Bundespolizei und ist sie möglicherweise damit nicht schon personell unterbesetzt? Ich denke da auch nur an ausgebliebene Visionen, auch das, was wir aktuell im Moment politisch diskutieren: Verwendung im Ausland der unterschiedlichsten Art. Die Probleme, die die Bundespolizei hat, bestehen nicht in der Aufbauorganisation. Die ist in meinen Augen im Grunde genommen richtig. Sie ist ausdrücklich problematisch behaftet in der Ablauforganisation – auch in einer unangemessenen Personal- und Führungsstruktur kristallisiert sich dieses Problemfeld heraus. Es ist ein Entscheidungsstau, belegbar durch viele Daten, Fakten und Beispiele, auf die ich hier jetzt verzichte. Dieses führt dazu, dass Mitarbeiter unzufrieden sind, dass jegliche Transparenz vermisst wird, auch von Vorgesetzten, wobei die teilweise diese Transparenz gar nicht leisten können, auch ihrer Führungsverantwortung nicht gerecht werden können, weil sie beispielsweise erschlagen werden mit Verwaltungsaufgaben, die als Vorgaben da sind und noch weiter intensiver dargestellt werden. Ich stelle also fest, keine klaren Führungsstrukturen, extremer Dirigismus – man könnte auch sagen Diktatur von oben – die Zentralsteuerung sowohl des BMI als auch des Präsidiums geht zu weit, sie lähmt die Organisation; Fachaufsicht wird insgesamt als Kontrolle verstanden und nicht als positive Motivierungsmaßnahme für Mitarbeiter. Dieses deutet sich daraus, dass eine Fülle von Regelungsflut durch Erlasse des BMI und durch Verfügungen des Präsidiums besteht, die eine Fülle von Konzeptionen zur Folge haben, die so nicht durchzusetzen war. Eine Frage auch am Rande im fachlichen Bereich: die Rolle der Kriminalitätsbekämpfung wird nicht ausreichend gewürdigt, sie hängt eigentlich

im luftleeren Raum. Im Bereich der Flughäfen haben wir eine unzureichende Personalausstattung, eine falsche Schwerpunktsetzung, zudem die Tatsache, dass eine Fülle von privaten Firmen gleichzeitig in demselben Aufgabenfeld tätig sind. Organisation, Koordination und fachliche Probleme insgesamt. Im technischen Bereich sind wir im Präsidium eigentlich völlig falsch strukturiert, der gesamte technische Bereich gehört in eine andere Organisationsform, in eine Querschnittsdienststelle – so, wie es die Länder vormachen. Es wurde immer wieder auf die Länder verwiesen, hier wurde mal etwas Gutes nicht umgesetzt und berücksichtigt. Sozialverträgliche Umsetzung ist schon oft genug gesagt worden, was mangelhaft ist bei den ganzen Entscheidungen insgesamt, darauf will ich ausdrücklich hinweisen, vielleicht kommen auch Beispiele hinzu. Der Aspekt von Familie und Beruf ist mehr als unzureichend gewürdigt. Die Dienstposten sind unzureichend für das Aufgabenvolumen. Die Schattenstrukturen sind selbstverständlich, sie sind auch unvermeidbar, wenn man das Aufgabenvolumen nicht reduziert. Und was völlig unsinnig ist, ist die ungleiche Bewertung gleicher Tätigkeiten auf dem Dienstposten. Das wäre so als ob ein Abgeordneter mit 6.000 Euro, der andere mit 5.000 Euro und der andere mit 7.000 Euro dieselbe Tätigkeit macht. Das kann es nicht sein. Wobei die Zahlen fiktiv sind, meine Damen und Herren. Was wir hoffentlich bald haben – da gibt es Signale aus den Ministerien inzwischen – ist die Beseitigung der Diskrepanz zwischen Soll und Ist der Stellenbesetzung. Der Organisations- und Dienstpostenplan war ständig mit Dienstposten übererfüllt, ie finanziell nicht unterlegt waren und die so nicht berechtigt waren. Das hat zu erheblicher Verwirrung und Anspruchsdenken geführt. Nicht gewürdigt bis jetzt durch Entscheidungsstau und durch viele praktische Probleme ist die Aufgabenübertragung an der bayerischen Grenze im Praktischen. Nach meiner Meinung ist das Präsidium als operative Behörde sui generis ungeeignet. Die alten Fehler in der Zuordnung der Technik sind dieselben Fehler wie in der Zeit, als die Technik im BMI saß. Das muss geändert werden. Gleiches gilt für die Einstellungspraxis und Verwendung. Abschließend mein Vorschlag: von innen ist diese Organisation nicht ausreichend steuerungsfähig. Deswegen halte ich es für unverzichtbar, ergänzend neutral zu evaluieren, als Kernforderung, und nicht reden und suchen, wer hat Recht und wer hat nicht Recht, sondern gemeinsam nach einem Gutachten konstruktive Lösungen zu finden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Reedwisch. Die Gewerkschaft der Polizei ist heute in Kompaniestärke angetreten. Von der Direktionsgruppe Koblenz der Vorsitzende, herzliche Willkommen Roland Voss.

SV **Roland Voss** (GdP Direktionsgruppe Koblenz, Vorsitzender): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren des Innenausschusses. Ich möchte mich Ihnen zuerst ganz kurz vorstellen: Meine Tätigkeit in der Bundespolizeiorganisation ist als Personalvertreter, als Vorsitzender des örtlichen

Personalrates einer Inspektion, die zuständig ist für das Bundesland Saarland in der Inspektion Bexbach und auch als stv. Gesamtpersonalratsvorsitzender für die Direktion Koblenz. Ich habe mich entschieden, eine Stellungnahme abzugeben, insbesondere auch aus dem Bereich, wie kommt die Reform bei den Beschäftigten an, also wie sehen die Kolleginnen und Kollegen das, was man eigentlich von oben erwartet, um einfach auch einmal dieses Spannungsverhältnis zu sehen. Die Beschäftigten der Bundespolizei hatten große Erwartungen und Hoffnungen in die Reform und standen anfänglich den Veränderungen sehr positiv gegenüber. Vor allem aber auch, dass der operative Bereich gestärkt werden sollte und dass es zu Vereinfachungen in der Hierarchie und damit einher zu einer deutlichen Verschlinkung der Struktur kommen sollte, sprach den Beschäftigten aus der Seele. Sie verbanden mit dieser Reform insgesamt aber auch Erwartungen, Erwartungen, dass die noch notwendigen und nicht erledigten Veränderungen zweier vorangegangener Reformen jetzt mit erledigt würden. Dabei ging es insbesondere um durchgängige und konkrete Entwicklungsperspektiven, ein vernünftiges Betriebsklima, um Mitarbeiterzufriedenheit und ganz besonders auch nach einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Doch was erleben die Beschäftigten heute? Was ist tatsächlich geschehen? Es ging tatsächlich nicht konkret darum, die Menschen in der Bundespolizei mitzunehmen. Es geht einfach darum, Ressourcen neu zu verteilen und schließlich auch darum, mehr Leistung von den Menschen abzuverlangen. Umso mehr sind die Menschen heute in der Bundespolizei aktuell von dieser Reform enttäuscht worden. Die Bundespolizei wurde in ihren Abläufen viel komplizierter aber nicht effizienter. Zentrale Steuerung und das eingeführte Controlling funktionieren aus breiter Sicht der Beschäftigten nicht. In der alten Organisation war zwar nicht alles besser gewesen, aber die Arbeit konnte besser und wirksamer wahrgenommen und erledigt werden. So nüchtern folgen die Beschäftigten vor allem der operativen Basis in der Bundespolizei, das derzeitige Ergebnis der Bundespolizeireform. Insgesamt ist die Wahrnehmung aber auch höchst differenziert zu betrachten. So gibt es eine völlig unterschiedliche Betrachtung von unten und auch eine ganz andere Betrachtung von oben. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Erfahrungen von Personalversammlungen haben mich betroffen gemacht. Die Personalräte berichten unisono von einer überproportional gestiegenen Anzahl von Eingaben von Beschäftigten. Die Belastungen sind offensichtlich für Einzelne so groß geworden, dass sie bei ihren Vorträgen in Personalversammlungen sogar den Tränen nahe waren. Ich darf Ihnen bestätigen, so etwas habe ich in meiner doch schon relativ langen Zeit als Vertreter der Beschäftigten bisher noch nicht erlebt. „Wir schaffen es nicht mehr, wir können nicht mehr. Immer Weniger müssen die Arbeit vor Ort erledigen. Es fehlt an Personal, dagegen werden immer mehr Kollegen für andere nicht polizeiliche Aufgaben benötigt.“ Das sind die Kernaussagen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort – „und dafür erhalten wir keine Anerkennung, kein Lob und keinen Dank. Für wen und warum sollen wir uns krank machen?“ Ich habe mir genau

diese Aussagen mehrfach notiert, weil ich es Ihnen heute hier einmal vortragen wollte. Sie ergreifen und sie bestürzen mich auch zugleich. Sie münden in der Annahme vieler Beschäftigter aus einer großen Perspektivlosigkeit. Die Betroffenheit der Beschäftigten mit dieser Reform ist sehr groß. Warum ist das so? Um 1.000 Polizisten zu stärken, wurden auf dem Papier, also auf dem Organisations- und Dienstpostenplan der Bundespolizei viel mehr Dienstposten eingerichtet, als tatsächlich Beschäftigte vorhanden waren. Damit wurden Erwartungen in der gesamten Organisation vorgetäuscht, die insbesondere in den westlichen Bundesländern, also in den Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, in Teilen von Hessen, in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Baden-Württemberg aber auch in den Schwerpunktdienststellen, an den Flughäfen in Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart und München tatsächlich gar nicht zu erfüllen waren. Heute fehlen in einzelnen Dienststellen bis zu 30 Prozent des operativen Personals. Und eine Lösung ist nicht in Sicht. Obwohl seit Jahren Haushaltsmittel für Einstellungen zur Verfügung standen, wurde nicht in dem erforderlichen Maße eingestellt und ausgebildet. Das ging und geht zu Lasten des operativen Dienstes der Bundespolizei. Stattdessen werden heute die Beschäftigten der Aufwuchsdienststellen und die Beschäftigten der Dienststellen mit personellem Überhang gegeneinander ausgespielt. Es ist daher schwer zu verstehen, dass Zahlen von einer positiven Erfolgsbilanz sprechen, obwohl Dienststellen wegen Personalmangels temporär geschlossen und Streifenfahrzeuge nicht bewegt werden können. Ich möchte das Personalproblem mit dem Bau eines Hauses vergleichen. Wenn ich für das Decken eines Daches 1.000 Dachziegel brauche und nur 800 Ziegel habe, kann ich das Dach nicht effektiv decken. Es wird immer hereinregnen, die Bewohner des Hauses werden schlicht und ergreifend bei Regen nass und krank, auch wenn ich zu internen Regelungen komme und Verbesserungen aufstelle, kann ich immer nur einen gewissen Teil des Hauses letzten Endes nutzen. Es besteht ein Grundproblem und dieses muss gelöst werden. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme auch gleich zum Ende. Auch die Verantwortlichen, die diese Reform haben umsetzen müssen und das Grundproblem des hohen Personalfehlers nicht erkannt haben, sind Leidtragende und Betroffene zugleich. Es gibt keine Lösung. Es fehlt sowohl an Personal und Personal ist uneffizient eingesetzt. Ich möchte noch ganz kurz zu den sozialen Rahmenbedingungen im Konkreten auch auf die Mitarbeiterzufriedenheit eingehen. Warum und was bedeutet Mitarbeiterzufriedenheit? Mitarbeiterzufriedenheit ist ein Maß zur Beurteilung der Befindlichkeit der Mitarbeiter und auch der Führungskräfte. Sie entscheidet wesentlich über den Erfolg eines Unternehmens und über dessen Zukunftsfähigkeit. Die Mitarbeiterzufriedenheit hat auch direkte Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Mitarbeiter. Wenn wir also evaluieren, also von Wirksamkeit, von Effizienz und von Zukunftsfähigkeit sprechen, dann geht es um die Menschen, nicht etwa um das bloße Erbringen von Zahlen oder das Erfüllen von imaginären Zielvorgaben. Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages

verabschiedete am 23. Januar 2008 eine EntschlieÙung: Durch parlamentarische Kontrolle sollte die Entwicklung der Bundespolizei begleitet werden, nach einer kritischen Überprüfung sollen zeitnah notwendige Korrekturen erfolgen. Unser aller gemeinsames Ziel muss es daher sein, die Arbeitsbedingungen und damit die berufliche Zufriedenheit deutlich zu verbessern. Das Berufsbild muss dem Anspruch nach Verlässlichkeit und persönlicher und individueller Lebensplanung gerecht werden, so dass Beruf und Familie verbunden werden können. Meine Kolleginnen und Kollegen wollen wieder Vertrauen spüren, Zuversicht haben in eine Politik der Fürsorge und soziale Verbindlichkeit. Das brauchen sie heute mehr als je zuvor. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Wir danken Ihnen, Herr Voss. Das waren acht Minuten, drei drüber. Die müssen wir jetzt bei Ihnen abziehen, das ist klar. Nochmal die Gewerkschaft der Bundespolizei, stv. Vorsitzender Direktionsgruppe Berlin Brandenburg. Herzlich Willkommen, Herr Wendland.

SV **Lars Wendland** (GdP Bundespolizei, stv. Vorsitzender Direktionsgruppe Berlin Brandenburg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung. Ich möchte aber eines vorweg schicken. Sie erwähnen die ganze Zeit, wie stark die GdP hier ist. Ich freue mich natürlich auch, dass die anderen Gewerkschaften – leider nicht alle in unserer Bundespolizei Vertretenen hier anwesend sind. Im Übrigen muss man dazu sagen, die Gewerkschaften sollten ursprünglich nicht hier benannt werden als Gewerkschafter, sondern als Sachverständige, nur! So ist es im Innenausschuss auch besprochen worden. Mit dieser heute stattfindenden Anhörung zur „Neuorganisation der Bundespolizei“ verbinde ich die Hoffnung, dass sich das Parlament und die politische Führung der Bundespolizei mit zwingend notwendigen Veränderungen innerhalb der Bundespolizei befasst und diese dann schnellstmöglich umsetzt. Die meisten sich derzeit darstellenden Probleme in der Bundespolizei – u. a. hoher Krankenstand, erhöhte Burn-out-Quote, Arbeitszeitprobleme, Unzufriedenheit der Mitarbeiter, um nur einige wenige zu nennen – sind u. a. ein Ausdruck für das fehlende Personal, welches schon längst eingestellt hätte werden müssen. Zum 1. März 2008 als die Neuorganisation umgesetzt wurde, gab es einen neuen ODP, Organisations- und Dienstpostenplan, der wohl – das nehmen wir mal an – für die damaligen Aufgaben der Bundespolizei ausgelegt war. Das heißt, es wurden die Aufgaben der Bundespolizei zu Grunde gelegt und dementsprechend Personal zugeordnet. Leider wurden damals wohl nicht die aktuellen Zahlen in gewissen Bereichen, wie z. B. Luftsicherheit und Bahnpolizei zu Grunde gelegt. Denn selbst wenn das Personal, was aber nicht eingestellt wurde den Dienststellen zur Verfügung stehen würde, wäre es nicht ausreichend. Wie das Beispiel Flughafen Berlin-Schönefeld zeigt, denn dort arbeiten mehr Kolleginnen und Kollegen als im ODP stehen und sie sind polizeifachlich und -taktisch dringend nötig. Wie sich die neue Struktur der

Bundespolizei und die Standortentscheidung zur Neuorganisation negativ auswirken, zeigt auch eine für mehrere Regionen beispielhafte Situation in Oldenburg. Das Bundespolizeirevier in Oldenburg war vor der Reform nicht unbegründet eine Bundespolizeiinspektion, denn in Oldenburg befindet sich z. B. Hauptzollamt, Direktion der Landespolizei, Oberlandesgericht, Landgericht, um nur einige zu nennen. Nun, seit 2008 gibt es in Oldenburg nur noch ein Revier der Inspektion Bad Bentheim, welche ungefähr 170 km entfernt liegt. Das bedeutet, dass für sieben Landkreise drei kreisfreie Städte mit einer Fläche von ca. 6.300 km² und 1,1 Millionen Einwohner und sämtliche eben genannten Institutionen ein Revier mit einem Gruppenleiter im Schichtdienst zuständig ist. Mit Oldenburg und zusätzlich Osnabrück befinden sich die dritt- und viertgrößte Stadt Niedersachsens im Inspektionszuschnitt. Aufgrund ihrer besonderen Stellung sind beide Städte herausgehobene Polizeidirektionsstandorte im Land Niedersachsen. In einer Polizeiinspektion Bad Bentheim findet man beide Städte aber lediglich als nachgeordnete Bundespolizeireviere wieder. Dieses Beispiel steht für mich exemplarisch für viele handwerkliche Fehler, die bei den Standortentscheidungen gemacht wurden, was zu Folge bei den Standortentscheidungen erheblich Prüfungs- und Änderungsbedarf darstellt. Diese und viele andere Probleme in der Bundespolizei – wie auch in meiner Stellungnahme und in der der Gewerkschaft der Polizei zum Evaluierungsbericht im März diesen Jahres nachlesbar sind – sind auch in anderen Bereichen der Bundespolizei Gründe des derzeit wohl nicht gerade optimalen Zustands der Bundespolizei. Kurz möchte ich aber auch nochmal auf die Sozialverträglichkeit in den Dienststellen an der Binnengrenze zu Polen und Tschechien eingehen, da ich von da komme. Die Kolleginnen und Kollegen wissen zum Teil gar nicht mehr, warum sie sich einem Prozess der sozialen Umsetzung der Dienstvereinbarung mit Sozialpunktekatalog unterzogen haben. Die Kolleginnen und Kollegen mit hohen Sozialpunktzahlen und demnach mit einem Zuschlag für einen Dienstposten in den Grenzregionen reisen seit Oktober 2008 regelmäßig für drei Monate teils gegen ihren Willen in die sogenannten Schwerpunktbereiche der Bundespolizei. Seit April diesen Jahres reisen zusätzlich zu diesen Kontingenten Bundespolizisten noch zu mehreren Bahnhöfen in die sogenannten „alten Bundesländer“, obwohl die Bundespolizei auch in Berlin Bundespolizeireviere wegen Personalmangels zwischenzeitlich schließen muss. Die Familien, Väter und Mütter an der Grenze hatten mit Zuweisung des Dienstpostens – wie die Kollegen anderswo auch – erwartet, zumindest in der näheren Umgebung ihres Lebensmittelpunktes ihren Dienst zu versehen. Diese extrem kostenaufwendige kurz gedachte Personalpolitik der Bundespolizeiführung führt zusätzlich zu Unmut und innerer Kündigung der Kolleginnen und Kollegen. Zum Schluss, Herr Vorsitzender, möchte ich noch einmal speziell auf meine Empfehlung in meiner Stellungnahme zurückkommen, einem parlamentarischen Bundespolizeibeauftragten nach dem Vorbild des Wehrbeauftragten einzusetzen. Ich bitte Sie, den mir hier vorliegenden Gesetzentwurf zu einem Polizeibeauftragten, der durch die „Humanistische Union“

schon einmal erstellt und vorformuliert wurde (Vgl. Anlage zu A-Drs. 17(4)72 D), zu Protokoll zu nehmen. Dieser Entwurf ist meines Erachtens eine hervorragende Diskussionsgrundlage, um zügig im parlamentarischen Bereich sich mit dem Thema zu beschäftigen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Wir danken Ihnen, Herr Wendland. Nächster Sachverständiger ist der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt.

SV **Rainer Wendt** (Bundesvorsitzender der DPoIG, Berlin): Vielen Dank! Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich will auch um Wiederholungen zu vermeiden, mich auf drei Anmerkungen zu dem beschränken, was ich auch schriftlich dem Ausschuss zugeleitet habe. Mit Gründung des Bundespolizeipräsidiums ist eine Oberbehörde geschaffen, das ist eines der Kernstücke dieser Neuorganisation, die Gründung dieser Oberbehörde, in der Stabs- und Verwaltungsaufgaben zusammengeführt wurden, Dienst- und Fachaufsicht, aber auch eine zentrale Führungsinstanz erstmals installiert wurde und diese Führungsinstanz, die dann auch durchsteuert bis in sämtliche Organisationseinheiten hinein, ist als Instrument aber auch, was die Mechanismen angeht, relativ neu. Auf diese Mechanismen und diese Instrumente will ich kurz zu sprechen kommen, denn hier wird u. a. mit „modernen“ Managementmethoden gearbeitet, die nicht sofort einsichtig sind. Und ich sage deshalb auch „moderne“ in Anführungsstrichen, weil sie in der freien Wirtschaft weitgehend schon wieder der Vergangenheit angehören, übrigens in anderen Polizeien auch, wo sie über viele Jahre erfolglos ausprobiert worden sind. Insbesondere das Thema „Kennzahlen“ birgt ein großes Ärgernis in der Bundespolizei, weil viele Kolleginnen und Kollegen mit diesen Instrumenten schlicht nichts anfangen können und weil sie auch nur bedingt steuerungsrelevant sind, denn in der Tat kann man mit vielen Kennzahlen überhaupt nichts anfangen. Ich habe deshalb die große Hoffnung und Erwartung, dass man die bereits eingeführten Kennzahlen einer sehr genauen Wirkungsanalyse unterzieht und dass man vor allen Dingen die regionale Installierung von Kennzahlen – das ist möglich im Bundespolizeipräsidium, sondern auch auf regionaler Ebene – einzurichten, das muss unter Begründungs- und Genehmigungsvorbehalt der Führungsinstanz gestellt werden, weil sonst in der Tat eine Flut von Kennzahlen auf die Belegschaft niedergeht, die nicht mehr zu akzeptieren ist, und die vor allen Dingen in der Führungsrelevanz tatsächlich auch nichts hergibt. Manche Kennzahlen sind schlichtweg dazu geeignet, sich selbst in die Tasche zu lügen. Diese Instrumente müssen sehr genau auf den Prüfstand – der Bürger ist kein Kunde – und das, was die Polizei macht, ist auch nicht Produkt und insofern müssen alle diese Instrumente immer kritisch hinterfragt werden, sie sind für die Polizei nur eingeschränkt tauglich. Zweite Anmerkung: Mit der neuen Organisationsstruktur sollte/müsste auch eine neue Führungskultur einhergehen, das scheint mir noch ausbaufähig zu sein, um es

vorsichtig zu formulieren. Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort formulieren es sehr viel drastischer. Wer glaubt, die Bundespolizei mit Knopfdruck und mit Verfügungen neu organisieren zu können, ohne gleichzeitig auch eine neue Kommunikationskultur in der Belegschaft einzuführen, der irrt sich. Das wird so nicht funktionieren und stößt auf massiven Widerstand. Schlicht gesagt, man muss mehr mit den Menschen reden und wenn im Bericht des Bundesministers des Innern von Verlierern die Rede ist, von Organisationsverlierern, dann muss das schon hellhörig machen. Das kann sich – mit Verlaub – die Bundespolizei nicht leisten, Verlierer auf der Strecke zu haben. Es ist natürlich so, dass mit einem schlankeren Zuschnitt der Organisation Führungsfunktionen verloren gehen. Führungsfunktionen haben nicht nur eine Bezahlungsfunktion, sondern auch eine hohe soziale und psychologische Bedeutung für die Amtsinhaber. Darauf muss man mit viel Kommunikation Rücksicht nehmen, wenn diese Führungsfunktion verlustig gehen, denn es wird auch damit zu Recht gesagt, dass man in der dritten und vierten Phase der Umsetzung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen noch mehr Verlierer möglicherweise hier und da produziert, das heißt, man muss sehr viel mehr als bisher kommunizieren. Das kostet Zeit und auch Man-Power, das ist eben so. Weitere Arbeitsverdichtungen können wir uns nicht erlauben und deshalb müssen wir auch hierfür Personal bereitstellen. Ich will eine letzte Anmerkung machen, damit ich hoffentlich auch in den fünf Minuten bleibe. Wenn Sie geglaubt haben, mit einer Neuorganisation aus zu wenig Personal ausreichend Personal machen zu können, dann haben Sie sich getäuscht. Das wird nicht funktionieren. Zu wenig Personal heißt zu wenig Personal. Da können Sie organisieren, was sie wollen. Ich will auch ungern die vielen Mängel – es sind auch einige beschrieben worden und ich will das auch gar nicht alles wiederholen – da gibt es Organisationsmängel, die noch zu beheben sein werden, da gibt es strukturelle Mängel, an der man hier mit der einem oder anderen Stellschraube noch arbeiten muss, aber ich will das nicht alles auf die Neuorganisation schieben. Die Stimmung in der Bundespolizei, insbesondere an der Basis, ist in der Tat miserabel, aber ich würde den Gesetzgeber viel zu sehr entlasten, wenn ich das auf die Neuorganisation schieben wollte, denn es sind viele gesetzgeberische Entscheidungen, die dazu die Grundlage gebildet haben. Wenn man, meine Damen und Herren – das hat die Bundespolizei in den vergangenen 20 Jahren hinter sich gebracht, aufgrund positiver politischer Rahmenbedingungen, positiver politischer Entwicklungen, Wegfall von Grenzkontrolle – dann die Beschäftigten in einem hohen Maße belastet, was grundsätzlich notwendig war und ist, dann macht man das üblicherweise, indem man Anreizsysteme schafft, indem man ihnen diese Prozesse erleichtert. Das hat im Übrigen schon einmal funktioniert beim Bonn-Berlin-Gesetz als es um die Verwaltung diesen hohen Hauses ging und es um die Ministerialbürokratie ging, da hat das alles sehr gut funktioniert, das hätte man sich zum Maßstab machen müssen für die Verendigungsprozesse in der Bundespolizei, da auch intelligente und flexible Instrumente zu schaffen. Ich verstehe im Übrigen auch überhaupt nicht, wie man politisch so falsch handeln kann, das

heißt, diesen Prozess, der da jetzt stattfindet, auch noch mit Einschnitten, mit Einschnitten bei Besoldung, bei Personal und bei allem Möglichen zu begleiten, denn es finden zwei Prozesse statt. Auf der einen Seite werden auch die Länderpolizeien derzeit sehr geschwächt aus unterschiedlichen Gründen. Und es hat in der Historie immer so eine Ambivalenz zwischen der Bundespolizei und der Länderpolizeien gegeben, auch viele Eifersüchteleien und Vieles andere mehr. Jetzt, wo die Länderpolizei in einer Schwächephase sind, wäre es eigentlich richtig, in die Bundespolizei zu investieren, es war noch nie richtig, bei Bundespolizei zu sparen, aber es war auch noch nie so falsch wie heute, bei der Bundespolizei zu sparen, das heißt, man müsste eigentlich genau den gegenteiligen Prozess einleiten. Dass die Bundespolizei funktioniert, steht außer Frage, hat aber auch etwas mit Polizei insgesamt zu tun. Polizei kann man nie zu Tode organisieren, die funktioniert immer. Manche geben sich viel Mühe, die Polizei zu Tode zu organisieren, aber das klappt nicht, die Polizei funktioniert immer, das hat auch etwas mit der hohen ethischen Einstellung der Kolleginnen und Kollegen zu tun, die sogar ihre Gesundheit einsetzen, um ihren Auftrag noch zu erfüllen, aber die Politik muss sich darauf einstellen, dass sie künftig mehr tun muss, das heißt, auch mehr Geld investieren muss, um die Bundespolizei zu stärken und um sie besser aufzustellen, denn die Bewerberlage wird nicht besser, sie wird schlechter und sie werden konkurrieren mit anderen Polizeien, mit den Länderpolizeien und es gibt – man redet zwar von einem kooperativen Föderalismus, aber Sie wissen, dass das ein Märchen ist, es gibt keinen kooperativen Föderalismus – einen knallharten Wettbewerb und wenn die Bundespolizei nicht aufhört, zu sparen, wenn der Gesetzgeber nicht aufhört bei der Bundespolizei zu sparen und endlich investiert, werden Sie diesen Wettbewerb verlieren. Vielen Dank!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Wir danken Ihnen, Herr Wendt. Die Reihe der Sachverständigen wird jetzt abgeschlossen durch Herrn Volker Zintel von der Fraport AG in Frankfurt am Main. Herr Zintel, bitte schön.

SV **Volker Zintel** (Fraport AG, Generalbevollmächtigter a. D., Frankfurt am Main): Herr Bosbach, meine sehr verehrten Damen und Herren, erst einmal vielen Dank für die Einladung. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich hier die Meinung mitgestalten darf und deshalb, erlauben Sie mir zu Beginn, dass war auch gerade deutlich in Ihrer Vorstellung, eine Bemerkung zu meiner Person, um Missverständnissen vorzubeugen. Dazu hat es auch schon Nachfragen in meiner bisherigen Firma gegeben, nachdem die Internetunterlagen veröffentlicht waren. Ich bin seit dem 1. April diesen Jahres nicht mehr im operativen Geschäft für die Fraport AG tätig. Meine Stellungnahme gebe ich insofern persönlich als Experte im Bereich Sicherheit mit 20 Jahren Erfahrung als Sicherheitsverantwortlicher für den Flughafen Frankfurt da. Das ist nicht auf Basis der Fraport AG abgestellt, - wie gesagt, da hat es am Wochenende einige aufgeregte Nachfragen gegeben, woher auch immer. Vorher

noch zu meiner Person, ich war 20 Jahre bei der Polizei, in dieser Zeit auch ein dreiviertel Jahr zum BMI abgeordnet, sodass ich die Gesamtentwicklung auch in diesem Bereich ganz gut kenne. Ohnehin bin ich einer der Exoten in dieser Runde, da ich nicht eine Gewerkschaft aus dem Polizeibereich repräsentiere. Ich möchte mich auf einige Grundaussagen aus meiner schriftlichen Stellungnahme beschränken, weil Vieles angesprochen ist. Ich unterstütze die Auffassung, dass die Neuorganisation überstürzt angegangen wurde, dass es versäumt wurde, die strategische Ausrichtung mit dem Blick auf fünf bis zehn Jahre Zukunft, soweit es möglich ist, zu Grunde zu legen und deshalb hier eine ausreichende Basis für die Festlegung der Entscheidung nicht gegeben war. Ich meine, dass die überstarke Rolle des Bundespolizeipräsidiums und auch der Bundespolizeidirektionen dazu führten, dass diese Zentralisierung als übertrieben angesehen wird und dass damit die Kompetenzen auf Inspektions- und Revierebene stark eingeschränkt wurden. Das hat Folgen in der Motivation, das ist auch immer wieder deutlich geworden. Zum Thema Flughafen, wo ich nun meine spezifische Erfahrung herhole: Mich hat überrascht, dass seit 2008 eine Organisationsprüfung auf dem Tisch liegt, die in diese laufenden Entscheidungen nicht mit eingearbeitet wurde. Und – gerade auch mehrfach angeklungen –, dass die Personalgewinnungs- und die Personalsteuerungsmaßnahmen auch diese Schwerpunkte der Flughäfen rechtzeitig hätten ausgerichtet werden müssen, weil allseits bekannt ist, dass auch durch die demografischen Entwicklungen in den nächsten Jahren die Nachwuchsgewinnung immer schwieriger werden wird, und wenn sie eben nicht massiv dort versucht, wo auch der spätere Bedarf besteht, dann muss das zu Turbulenzen führen. Einen Punkt habe ich im Bericht des BMI ein wenig vermisst: nämlich auch mal positiv anzusprechen, dass ein Vorher-Nachher-Vergleich gemacht wurde. Ich bin der Meinung, dass die jetzige Situation gegenüber der Situation vorher eindeutig zu einer besseren Koordination und Richtungsgebung für die gesamte Bundespolizei geführt hat, weil doch vorher die Präsidien relativ selbstständig gearbeitet haben und das BMI mit einer Unterabteilung oder Abteilung nun keine strategische oder taktische Führungseinheit insofern ist und die einzelnen Präsidien früher viel stärker auseinander liefen. Das ist mit der jetzigen Organisation aufgefangen und ich glaube, dass hier der wesentliche Vorteil auch der Neuorganisation zu sehen ist. Allerdings – ich habe schon angesprochen, Thema Zentralisierung – das hat damit zu tun, dass einheitliche Rahmenvorgaben grundsätzlich richtig sind, aber es müssen Rahmen, es müssen Leitplanken bleiben, sie dürfen nicht bis ins Detail die Entscheidungsfreiheit in den nachgeordneten Ebenen ausschließen, genau wie die zielorientierte Fachaufsicht nicht in Dirigismus durch Besserwisserei und Beschränkung von Handlungsfreiraum münden darf. Auch das ist, glaube ich, ein typischer Motivationskiller, wenn es so gemacht wird. Was auch positiv nach meinen Gesprächen, Beobachtungen eingeordnet wird, ist das zentrale Auswertungszentrum. Hier sollten die Planungen unterstützt und weitergearbeitet werden. Ich möchte dann eigentlich nicht mehr auf Details eingehen, zum Flughafen

habe ich auch was gesagt. Dann liegt mir eigentlich noch am Herzen, dass auch die Wertigkeit in der Aufgabenaufteilung zwischen allen Beteiligten – und das sind nun mal sehr viele, die an Flughäfen arbeiten – aber auch innerhalb der Bundespolizei zwischen den zwei großen Aufgabenbereichen Luftsicherheit und Grenzpolizei seriös abgewogen werden sollte, den Eindruck hatte ich in der Vergangenheit nicht immer gehabt. Abschichtung ministerieller Aufgaben, das habe ich schriftlich formuliert. Zum Schluss von mir vier Empfehlungen: Ich bin der Meinung, die noch fehlenden strategischen Vorarbeiten sollten umgehend nachgeholt werden und in die weitere Arbeit in die letzte Phase der Umsetzung wirklich auch einfließen. Der Fehler, die Mitarbeiter nicht im notwendigen Umgang zu beteiligen und einzubinden – wir reden von mitnehmen – sollte im weiteren Verfahren schnellsten geheilt werden, nur dann können wieder positive Beteiligungen erreicht werden. Ich glaube auch, dass bei Führungskräften vorhandene Defizite hinsichtlich der Qualifikationen im Bereich Change-Management umgehend angegangen werden müssten, denn, wer auch immer in letzter Zeit auch große Organisation reorganisiert hat, weiß, es muss von oben angefangen werden, die entsprechenden Vorgaben zu machen und die Führungskräfte entsprechend einzustimmen, damit die Mitarbeiter auch folgen können. Ich glaube und ich nehme an, das hat Herr Reedwisch auch gemeint, dass die grundsätzliche Veränderung der Denkweise von einer geschlossenen Organisation, die in weiten Teilen der Bundespolizei auch heute immer noch vorhanden ist, es gibt noch dieses so genannte closed-shop und Blackbox-Denken aus der alten BGS-Zeit, dass das ganz massiv und nachdrücklich hin zu einer modernen, effizienten und bürgernahen Polizeiorganisation entwickelt werden muss, durch konsequente Fortbildung und durch entsprechend konsequente Personalauswahl bis in die Spitzenämter hinein. Das möchte ich ausdrücklich anmerken und damit bedanke ich mich auch für die Aufmerksamkeit!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Zintel! Wir kommen nun zur Befragung durch die Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, insbesondere durch die zuständigen Berichterstatter. Eine Wortmeldung liegt mir vor. Ich darf nur bitten, dass auch die Sachverständigen gezielt angesprochen werden, damit man nachher in der Frage- und Antwortrunde weiß, an wen die Frage gerichtet war. Herr Kollege Baumann, bitte!

BE **Günter Baumann** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Herren Sachverständigen, zunächst einen ganz herzlichen Dank für Ihre Berichte in schriftlicher und mündlich vorgetragener Form. Das war für uns sehr beeindruckend, vor allem mussten wir feststellen, dass von Ihnen allen ein ganzes Stück an Kritik kam, mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Das gipfelte eigentlich in „enttäuscht von der Reform“ der Reform, „Diktatur von oben“, „Sozialverträglichkeit wird vermisst“, „Fehlinformationen“ und Herr Wendt sagte noch, „die Stimmung ist miserabel“. Wir brauchen natürlich keine miserable Stimmung bei der Bundespolizei,

bei Leuten, die für uns zuständig sind, die für Ordnung und Sicherheit in unserem Lande sorgen. Deswegen möchte ich als Erstes trotz der Rahmenbedingungen, die vielleicht zur Zeit nicht ganz günstig sind, mich im Namen unserer Fraktion bei allen Bundespolizistinnen und -polizisten ganz herzlich bedanken, für den Job, den sie jeden Tag für uns leisten. Es ist schon beachtlich, was hier passiert. Ich habe einen Wahlkreis, der direkte Grenzregion zu Tschechien ist, ich bin also oft an der Grenze, ich habe mit vielen Bundespolizisten öfter Gespräch und ich habe einen ganzen Teil der Kritikpunkte von Ihnen direkt vor Ort gehört. Wir müssen hierauf reagieren und deswegen ergeben sich auch ganz konkrete Fragen. Die Neuorganisation der Bundespolizei insgesamt war, glaube ich, schon notwendig, weil wir einige Veränderungen haben, durch Wegfall der Ausweiskontrollen in Tschechien und Polen, also das war schon ein entscheidender Punkt. Es stand aber fest, dass wir die Veränderungen vornehmen, dass trotzdem die Präsenz in der Fläche erhalten bleibt, dass wir der veränderten Lage, also auch Kriminalität in den östlichen Regionen Parole bieten können, dass wir eine überzogenen Zentralisierung eigentlich ausschalten wollen und dass die gesamte Reform auch kostenneutral sein sollte. Was wir jetzt gehört haben, in allen Punkten sieht es also anders aus und wenn ich aus dem Freistaat Sachsen komme, kann ich Ihnen einmal die Pressemitteilungen der letzten Tage alleine zeigen, die alle von einer gestiegenen Kriminalität in den Grenzregionen, von Diebstahl von Autos, von Traktoren, von Wohnungseinbrüchen künden – es geht täglich dort rund und selbst Landtagsabgeordnete fordern „Macht die Grenze wieder dicht!“, weil sie keinen anderen Weg mehr sehen. Das kann man nicht einfach zur Kenntnis nehmen, man muss sich nur einfallen lassen, wie wir hierauf reagieren und ich würde deswegen konkret die Frage stellen, an alle Sachverständigen der Reihe nach, wir sind mitten in der Reform, die Reform vor- und zurückdrehen, ist nicht mehr möglich, das machen wir wahrscheinlich alle nicht, deswegen ist die Frage, welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht erforderlich, um jetzt an dieser Stelle zu reagieren, um die Flächenpräsenz zu gewährleisten, der gestiegenen Kriminalität zu begegnen und auch den Rest der Reform noch vernünftig machen zu können. An welcher Stelle könnte man jetzt noch Stellschrauben drehen, um entgegenzuwirken. Kann man den nächsten und letzten Schritt der Reform jetzt aussetzen, um die Leute, die in den östlichen Regionen sind, dort zu belassen und kann man die Evaluierung, die wie von Ihnen gesagt, bisher nicht ordentlich stattgefunden hat, durch eine Expertengruppe in einer anderen Form durchzuführen und daraus Schlüsse zu ziehen. Wo kann man jetzt noch reagieren, an welchen Stellen – würden Sie sich vorstellen – kann man den letzten Schritt der Reform aussetzen, Evaluierung durch eine Expertengruppe?

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Dann beginnen wir bei Ihnen, Herr Hüber.

SV **Sven Hüber**: Die Situation an der Ostgrenze stellt sich aus unserer Sicht wie folgt dar: Es gibt zum einen natürlich eine Kriminalitätsentwicklung, die in den allgemeinen

Kriminalbereich hineinschwimmt, Einbruchsdiebstähle, Kfz-Diebstähle etc. Es gibt aber auch eine signifikante Veränderung im Kernbereich der Bundespolizei, nämlich bei der Verhinderung der illegalen Einreise. Wir haben festzustellen, dass insgesamt seit 2007 bis jetzt eine Steigerung um 38 Prozent bei den Zahlen der festgestellten illegalen Einreise im Bereich der Zuständigkeit der Bundespolizei erfolgt ist und auch der Anteil, der sich dabei auf die Ostgrenzen bezieht, ist von 14 auf knapp 20 Prozent gestiegen. Das heißt, obwohl die Grenzkontrollen weggefallen sind, obwohl die Bundespolizei sozusagen in „Schleierfahndung“ übergegangen ist, obwohl die organisatorische Anpassung vorgenommen wurde und obwohl ab 15. Juli über 550 Beamtinnen und Beamte aus dem Ostgrenzbereich ins Binnenland abgeordnet werden an die Flughäfen, haben wir in Ostgrenzbereichen einen signifikanten Anstieg der illegalen Migration. Die Situation an der österreichischen Grenze wird noch einmal eine Extra-Frage sein, die das Bild noch einmal etwas korrigiert. Das heißt für mich, dass man sich in der Tat überlegen muss, ob man den dritten Schritt aussetzt oder nicht, ob man weiteres Personal und zwar vorhandenes Personal, Ist-Personal, unter diesen Bedingungen von der Ostgrenze abziehen kann. Wir haben gegenwärtig noch ca. 1.000 Beamtinnen und Beamte, die noch nicht in der Organisation untergebracht sind, Dienstposten haben, davon haben sich im jetzigen Personalschritt noch einmal 650 Kolleginnen und Kollegen beworben, da blieben noch ungefähr 400 Beamtinnen und Beamte übrig, die vielleicht in der jetzigen Phase noch nicht versorgt werden können, aber das ist in der Tat so, dass man sich überlegen muss, ob man da eine weitere Personalreduzierung vornimmt und das heißt, im Zweifel sogar gegen den Willen der Betroffenen mit allen sozialen Folgewirkungen, über die man auch hier zu sprechen hat, ob dies dann aus taktischer Sicht verantwortlich ist. Zur Diskrepanz zwischen Soll und Ist und Präsenz in der Fläche insbesondere auch in der Bahnpolizei fläche: auf diese Frage möchte ich noch nicht aufsatteln, insgesamt glaube ich, dass es einen Mix geben kann, zwischen kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen. Kurzfristig heißt, sich anzuschauen, wie man hier Personal einsetzen kann, im Übrigen Personal der Bereitschaftspolizei, der Bundesbereitschaftspolizei hier an den Grenzbereich einsetzen kann. Langfristig, glaube ich, muss in der Bundespolizei noch einmal darüber nachgedacht, ob das Berechnungssystem, dieses sog. Determinantensystem, das tatsächlich geeignete und praktikable Instrumentarium ist, um Personalbemessung sowohl für die Grenzpolizei als auch für die Bahnpolizei hier bedarfsgerecht ausrechnen zu können. Im Übrigen zeigt eben auch die Lageentwicklung, dass die Schwankungsbreite gerade bei der Änderung der illegalen Einreise relativ groß ist. Wer eben im Jahr 2007 zu Berechnungsrastern kommt, wie groß der Personalbedarf angeblich im Bereich zur tschechischen Grenze ist und dann verändern sich die Parameter im Jahr 2008, im Jahr 2009, im Jahr 2010, der muss dann irgendwann auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht alle zwei Jahre die Leute von A nach B schicken können, je nachdem, wie gerade das Migrationspendel ausschlägt. Man wird an dieser Stelle auch keine Punktlandung

hinbekommen – das ist eine politische Entscheidung, auch an die Adresse Ihrer Kollegen im Haushaltsausschuss. Wer der Bundespolizei im Haushalt 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014 625 Planstellen streicht, statt dafür zu sorgen, dass die Einstellungsversäumnisse der letzten Jahre ausgebügelt werden und endlich eingestellt wird und zwar jetzt eingestellt wird, wo wir vielleicht noch Bewerber bekommen und nicht in drei Jahren, wie Kollege Wendt sagt, wenn die Misere noch größer wird, der braucht sich auf der anderen Seite auch nicht politisch darüber zu beklagen, dass es ein Personaldefizit gibt. Ich muss das auch so deutlich auf den Punkt bringen, 625 das war früher einmal so eine gute Amtsgröße. Das ist eine komplette Bereitschaftspolizeiabteilung, eine verstärkte. Da begegnen sich natürlich auch zwei unterschiedliche Strömungen, die man auch politisch klären muss.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Wir haben jetzt folgendes Problem. Günter, du hast jeden Sachverständigen angesprochen, das ist schon voluminös. Wenn jetzt jeder so detailliert antwortet wie Sie, Herr Hüber, habe ich die Befürchtung, dass die anderen Berichtersteller aus den Fraktionen vor Einbruch der Dunkelheit nicht mehr zu Wort kommen. Deswegen meine Bitte an diejenigen, die sich jetzt zu Wort melden, sich gezielt den einen oder anderen Sachverständigen auszusuchen. Man muss nicht immer das sagen, was der Vorredner schon gesagt hat. Das ist eine Eigenart, die uns Politikern zusteht. Herr Medgenberg, Sie sind dran.

SV **Gerhard Medgenberg**: Wir wiederholen nicht alles, wir sind, glaube ich, uns darüber einig, dass wir im Moment in einer Phase der Schadensbegrenzung bzw. Schadensbeseitigung sind und zwar was die Folgen anbetrifft, die uns die Reform zum Teil eingebrockt hat, zum Teil natürlich auch die gesamte politische Entwicklung, wie wir sie zur Zeit hatten. Was zunächst einmal am Anfang stehen müsste, wäre jetzt wirklich der konkrete Wille, an diesem Zustand wieder etwas zu ändern. Bevor wir daran gehen, etwas zu ändern, sollten wir also zunächst einmal uns die Fragen im Rahmen der Aufgabenkritik stellen, was wollen wir überhaupt in Zukunft machen, was können wir überhaupt machen und vor allen Dingen, was können wir flächendeckend machen, denn Sie sprachen eine flächendeckende Aufgabe an, die grenzpolizeiliche Aufgabe. Aber nach § 3 des Bundespolizeigesetzes haben wir auch die bahnpolizeiliche Aufgabe, die auch eine sehr flächendeckende ist. Und da behaupten wir oder behaupte ich zumindest jetzt, dass diese schon vor der Reform eigentlich nicht flächendeckend zu lösen war mit dem Personal, das wir haben. Nach der Reform jetzt und dem damit verbundenen Rückzug aus der Fläche, der meiner Meinung nach gegeben ist, ist das einfach nicht mehr möglich. Das heißt, man müsste sich erst einmal darüber klar werden, was können und was wollen wir überhaupt noch machen, weil wir ansonsten wirklich zu dem kommen, was der Kollege Hüber ansprach, dann fangen wir nachher an, das Personal alle zwei Jahre kreuz und quer zu verschieben und das haben wir jetzt in den vergangenen

15 Jahren erlebt, in ständig sich verkürzenden Intervallen. Das ist auch das, was die Leute auf Dauer einfach nicht mehr verkraften können.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Reedwisch, bitte!

SV Rüdiger Reedwisch: Ich wiederhole meine Forderung, wir brauchen ganz dringend, ganz schnell eine neutrale Evaluierung. Da führt meiner Ansicht nach kein Weg dran vorbei. Dieses sich selbst überprüfende Geschäft hat sich als nutzlos erwiesen. Es ist auch nachvollziehbar, dass es kein anderes Ergebnis geben kann und da gibt es – ich wiederhole, es geht nicht um Besserwisserei, sondern es geht um Verbesserung der bestehenden Bestimmungen in dem Bereich – die gesetzlichen Voraussetzungen, sie sind im Moment geschaffen. Wie wir das schwerpunktmäßig organisatorisch umsetzen, das ist eine Frage der Führungskultur, der Führungsproblematik und da müssen wir uns dran setzen, damit es voran geht. Wir haben fast zweieinhalb Jahre vertan, ich sage auch noch einmal ausdrücklich, wir haben einen massiven Entscheidungstau in der Gesamtorganisation von unten bis oben, was eine der wesentlichen Ursachen ist für den ganzen Frust, der bei den Mitarbeitern und Führungskräften herrscht. Es ist schön und modern, auf die reinzuhauen, das wird auch gerne gemacht, aber sie sind teilweise auch überhaupt nicht in der Lage ihren Ansprüchen gerecht zu werden durch eine vielfältige andere Beanspruchung. Ich denke, das reicht zu dieser Frage.

Zweitens: Die erste Frage, Herr Baumann, ich kenne Ihre Probleme im sächsischen Bereich, dass überall viel zu wenig Polizei ist und ich sage Ihnen – ich komme quasi aus Mitteldeutschland, Kassel – wie oft ich in der Zeitung lesen muss, dass mal wieder von der Landespolizei oder vielleicht auch von uns oder auch von den Bürgern Hinweise und Aufgriffe erfolgten zu illegaler Migration. Mitten in Deutschland. Da sind schon einige 100 Kilometer dazwischen. Das muss Ursachen haben und das sind auch keine Märchen, weil wir das offiziell aus dem BMI vom Minister aus seinem Mund gehört haben, dass die Zahl der Migranten steigt. Also, nehmen wir das mal als amtliche Botschaft. Jetzt stellt sich die Frage, wie haben wir bisher darauf reagiert? Nämlich gar nicht. Ich sage Ihnen mal ein ganz konkretes Beispiel – und da fallen einem fast die Ohren ab –, dass wir eine Inspektion haben, die an der polnischen Grenze eingesetzt ist und dass 60 Prozent der Mitarbeiter fremd verwendet werden. Dann kann da etwas nicht klappen, und das ist hier der Fall. Ich kann Ihnen auch den Namen nennen, es ist in Muttis Landschaft und wenn Sie da einen Aufgriff oder zwei Aufgriffe haben, dann ist da nichts die ganze Nacht. Eine Organisationsfrage wäre zu klären, Abstimmung mit den Ländern. Aber die Länder bauen Personal ab. Da ist nicht so viel abzustimmen, weil da weniger Polizeikräfte da sind. Als wir stationäre Grenzkontrollen hatten und es immer noch gelang, über die grüne Grenze zu kommen oder auch über die Übergänge, wie auch immer, da haben die Brandenburger uns noch bei der Autobahn ein bisschen geholfen. Das ist jetzt, wenn überhaupt, die Regel, weil wir eigentlich nicht präsent

sind, wir sind überall, nur nicht im Grenzgebiet. Ob das die Politik so haben will, ist die große Frage. Wir wollen es eigentlich nicht. Das ist nicht die Forderung der Bundespolizei nach mehr Aufgaben oder mehr Personal, sondern Sie als Politik sagen, ihr sollt das Land schützen, ihr sollt illegale Migration verhindern. Nur, das können wir nicht, durch Organisationsfehler in dem Bereich. Und wir müssen auch etwas anderes überprüfen, denn wir sind inzwischen ein Leihunternehmen für die Länder geworden, teilweise ist das Geld schon in den Haushalt eingestellt, um sich unserer Bundesbereitschaftspolizei zu bedienen. Wir wäre es denn, wenn wir die erst einmal auch für besondere verstärkende Maßnahmen im eigenen bundespolizeilichen Bereich einsetzen. Auch das findet aufgrund der Vielfalt der Inanspruchnahme so gut wie gar nicht statt. Auch da wäre etwas mehr möglich in dem Bereich und nicht auf Zufall, sondern auf einer klaren Konzeption, um dort auch im Grenzgebiet beispielsweise Überprüfungsmaßnahmen ohne die Verstärkung des Einzeldienstes vorzunehmen, denn sie sind für Sonderfälle zur Unterstützung des Einzeldienstes eigentlich da und nicht für Fälle der Unterstützung der Landespolizei. Das ist eigentlich erst der zweite Schritt, das ist im Moment Schritt 1 in der konkreten Beanspruchung. Wir haben dann an die 1.000 grenzpolizeilichen Unterstützungskräfte, die in Kürze jetzt bundespolizeiliche Unterstützungskräfte sein werden. Da ist ein Erlass auf dem Markt. Die Kolleginnen und Kollegen sind völlig unterfordert. Da könnten wir etwas tun. Die nächste Frage: Stehen überhaupt ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung, wenn wir denn eine Bestreifung wollen? Wir haben immer noch das Dictus Kostenneutralität der gesamten Organisation, was von vornerein eine Lüge war. Ich sage das einmal so deutlich, da kann, glaube ich, auch keiner das Gegenteil beweisen. Können wir denn überhaupt mehr Streifen fahren, weil wir genug Geld haben in dem Bereich neben allen sonstigen Aufgaben? Wir lassen 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die frustriert sind, weil sie unterfordert sind, im Dunkeln stehen. Die wollen arbeiten, aber können nicht arbeiten. Ich hoffe, das wäre einer der Lösungsansätze – da kann man sagen, das sind Tarifbeschäftigte, die müssten dann 50 oder 100 Euro mehr kriegen. Das kann es aber nicht sein. Sicherheit muss man auch – wenn sie denn gewünscht ist, weil die Folgen eigentlich teuer sind – an dieser Stelle einen anderen haushälterischen Schwerpunkt in dem Bereich bilden. Ich denke, da gibt es eine ganze Menge zu tun. Ein Letztes: Alles, was an Dienststellen und Stellenbesetzung irgendwann mal berechnet wurde und dann 2008 aufgetischt wurde, basiert auf Erfahrungen, die teilweise drei oder vier Jahre alt sind und die nie geändert wurden. Das halte ich für eine unsolide Arbeit insgesamt.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Reedwisch! Herr Voss, bitte!

SV **Roland Voss**: Welche Maßnahmen wären erforderlich, um die Präsenz zu erhöhen, Herr Baumann? Kurzfristig ist es sehr schwierig, eine ausgewogene Lösung zu finden. Es fehlt an Personal, es wurde versäumt, Personal einzustellen. Das muss

dringend geschehen, das muss der Gesetzgeber regeln, dafür muss Geld bereitgestellt werden. Insgesamt aber sind durchaus auch Möglichkeiten vorhanden, um auch kurzfristig für Abhilfe zu sorgen. Ich habe in meiner schriftlichen Stellungnahme auch einen Zehn-Punkte-Plan eingefügt, der sowohl kurzfristige, mittelfristige als auch langfristige Lösungsvorschläge aufweist. Hierüber sollte man sich auf jeden Fall Gedanken machen, weil wir alle unsere Probleme in der Bundespolizei heute aktuell und so kurzfristig nicht lösen können. Aber was uns schon seit langer Zeit nicht gelingt: Vor Kurzem und zwar vor drei Tagen hat mich ein Personalratsvorsitzender und zwar in Kaiserslautern angeschrieben und hat mir mitgeteilt, dass die Belastungssituation in seinem Innendienst extrem schwierig ist. So schwierig – ich beschreibe diese Situation – dass für Verwaltungsaufgaben immer mehr Vollzugsbeamte natürlich eingesetzt werden müssen, die allerdings dann in der Linie fehlen. Warum stellen wir nicht Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte ein, die wären wesentlich schneller zu gewinnen als tatsächlich Polizeivollzugsbeamte. Sie könnten den polizeilichen Vollzug entlasten, das wären kurzfristige Maßnahmen, die auf jeden Fall durchzuführen wären, aber auch hier müsste man deutlich machen, dass das Ganze nicht nur auf der Inspektionsebene oder auch in den Direktionen der Fall sein kann, sondern bis runter auf die Reviere. In den Revieren wird eine Vielzahl von Arbeit, verwaltungsadministrativen Arbeiten von Polizeibeamten erledigt, die uns für Streifenfahrten letzten Endes fehlen. Ich habe eine ganz herzliche Bitte, fragen Sie doch letzten Endes auch die Verantwortlichen in den Direktionen. Ich bin ganz sicher, dass jede Direktion völlig unterschiedliche auch kurzfristige Lösungsmöglichkeiten hat, weil einfach die Bundespolizei nicht im Osten genauso ist wie im Westen und nicht im Norden genauso wie Süden. Wir brauchen den Sachverstand der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, Direktionen sollen sich auch mit ihren Personalvertretungen zusammensetzen und sollen gemeinsame Lösungen erarbeiten und da bin ich ganz sicher, dass die völlig unterschiedlich aussehen werden. Es gebe aber auch noch eine weitere Möglichkeit – ich hatte dazu schon Stellung bezogen – das wäre schlicht und ergreifend, unsere Schattenstrukturen abzubauen. Wir haben eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen in den Stäben mittlerweile verwendet, die sehr sinnvolle Arbeit machen und auch hier – da bin ich Herrn Zintel sehr dankbar, er hat das sehr, sehr treffend in seiner Stellungnahme ausgedrückt – ist es erforderlich, die Dinge wieder auf ein notwendiges Maß zurückzuführen. Wir können nicht immer nur für uns selbst arbeiten, sondern die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugsdienstes sollen auch polizeiliche Arbeit leisten. Wenn wir Controlling einführen wollen, so wie es eigentlich auch in der Betriebswirtschaftslehre verstanden wird und nicht so, wie es die Bundespolizei umsetzt, da brauchen wir externe Leute, keine Polizei- und Vollzugsbeamten, die sich mal eine Managementfassung irgendeiner Ausarbeitung durchgelesen haben und plötzlich Controlling-Experten sind. Hier ist wirklich auf das notwendige Maß zurückzufahren. Wir können hier sehr viel Personal gewinnen für die tatsächliche operative Arbeit. Die letzte Frage, die Sie gestellt haben, ob wir auf den nächsten

Schritt verzichten könnten. Ich möchte insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen in den Flughafendienststellen etwas sagen. Sie sind alle seit Jahren in diesen Bereichen tätig, sind gesetzt worden, die warten auf den vierten Schritt, weil sie irgendwann mal wirklich eine Möglichkeit suchen, von dieser Einbahnstraße Flughäfen wegzukommen. Sie sind in ganz, ganz schwierigen Umfeldern. Neben der Ballungsraumproblematik, die ich, glaube ich, nicht weiter zu erläutern brauche, sind die sozialen und sonstigen Rahmenbedingungen an Flughäfen ganz besonders schwierig. Die Kolleginnen und Kollegen dort warten, warten auf den vierten Schritt und sie suchen einfach nur eine Gelegenheit, auch mal dort wegzukommen, damit diese langen Anfahrtswege, keine Parkplätze zu haben an einem Flughafen, einfach einmal beendet werden können und dafür sind sie auch bereit, vielleicht in andere Dienststellen zu gehen. Diese Möglichkeit muss man ihnen wirklich geben. Wir dürfen aber auch hier den Fehler nicht machen, wenn wir zwei Großflughäfen haben wie den Flughafen Frankfurt und dem, der im Bau ist, in Berlin-Brandenburg, wo viel Personal in den nächsten Wochen noch, in den Jahren noch hin muss, alleine im Flughafen Frankfurt werden noch über 600 Leute gebraucht, in Berlin-Brandenburg wird es einen hohen Personalbedarf geben, der gedeckt werden muss. Hier sollte wirklich zügig mit Einstellungen begonnen werden. Wir brauchen Polizeivollzugsbeamte für die polizeiliche Arbeit. Soweit erst einmal zu meinen Ausführungen.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Voss! Herr Wendland, bitte!

SV **Lars Wendland**: Ich komme auch aus einem Grenzgebiet und langfristig hilft nur einstellen und nicht erst in zehn Jahren, sondern jetzt sofort und nicht die Einstellungszahlen reduzieren, so wie man es derzeit macht. Kurzfristig wäre eine Möglichkeit, indem man das Abordnungspersonal sofort zurückzieht, die achte Rate sogar entfallen lässt und dafür Bundesbereitschaftspolizisten in diese Bereiche bringt, denn diese wären vor Ort. Des Weiteren muss man dazu sagen, es gibt derzeit mehrere Bundespolizisten, die auch in den Bundesbereitschaftspolizeien sich freuen würden, endlich einmal geregelten Dienst zu machen. Des Weiteren, das wurde auch angesprochen, die Geschichte mit den Grenzunterstützungskräften, die neuerdings Bundespolizeiunterstützungskräfte sind. Da müsste man sich etwas überlegen, dass nicht mit zwei Polizisten und einem GUK gefahren werden darf, sondern in irgendeiner Art und Weise sie selbstständiger werden und ich sage Ihnen, wenn die Kolleginnen und Kollegen aus der Grenzregion zurückkommen würden, dann hätten wir auch mehr Streifen draußen, denn dann würde sich die GUKS mit denen aufteilen und dann könnte man besser herausfahren. Allerdings muss man doch dazu sagen – das ist, glaube ich, gar nicht so angeklungen, habe ich zumindest so nicht wahrgenommen – die Probleme, die in der Grenzregion derzeit sind, das sind wirklich dann Diebstahlhandlungen und Sonstiges, da muss man dann mal im Landesbereich gucken, denn dafür ist die Landespolizei zuständig, ich glaube, Herr

Hüber hatte das kurz angesprochen. Bei uns ist es die Migration und wenn man sieht, in Brandenburg wieder jetzt, wie da jetzt rigoros mit dem Rotstift regiert wird und Wachen geschlossen werden in einer immensen Art und Weise, dann, glaube ich, ist das der Sicherheit vor Ort nicht zuträglich.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Rainer Wendt!

SV **Rainer Wendt**: Herr Abgeordneter, der Vorschlag – ich habe das auch gelesen – die Grenzen wieder dicht zu machen und sozusagen stationäre Grenzkontrollen einzurichten, wollen wir getrost dem beginnenden Sommerloch zuordnen. Das ist wirklich einfach nur mit Unfug zu beschreiben. Ich habe auch große Zweifel daran, dass es richtig wäre, den Prozess der Neuorganisation jetzt anzuhalten oder sogar zurückzufahren. Das würde die Organisation in der Tat völlig überfordern. Im Übrigen auch die Belegschaft, die jetzt schon teilweise sehr verunsichert ist, auch was ihre künftige berufliche Verwendung angeht. Das kann man so nicht machen. Im Gegenteil, jetzt müssen der dritte und der vierte Schritt der personalwirtschaftlichen Maßnahmen folgen, die man im Übrigen nach meiner festen Überzeugung auch unterlegen muss mit vernünftigen Regelungen wie wir sie – ich habe darauf hingewiesen – im Berlin-Bonn-Gesetz schon einmal hatten. Ich kann z. B. nicht verstehen, warum wir zwar mit Trennungsgeld und allen möglichen Zulagen arbeiten, aber nicht die Möglichkeit gegeben ist, im Einzelfall z. B. durch Mobilitätsprämien die Bereitschaft, den Standort zu wechseln auch ermöglichen können. Hier sollte sich der Gesetzgeber daran setzen und die Möglichkeiten in die Hand zu nehmen, zu flexibilisieren, damit man im Einzelfall auch etwas Vernünftiges damit machen kann. Und was die Absicht angeht, nun das alles zu verlangsamen, um möglicherweise das Personal der Bundespolizei möglichst lange dort noch zu halten, das hielte ich für das völlig falsche Signal auch an die Landesregierung von Sachsen. Ich kann mir vorstellen – und ich weiß auch aus den Gesprächen mit dem dortigen Landesinnenminister –, dass dort der große Wunsch besteht, möglichst viel und möglichst lange Bundespolizisten im Land zu behalten. Das hat nicht einmal etwas mit der Qualität der Bundespolizisten vor Ort zu tun, die völlig unbestritten ist, nein, man möchte in aller Seelenruhe sein Personal, sein Landespersonal abbauen und dazu sollte die Bundespolizei nicht auch noch Vorschub leisten, die Bundespolizei ist alles andere als der Lückenbüßer für irgendwelche Landeshaushalte. Dafür sollte sie sich zu schade sein und dafür ist sie auch zu schade.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Wendt. Abschließend Herr Zintel.

SV **Volker Zintel**: Herr Baumann, ich würde es für falsch halten, Ihnen jetzt ein fertiges Konzept vorzuschlagen, sondern ich bin der Meinung, von meiner Erfahrung – gerade auch was ich auch zu der bisherigen Vorgehensweise der Neuorganisation gesagt habe, muss das, was Sie hochgehalten haben an Fakten, an Zeitungsartikeln

erst einmal vernünftig analysiert werden. Es ist hier gesagt worden, ich würde z. B. in einer Art Projektstruktur prüfen, welche Ergebnisse für diese Fakten in einer kriminal-geografischen Analyse, da wäre das LKA Sachsen wahrscheinlich federführend. Nachdem was ich von Ihnen mündlich gehört habe, sind es überwiegend Landeszuständigkeiten. Danach die Frage vor allen Dingen ist es eine dauerhafte oder vorübergehende Entwicklung? Wenn es eine vorübergehende ist, die nicht dauerhaft zu erwarten ist, wären Organisationskonsequenzen absolut falsch. Und dann frage ich mich, gibt es eine Sicherheitspartnerschaft zwischen der Bundespolizei und dem Land Sachsen, wie es die in anderen Ländern gibt und wenn ja, wie funktioniert die? Offensichtlich könnte sie besser funktionieren, so wie Sie es geschildert haben. Und danach, wenn das durchgeprüft ist, dann müsste man prüfen, ob es sinnvoll ist, es einzuarbeiten und gegebenenfalls zu modifizieren, die jetzige Umsetzung der Neuorganisation, wie Herr Wendt gesagt hat, nicht aus dem hohlen Bauch heraus und als Schnellschuss, sondern nur, wenn es Sinn machen würde und da würde ich sagen, für so eine Analyse und so eine Beurteilung bräuchten wir vier bis sechs Wochen Zeit, dann würde ich Ihnen die Lösungsvorschläge auf den Tisch legen.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Ich darf jetzt noch mitteilen, dass die Bundesregierung durch ein Dreigestirn – hätte ich fast gesagt – vertreten ist. Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ole Schröder und unser ehemaliger Kollege Ralf Göbel, herzlich Willkommen hier. Herr Kollege Gunkel, bitte!

BE **Wolfgang Gunkel** (SPD): Meine Damen und Herren, verehrter Vorsitzender, um Ihrem Anspruch dann auch so einigermaßen nachzukommen, werde ich meine Fragen gezielt an die Personen richten, die nach meiner Sicht möglicherweise darauf konkrete Antworten geben können. Zunächst einmal sei vorweg gestellt, dass das im Grunde genommen eingetreten ist, was ich zweieinhalb Jahre lang erzählt habe. Damals ist im Vorfeld der Reform darauf hingewiesen worden, dass es viel zu überhastet aus der Hüfte heraus gemacht worden ist, dass die Erfüllung der Ansprüche, nämlich eine Verschlinkung der Strukturen, eine Effektivitätserhöhung der Entscheidungsvorgänge, eine Präsenz in der Fläche und eine Verstärkung um 1.000 Beamte mehr auf die Straße, wie es hieß, nicht zu erwarten sei und dass das auch nicht gelingen wird, genau das ist inzwischen eingetreten, wie wir aus den überwiegenden Beiträgen der Sachverständigen hier gehört haben. Aber nun konkret zu dem, was ich hier noch einmal hinterfragen möchte. Wenn wir es uns einfach machen, könnten wir ganz kurz und knapp sagen, wir stellen mal das heraus, was denn überhaupt gelungen ist und beenden die Veranstaltung und weitere Fragen würden sich dann nicht ergeben, aber trotz alledem muss auch nach Vorne geschaut werden, wie es von den Sachverständigen schon gesagt worden ist. Dazu gehört auch, dass man auch hinterfragt, was im Einzelfall aus den Vorstellungen geworden ist. Deshalb richtet sich meine erste Frage – Herr Voss hat schon indirekt darauf

geantwortet – an Herrn Medgenburg und Herrn Wendland, als die beiden Basisbeamten, die hier sind, nämlich: Wurde das oberste Ziel der Neuorganisation, die Präsenz in der Fläche gewährleistet auf Ihrer Dienststelle? Wenn ja, wie und wenn nein, warum nicht? Die nächste Frage geht an Herrn Voss und Herrn Hüber: Wurde aus Ihrer Sicht mit der Abschaffung der Präsidien als Mittelbehörde der gewünschte Zweck erreicht? Die dritte Frage geht an Herrn Hüber: Sind mit der Neuorganisation Zusatzarbeiten aus Gründen der Reform auf die Bundespolizei dazugekommen oder woraus resultiert die hohe Abordnungstätigkeit? Die nächste Frage geht wieder an Herrn Hüber: Wie bewerten Sie im Zusammenhang mit der Bundespolizeireform den Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zur Aufgabenwahrnehmung im bahnpolizeilichen Bereich vom 2. Februar 2010? Noch zwei Fragen zur Sozialverträglichkeit – ich fasse das einmal zusammen, denn wenn wir das so vielfach unterteilen, dann kommen wir in der Tat gegen 20 Uhr erst zu dem Thema, wenn vorher alle anderen abgehandelt werden. Deswegen gestatten Sie mir, dass ich es gleich mit einfließen lasse. Die Frage zur Sozialverträglichkeit hat einen hohen Stellenwert, wie wir aus dem Bericht der Sachverständigen hören, deshalb die Frage dieses Mal an drei Personen, an Herrn Voss, Herrn Wendland und Herrn Medgenberg: Welche Auswirkungen der Reform für die Beschäftigten können Sie konkret beschreiben – immer in Bezug auf Sozialverträglichkeit der Maßnahmen. Die letzte Frage noch einmal an Herrn Hüber, wurde und wird die Veränderung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten vom Bundesinnenministerium auf das Polizeipräsidium Potsdam aus Ihrer Sicht transparent und klar verantwortlich durchgeführt? Danke!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Medgenberg!

SV **Gerhard Medgenberg**: Zunächst zur ersten Frage der Präsenz in der Fläche, die um 1.000 Beamte aufgebohrt werden sollte, was meiner festen Überzeugung nach nicht der Fall ist. Das heißt, die Präsenz in der Fläche wurde aus meiner Sicht deutlich reduziert durch Konzentration und Schwerpunktsetzung in allen möglichen Bereichen, teilweise bis in die Bereiche der Inspektionen hinein, sind teilweise häufiger ganze Landstriche regelrecht bundespolizeilos und die Führung der Kontroll- und Streifenbeamten zentral von einem Inspektionssitz aus, hat sich also gerade mit der Vergrößerung der Inspektionen teilweise auf Gebiete eines halben oder ganzen Bundeslandes als völlig illusorisch erwiesen, klappt also so nicht. Den Kontroll- und Streifenbeamten an den Revieren fehlen darüber hinaus feste Ansprechpartner, das heißt also auch in Form eines Innendienstes oder wie früher einer Dienstleitung oder auch einer Verwaltung für Serviceleistungen, die eine sagen wir mal 70 oder 150 km entfernte Inspektion so gar nicht leisten kann. Im Übrigen darf man auch nicht vergessen, es gibt teilweise auch unter den Beschäftigten, unter den einzelnen Dienstgruppen Reibungspunkte, die teilweise nur von Außenstehenden zu klären sind, die also nicht schichtintern gelöst werden können. Im Übrigen können wir

feststellen, dass gerade jetzt im den ehemaligen Inspektionen, die jetzt zu Revieren herabgestuft worden sind, aufgrund des Wegfalls des dortigen Führungs- und ansprechbaren Personals, sich ein ziemlicher Verfall – und zwar ist das teilweise auch wörtlich zu nehmen, also durchaus auch aus baulicher Hinsicht, teilweise durchaus auch in mentaler Hinsicht der Beschäftigten – da breit gemacht hat. Dann dürfen wir natürlich nicht vergessen, dass eine Präsenz in der Fläche natürlich durchaus auch heißt, dass Ansprechpartner für die verschiedenen Partner, mit denen wir es zu tun haben, allen voran eben den Landespolizeidienststellen, weggebrochen sind. Das heißt, aufgrund der Tatsache, dass wir nicht mehr 138, sondern nur noch 77 Inspektionen haben, hat sich natürlich auch die Anzahl der Ansprechpartner halbiert, die aber wiederum doppelt so viele Ansprechpartner zu versorgen haben wie früher. Das heißt, das ist auf jeden Fall ein Aspekt, der eben ganz gewaltig dazu beigetragen hat, dass gerade die Zusammenarbeit mit der Landespolizei – ich meine, das mag sicher regional unterschiedlich sein – aber teilweise bedenklich nachgelassen hat. Es hat sich teilweise regelrecht bei denen eine Mentalität breit gemacht, nach dem Motto: die brauchst du auch nicht mehr zu rufen, weil sie sich schon davor fürchten, dass zunächst einmal irgendwo ein sehr anspruchsvolles und kompliziertes Anforderungsritual vollzogen werden muss, bis eine Streife von uns letztendlich zur Verfügung steht. Und das sind alles Dinge, die so, auch aufgrund persönlicher Bekanntschaften auch der einzelnen Leute untereinander natürlich, früher nicht der Fall waren. Das heißt, man könnte vielleicht als Fazit sagen, die eingeschlagene Organisationsform, die wir jetzt haben, korrespondiert in keinsten Weise mit den Besonderheiten der Bundespolizei, das heißt nämlich der relativ großen zu bedienenden Fläche im Verhältnis zum Personalkörper, das heißt also, die operativen Einheiten mit eigener Einsatzhoheit sind für unsere Begriffe an der Basis deutlich zu groß. Das vielleicht einmal in aller Kürze zu der Präsenz in der Fläche. Was die Sozialverträglichkeit anbetrifft, es ist teilweise schon angesprochen worden, ich meine, man müsste zumindest irgendwann einmal dazu kommen, dass für jeden Beamten. Wir dürfen nicht vergessen, wir haben die dritte Reform innerhalb jetzt von 18 Jahren, die wir zu erdulden haben, das heißt also, es sind teilweise Leute, die schon zum wiederholten Mal Immobilien verkauft haben, erstmals, als sie nach Auflösung der Grenzkontrollen von der holländischen Grenze hier an die polnische Grenze gegangen sind, jetzt steht ihnen das gleiche Problem wieder bevor. Wir dürfen vor allen Dingen auch unter dem Aspekt Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht vergessen, es ist von uns fast keiner alleine auf der Welt, das heißt also, es stehen hinter jedem irgendwo Freunde, Bekannte, aber in aller Regel erst einmal ein Ehepartner, da sind zum Teil Jobverluste mit verbunden. Wie wir alle wissen, ist es heutzutage nicht unbedingt sehr leicht, überall sofort einen adäquaten Job zu bekommen. Das ist für das Selbstbewusstsein schon einmal nicht gut. Wenn aber die Finanzplanung der Familie mit auf das Einkommen des Partners aufbaut, dann kommen da einige schon ins Schleudern. Vor allem müsste man aber sagen, es muss eine gewisse Verlässlichkeit auch in der persönlichen Lebensplanung der

Kolleginnen und Kollegen geschaffen werden, es sei denn, man ist der Meinung, dass die Lebensperspektive eines Bundespolizeibeamten darin besteht, dass er keine solche hat. Aber ich denke einmal, gerade in Bezug auf die Konkurrenz zu den Länderpolizeien kann man sich solch eine Haltung mit Sicherheit nicht leisten, wenn man weiterhin konkurrenzfähiger Arbeitgeber bleiben will. Ich meine, Ansätze dazu gäbe es, ich meine, man müsste vielleicht auch wieder dazu kommen, dass man nach einer gewissen Anzahl abgeleiteter Dienstjahre vielleicht zumindest die Möglichkeit schaffen müsste, vielleicht zu einer Landespolizei wechseln zu können, die Älteren von uns erinnern sich, wir haben dies früher sogar schon einmal zwangsweise gehabt, das heißt also, in der 80er Jahren, die Leute, die eingestellt worden sind, mussten unterschreiben, dass sie nach zehn Jahren zwangsweise zu einer Landespolizei versetzt werden können, das würde unter heutigen Umständen vermutlich nicht mehr als Drohung angesehen, sondern so als die Rettungstür, die Viele wohl vermutlich gerne in Anspruch nehmen würden. Es kann jedenfalls nicht sein, dass in der Frequenz von mittlerweile vier bis sieben Jahren sämtliche persönlichen Planungen der Kolleginnen und Kollegen obsolet sind.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Nicht, dass ich Sie jetzt unterbrechen wollte. Ich bin schon dankbar dafür, dass es die Kurzfassung war. Herr Wendland, bitte!

SV **Lars Wendland**: Das Ziel Präsenz in der Fläche ist meiner Meinung nach nicht erreicht worden, kurzes Beispiel: Wir haben an der deutsch-polnischen Grenze Inspektionen ausgelöst und Reviere gemacht, die Reviere sind derzeit nicht vollständig besetzt, dementsprechend fehlt dort Präsenz. Das Revier Eberswalde ist noch gar nicht in Betrieb, weil es da noch Schwierigkeiten mit der Dienststelle gibt, also mit der Örtlichkeit der Dienststelle. Des Weiteren, wenn man sich überlegt, dass man eine Inspektion in Magdeburg hat für ein gesamtes Bundesland, dann kann man sich schon die Frage nach der Präsenz in der Fläche stellen und mit Nein beantworten. Allerdings muss man dazu sagen, in gewissen Bereichen ist es wirklich so, dass es am fehlenden Personal liegt, was nicht eingestellt worden ist, was wir nun schon mehrfach hier gehört haben. Des Weiteren kommen noch temporäre Schließungen hinzu, die mittlerweile sogar durch die Presse gegangen sind. Zur Sozialverträglichkeit: die Auswirkung muss man so sehen, dass die Kolleginnen und Kollegen zu den Schwerpunkt-Dienststellen abgeordnet werden, allerdings einen Dienstposten in ihrer Heimat haben. Dann hat das nicht mehr viel mit Sozialverträglichkeit zu tun, denn Familien, Väter und Mütter – wie ich sie gerade in meinem Eingangsstatement genannte hatte – fahren mittlerweile quasi drei Monate auf Tour, kommen dann drei Monate nach Hause und fahren dann wieder drei Monate auf Tour, wobei diese drei Monate zu Hause nicht bedeuten, dass sie evtl. in ihrem eigenen Bereich tätig sind. Aufgrund der Tatsache, zumindest im Bereich Berlin-Brandenburg, dass Berlin auch noch als Hauptstadt Schwerpunktthema zumindest für unsere Direktion ist, sind sie dann natürlich häufig in Berlin unterwegs

und nicht im eigenen Bereich. Sozialverträglichkeit: Bei den Schwerpunktdienststellen, die wir haben, muss man auch einmal sehen, die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, ob das nun der Flughafen Frankfurt/Main, Stuttgart oder München ist, wo ich auch schon war, völlig down sind, weil sie alle drei Monate neue Kolleginnen und Kollegen bekommen, die sie dann in kürzester Zeit einarbeiten müssen, die weil gegen ihren Willen – mit einem tierischen Hals dort hinkommen und es ist logisch, dass dann die Kolleginnen und Kollegen, die dort in den Dienststellen Stammbeamte sind, irgendwann auch resignieren und dann hat das mit sozialem Dienst auch nicht mehr viel zu tun. Danke!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Voss wurde als nächstes angesprochen.

SV **Roland Voss**: Zu der Frage, ob die Abschaffung der Präsidien, den entsprechenden Zweck erreicht hat, den man sich gewünscht hatte? Herr Gunkel, die Frage an Sie gestellt – ich weiß nicht, wer sich, was gewünscht hat, das ist natürlich schwierig – ich kann sagen, die Beschäftigten hatten sich eigentlich gewünscht, dass die Bundespolizei einfacher wird, die Arbeit vor Ort einfacher zu erledigen ist und dass die Organisation schlanker wird. Das wurde versprochen, das klang gut und damit können sich die Kolleginnen und Kollegen auch identifizieren. Es ist allerdings mittlerweile so, dass durch die Zentrale in Potsdam ein solch hoher Direktionismus geschieht, den die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr verarbeiten können. Eine Vielzahl von Projekten, die umgesetzt werden. Das Bundespolizeipräsidium verwirklicht zentrale Steuerung. So wurde zur Evaluation von dort gesagt, durch die Anzahl der Rahmenkonzepte: 99 zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben und 67 nichtpolizeilicher Rahmenkonzepte ohne IuK und ohne Polizeitechnik, also ohne die Informations- und Kommunikationstechnik und das Polizeitraining und die Polizeitechnik. Das sind Dinge, die die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr aufnehmen können, da verweigern sie sich auch, weil das einfach zu viel ist. Das funktioniert nicht. Da wird zu viel zentral geregelt – wie soll man sagen, man ist zu stark von oben, so dass man unten keine Luft mehr zum Atmen hat. Das muss wirklich etwas zurückgeführt werden. Allein die Anzahl der durch das Bundespolizeipräsidium erstellten zentralen Lage- und Auswerteprodukte – es sind momentan 546 Lage- und Auswerteprodukte und 1.007 statistische Sonderauswertungen, die mit Stichtag 31. Dezember 2009 erstellt werden. Wer soll das denn lesen, wer soll da noch immer zuarbeiten? Das ist den Kolleginnen und Kollegen zu viel. Insofern beantworte ich die Frage damit, dass der gewünschte Zweck zumindest von unten nicht erreicht worden ist. Welche Auswirkungen hat die Reform aus sozialer Sicht auf die Beschäftigten? Es müssen immer mehr Statistiken erfüllt werden, dann bleibt keine Zeit mehr für polizeiliche Arbeit. Das wird dadurch sichtbar, dass für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort kaum noch freie Wochenenden planbar sind, weil mit Masse an den freien Wochenenden

Dienstplanänderungen stattfinden müssen, weil ganz einfach das Personal für andere Aufgaben eingesetzt werden muss. Diese Dienststärken sind in Teilen sehr schwach, wir haben Dienststellen, in denen im operativen Bereich 30 Prozent des Personals fehlt. Das wirkt sich dann so aus, dass bei einer zu erfüllenden Mindeststärke von 17 Kolleginnen und Kollegen in einer Inspektion aufgeteilt auf die Reviere abzüglich der Dienstgruppenleiter und der stellvertretenden Dienstgruppenleiter, der Leitstellenbeamte das Organisatorische bewerkstelligen müssen und auch für die Kolleginnen und Kollegen, die in den Revieren drin bleiben müssen, Schwierigkeiten bestehen, überhaupt eine Streife rauszubekommen in einem Revier. Da fragt man sich, wie viele Kolleginnen und Kollegen bei einer Stärke von etwa 40.000 Beschäftigten tatsächlich einen operativen Dienst leisten? Insofern sind die Auswirkungen der Beschäftigten, was diese Reform anbelangt, sowohl in dem Bereich, in dem man von personellem Überhang spricht, aber auch in den Bereichen, wo die aufnehmenden Dienststellen sind, die sozialen Auswirkungen immens sind, völlig unterschiedlich. Wir müssen darauf zurückkommen, dass einfach auch der Mensch wieder im Mittelpunkt zu stehen hat und zwar in der Gestalt, dass wenn man die Krankenstatistik momentan sieht, nicht die Krankenstatistik geht. Das muss man mal hinterfragen, warum ist das Ganze so? Sondern indem wir feststellen, der Mensch ist das wichtigste Kapital unserer Behörde. Das wir haben und wir müssen so sorgfältig mit ihm umgehen, dass er erst gar nicht krank wird und das wird momentan leider nicht gemacht. Die Direktionen müssen das, was von Potsdam gewünscht wird, umsetzen. Sie haben kaum Handlungsfreiheiten, sich in diesen Dingen zu bewähren. Ich sage das Stichwort „Zielvereinbarungen“, wenngleich Zielvereinbarungen eigentlich positiv belegt sind. Das sind aber keine Vereinbarungen, es sind Vorgaben. Die Vorgaben werden nach unten hin umgesetzt, sie treffen letzten Endes den Kontroll- und Streifenbeamten auf der Straße, der immer stärker belastet wird durch immer mehr Vorgaben. Dienstgruppen, die ihre Dienststellen vernünftig führen können, die eigentlich wissen, was vor Ort los ist, die ohne Controlling wissen, wo ist mein polizeilicher Schwerpunkt, die sind quasi in dieser Reform entmachteter worden. Das ist eigentlich durch die Bank immer wieder zu hören, der tatsächliche Einsatzwert hängt natürlich von der zentralen Säule, dem Dienstgruppenleiter ab. Durch die Reduzierung von Inspektionen sind etwa 250 Dienstgruppenleiter abgebaut worden, auch 250 stellvertretende Dienstgruppenleiter. Die, die jetzt noch da sind, haben immense Strecken zurückzulegen, ihr Einsatzbereich erstreckt sich bis zu 160 km und darüber hinweg. Das macht keinen Sinn, wenn ich einen Einsatz habe, von einem Ende zum anderen Ende 160 km mit Blaulicht zu fahren, das kriegen wir nicht hin. Das muss auf ein vernünftiges Maß in den Revieren letzten Endes wieder einmal zurückgeführt werden, wo die Arbeit letzten Endes läuft. Und die Dienstgruppenleiter brauchen auch Handlungsfreiheiten. Sie wissen auch, wie sie mit ihren Leuten umzugehen haben und dann kommt man auch auf ein sozialverträglicheres Maß zurück, aber auch das geht nur, wenn wir Personal einstellen, weil die Kolleginnen und Kollegen

im Schichtdienst, also rund um die Uhr, durch die Kennzahlen fast zu 100 Prozent belastet werden. Ich kann, so wie es gerne gemacht wird, wenn nachts ruhige Zeiten sind, keine Abarbeitung von der Vielzahl von Leistungerschleichungen vornehmen, aber das müssen die Kolleginnen und Kollegen. Wann sollen sie die Arbeit denn machen? Dass sie dann krank werden, das ist doch völlig normal.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Voss. Herr Hüber, Sie haben einen ganzen Strauß von Fragen bekommen.

SV **Sven Hüber**: So viele sind es nun auch nicht. Zur ersten Frage zur Abschaffung der Präsidien wurde der gewünschte Zweck erreicht. Herr Gunkel, man kann Polizei so oder so organisieren. Sie funktioniert im Wesentlichen immer. Die Frage ist halt nur, wie gut oder wie schlecht. Es gibt andere Polizeien in Deutschland, die werden aus dem Ministerium weiter herausgeführt. Es gibt auch andere Organisationsmodelle. Man kann diese ändern. Entscheidend ist eben die Qualität der Arbeit und ob es tatsächlich Erleichterungen gibt. Vielleicht entscheidet man sich auch in einigen Jahren wieder anders. Für uns ist feststellbar, dass einer der Grundgedanken dieser Neuorganisation möglichst viel, möglichst zentral zu entscheiden und zu steuern, vielleicht nicht den Effekt gebracht hat in der Praxis, den man sich ursprünglich davon erhoffte. Ich werde das am Beispiel deutlich machen: Wenn die Kolleginnen und Kollegen berichten – auch die dienstliche Seite, bestätigt dies, – vielleicht können Sie sich etwas darunter vorstellen – dass die Beschaffung eines Staubsaugerbeutels für Schießanlagen vor der Neuorganisation zwei Mitarbeiter 15 Minuten gebunden hat und nach der Neuorganisation vier Mitarbeiter 45 Minuten damit beschäftigt sind. Oder wenn bei der Beschaffung von Investitionsgütern über 150 Euro ein B-besoldeter Beamter, der Direktionsleiter ist – und die Haushälter waren an der Stelle auch großzügig gewesen, dafür bedanke ich mich auch noch einmal selbst – nicht über die Beschaffung entscheiden darf, und wir vor der Neuorganisation eben sieben Arbeitsschritte hatten und mir jetzt 15 aufgelistet werden – ich bin nicht der Beschaffungsexperte, aber ich glaube dem – da muss noch einmal rangegangen werden. Meine persönliche Überzeugung ist, man kann die Bundespolizei ohne Zweifel auch mit einer Oberbehörde organisieren, aber man sollte sie nicht dem Grunde nach so organisieren, vom Gedanken her, dass alles das, was unterhalb der Oberbehörde angesiedelt ist, sondern eine permanente BAO darstellt, die nur Einsatz macht und alles andere, was nicht Einsatz ist, eine Etage oberhalb erledigt wird, da müssen zu oft die Paternoster fahren. Das ist dann eben so. Deshalb plädiere ich dafür, dass man in der Evaluation – und wir sind nicht am Ende, sondern am Anfang, das sagt auch das BMI – hier anschaut, dass möglichst wenig Entscheidungsvorbehalte bei der Oberbehörde liegen, also vielleicht ist Polizei auch anders als das Bundesverwaltungsamt, Bundesamt für Geodäsie und was es sonst so an Bundesbehörden gibt. Bei der Polizeiarbeit, glaube ich, da ist lieber näher ran statt weiter weg die richtige Lösung und dann ist es

eben nicht die reine Organisationslehre. Entscheidend ist doch, dass der Beamte, der in den Einsatz geht, seine Schnellhandfesseln hat, wenn er sie braucht und nicht entweder durch große Schleifen die Sachen erst beschafft werden müssen oder man wieder zu „illegaler geheimer“ Lagerwirtschaft kommt und ein bisschen hamstert und sagt: „Bei diesen großen Pirouetten, die gedreht werden müssen, dauert es mir zu lang. Da wollen wir nicht hin. Da will niemand hin, schon aus Kostengründen nicht. Die zweite Frage: Zusatzarbeiten aus Gründen der Neuorganisation: Da muss ich sagen, dieses Kind, was verknüpft ist mit der Frage der Überforderung, ist kein Kind der schwarz-gelben Regierung. Die Schere zwischen Dienstposten und Personal schleppt die Bundespolizei schon aus BGS-Zeiten faktisch seit dem Antiterrorpaket mit sich herum. Um es Ihnen mal an einem Beispiel zu erläutern, am 13. Mai 2004 (BMI-Zählung, die Zahlen, die ich nenne, sind nie eigene Zahlen, das sind immer sozusagen offizielle Zahlen) hatte die Bundespolizei 4.219 Mann weniger an Bord im mittleren Polizeivollzugsdienst als sie Dienstposten ausgewiesen hatte. Dies ist, das muss ich sagen, ist sicherlich kein Verdienst reduziert worden, wir haben eben im aktuellen Stellenplan nur 923 Dienstposten mehr ausgewiesen, aber wir haben die Leute dafür gar nicht da. Sie wissen es aus den Haushaltsberatungen, aus dem Haushaltsentwurf, es wurde nicht eingestellt und das ist die Last, die die Leute mit sich herumschleppen. Die Bundespolizei hat sozusagen eine Unterdeckung von fast 2 Millionen Mannstunden. Das kann doch jeder Organisator ausrechnen und jetzt können Sie sich fragen, jetzt zieht man am zu kurzen Hemd, zieht man vorn, geht es hinten hoch, zieht man hinten, geht es vorne hoch. Loch an Loch und hält doch sagen wir immer dazu, im Durchschnitt war der Teich einen Meter tiefer und trotzdem ist die Kuh ertrunken. Wir schicken jetzt über Abordnung, erst aus der Bereitschaftspolizei, jetzt aus dem angeblich überbesetzten Einzeldienst, der natürlich bei Herrn Baumann erscheint und sagt, jetzt müssen wir hier, obwohl hier Selbstbedarf ist, noch Löcher stopfen und man geht jetzt daran und sagt, wo sind denn jetzt die größten Löcher. Die größten Löcher sind, wenn man das Kerngebiet der Bundespolizei nimmt, die Verhinderung der illegalen Migration nach wie vor an den Flughäfen. Das ist auch nicht verwunderlich und das ist übrigens auch kein Produkt der Neuorganisation, das war schon immer so. Und leider ist man nicht dazu gekommen, weder vor der Neuorganisation noch mit der Neuorganisation noch zwei Jahre nach der Neuorganisation, dieses Kernproblem, dass wir in den Ballungsräumen, insbesondere an den Flughäfen Personal brauchen, personalwirtschaftlich anzugehen, dort zu werben und zwar Leute, die von dort kommen, nicht jemanden aus dem Oder-Haff nach Stuttgart bringen zu wollen. Das sind doch Konzepte, die sind doch schon 20 Jahre gescheitert. Das sind die Ursachen dafür, dass es zu diesen Abordnungen kommt. Es hilft da nur, personalwirtschaftlich nachhaltig für die Ballungsräume ein Konzept aufzulegen und da gebe ich den anderen Experten Recht, da muss man auch überlegen, ob Bundespolizei auch finanziell attraktiv ist in den Ballungsräumen. Wir befinden uns da in einer Konkurrenzsituation. Wenn ein Bundespolizist für A7 nach Frankfurt geht

und bei der hessischen Polizei mit einem Anfangsgehalt von A9 anfängt, da steht man objektiv in Konkurrenz, das ist dann eben so. Der dritte Punkt, der Prüfbericht des Bundesrechnungshofes, nur beim ersten oberflächlichen Lesen könnte man meinen, der Bundesrechnungshof hat seine Liebe für die armen überbelasteten Bundespolizisten entdeckt. Das ist natürlich nicht so. Der Bundesrechnungshof schreibt so einen Bericht mit dem Hintergedanken, die Bahnpolizeireviere zu streichen nach der Devise, wenn sie eh nicht besetzt sind, dann könnt ihr sie auch zumachen, und zwar dauerhaft zumachen. Das ist aber aus meiner Sicht keine Lösung. Die Neuorganisation – das muss man ehrlicherweise sagen – hat natürlich durch die Umwandlung von bisherigen Inspektionsstandorten in Revierstandorte die Anzahl der Dienstorte, die man mal temporär dicht machen kann, dramatisch erweitert. Wo so eine Erweiterung stattfindet, wird – in der Not frisst der Teufel Fliegen – davon natürlich auch kräftig Gebrauch gemacht. Wenn ich als Dienstgruppenleiter eher das Personal bei mir im Ballungsraum brauche, dann wird eben das Revier nur noch temporär besetzt. Das ist die Quintessenz und wenn sie weniger Personal haben, weil nicht eingestellt wurde, eine Überdehnung im ODP haben, also noch mehr Stellen ausgeworfen haben, als sie selbst bei allen eingesetzten Planstellen Mitarbeiter haben könnten, dann muss man sich entscheiden, wo man die Lücke lässt. Die Leitragenden sind dann die Orte, wo die Reviere sind. Da wird als erstes ausgedünnt und die Folge ist eben, dass sie keinen Bahnpolizisten dort sehen, dass die Präventionsstreifen eben ein Stück heruntergehen. Wenn Prävention gemacht wird oder Präsenzstreifen gemacht werden, dann werden sie natürlich – Kennzahlen Kernaufgabe – auf 22 1A-Kontrollen, Suche nach Illegalen, konzentriert und weniger eine Präsenzstreife dorthin zu schicken, wo Kinder typischerweise einen Schulweg abkürzen und vielleicht über die Gleise gehen, dann greift sozusagen ein Rad ins andere. Jetzt möchte ich Herrn Bosbach nicht mit seinem Zeitmanagement belasten. Letzte Frage, die Sie gestellt hatten, Veränderungen und Zuständigkeit Bundespolizeipräsidium BMI. Wie gesagt, man kann es so oder so machen, es gibt da keine reine Lehre, es gibt auch keine Heilslehre, dass man sagen könnte, wenn diese Aufgabe weiter im Ministerium wahrgenommen wird, dann stirbt die Welt. Ich habe nirgendwo überhaupt eine Definition gefunden, was denn ministerielle Aufgaben sind, welchen Wesensgehalt haben die denn und ab welcher Ebene ist es sozusagen nur für die untere Ebene vorzusehen. Da geht es eher, glaube ich, um Zweckmäßigkeiten, es geht natürlich auch darum Entscheidungsvorbehalte im Ministerium zu belassen, wo es eine politische Dimension einnimmt. Ich halte dies persönlich auch für richtig, weil die Bundespolizei eben in einem Aufgabenfeld tätig ist, in dem das Versagen oder Nichtversagen eines Polizeiobermeisters auch politische Erschütterungen hervorrufen könnten, das ist nun mal so. Wir sind nicht Innenverwaltung, sondern wir sind eine Außenverwaltung. Wir sind am Bürger dran und wir operieren da nach draußen. Was ich für richtig und notwendig halte ist, dass wenn man Feinkonzepte mit einer Aufgabenabgrenzung macht, diese Konzepte dann entweder eingehalten

werden oder formal geändert werden, so dass Veränderungsprozesse auch nachvollziehbar sind. Das ist in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen. Vielen Dank!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Herr Gunkel, Sie sind glücklich und zufrieden?

BE **Wolfgang Gunkel** (SPD): Es ergeben sich natürlich einige Anschlussfragen.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Das ist meine Befürchtung. Frau Kollegin Piltz.

BE **Gisela Piltz** (FDP): Herr Vorsitzender, geehrte Sachverständige. Erst einmal möchte ich mich dem Dank meines Kollegen Baumann anschließen sowohl was Sie angeht, dass Sie hier zur Verfügung stehen aber auch, was Ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ort angeht, aber da ist schon alles Wesentliche gesagt. Vorab muss man noch einmal sagen, dass das, was Sie hier alle uns sagen leider die Einschätzung, die wir damals hatten, durchaus bestätigt. Ich finde das muss man auch einfach mal sagen dürfen von Seiten der Politik. Das ist einer der Fälle, wo es wirklich traurig ist, dass die Sachen so eingetreten sind, wie damals zugegebenermaßen vor allem die Opposition gesagt hat. Jetzt könnte man sich hier hinstellen und sagen „hey, super, ich habe es damals schon gesagt“. Das ist aber eine Einstellung, die hier nicht weiterbringen würde und es wäre eine Einstellung, die sozusagen der Rolle der Bundespolizei nicht gerecht wird. Ich finde es schon schade, dass es damals nicht gelungen ist, sozusagen, das, was man vorher schon wissen hätte können, auch vorweg zu nehmen in die politische Entscheidung und dass wir jetzt versuchen können, Dinge zu verbessern. Aus meiner Sicht ist es klar, wir können keine Rolle rückwärts machen, wir als FDP-Bundestagsfraktion haben diese absolute Zentralisierung immer kritisiert. Ich glaube, wenn man das jetzt wieder zurückfahren wollte, würde man aber letztendlich die Verunsicherung und die Krise in der Bundespolizei nur noch einmal verstärken. Deshalb glaube ich, dass das keine Option ist, aber soviel nur vorab. Es sind schon relativ viele Fragen gestellt worden von allen an alle. Mal sehen, manches wiederholt sich jetzt vielleicht. Meine ersten Fragen gehen an Herrn Wendland und Herrn Reedwisch. Es ist schon teilweise von Ihnen gesagt worden, dass diese Führungsorganisation von oben herab falsch ist. Es würde mich einfach mal interessieren, wie denn das klug umorganisiert werden könnte und was man im Einzelnen dezentralisieren kann. Hier ist auch schon viel gesprochen worden von der sächlichen Organisation, was kann man denn da konkret umorganisieren? Dass das alles nicht läuft, das wissen wir jetzt, und wenn ich nach vorne schauen möchte, würde mich einfach interessieren, wie man es anders und besser organisieren kann. Ebenso, dazu ist teilweise auch schon etwas gesagt worden, wie man die Strukturen der Bundespolizei und des BMI neu sortieren könnte? Vielleicht haben Sie dazu noch eine neue Idee, die wir dann aufnehmen könnten, damit man das nicht nur umorganisiert, sondern auch verbessern kann und

auch das ist hier schon teilweise angesprochen worden als Problem. Haben Sie eine Idee, wie man verhindern kann, dass Vollzugsbeamte Verwaltungsaufgaben in diesem hohen Umfang wahrnehmen müssen? Welche Ideen gibt es da? Wie gesagt, wir wollen nach vorne schauen. Dann habe ich noch Fragen konkret an Herrn Wendt. Sie hatten das, glaube ich, in der ersten Runde angesprochen, die Flughäfen, wie man die Personalsituation an Flughäfen verbessern kann? Es ist so, dass da doch im Prinzip Zoll, Länderpolizei, Bundespolizei und private Sicherheitsorganisationen ihren Job erledigen, ob das so sinnvoll ist, ob man das neu organisieren könnte und welche konkrete Idee bei Ihnen sozusagen ansteht, wie man diesen Abordnungstourismus abstellen kann, der offensichtlich gerade – das ist hier schon unterschiedlich angesprochen worden, die Flughäfen trifft? Das ist immer eins meiner persönlichen Lieblingsthemen, was die Bahnpolizei angeht und deren Aufgaben. Ich stelle immer wieder fest, dass gerade bei Fußballspielen die Bundespolizei die Fans begleitet bis zum Spielort und dann übernimmt die Länderpolizei und dann wird das Ganze zurückabgewickelt und beide sitzen jeweils in der Zwischenzeit herum. Ich halte das persönlich nicht für effektiv. Deshalb würde mich interessieren, wie Ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundespolizei sind und ob Sie der Auffassung sind, dass man da etwas für die Zukunft besser regeln könnte? Herzlichen Dank!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Frau Piltz. Herr Wendland, bitte!

SV **Lars Wendland**: Sehr geehrte Frau Piltz, zur Fürsorge von oben, wie man dieses klug ändern kann, es gibt sicherlich einige Beispiele, ob die dann klug sind, ist eine andere Geschichte. Das muss dann jeder für sich selber beantworten, aber Fürsorge ist halt so, dass man dann mit dem Vorgesetzten mal sprechen kann und er nicht durch irgendwelche Konzepte oder Zielvereinbarungen oder dieser Controlling-Geschichten, dieser Überzentralisierung nicht mit dem Kollegen sprechen kann. Ein DGL muss nach draußen, muss die Leute vor Ort führen und das ist derzeit nicht unbedingt der Fall, weil er so viele administrative Aufgaben hat, dass er gar nicht dazu kommt, mit den Leuten noch vernünftig zu sprechen. Fürsorge ist auch, dass man nicht immer nur Druck ausübt auf die Kolleginnen und Kollegen, „du musst Fallzahlen bringen“, sondern vielleicht dann auch mal mit den Kolleginnen und Kollegen überlegen, wie kann es, wenn Fallzahlen gefordert sind, besser von statten gehen. Dezentralisieren, wie man das am besten macht? Ich hatte in meiner Stellungnahme schon gewisse Dinge ausgeführt u. a., dass man bei der Akademie in Lübeck die Fachorganisation lässt, und die Abteilungen, die Aus- und Fortbildungsabteilungen den zuständigen Direktionen, also dem Bereich, wo sie sind, zuordnet. Da kann man schon einiges mit lösen. Des Weiteren – Herr Hüber hatte das vorhin schon angesprochen mit den Finanzmitteln – dass die Direktionen vielleicht auch einmal ein vernünftiges Budget bekommen, mit denen sie haushalten können, denn Haushälter waren auch in den Präsidien vor Ort, die haben das auch

geleistet. Und meiner Ansicht nach sind auch fähige Leute in den Direktionen vorhanden, die das übernehmen können, mit dem Haushalt vernünftig umzugehen. Strukturänderungen, Bundespolizei, BMI, da bitte ich noch einmal die Frage zu stellen und das Letzte, wie kann man PVBs herauslösen, um sie ggf. durch Verwaltungsbeamte zu ersetzen: Das ist eindeutig hier mehrfach gesagt worden, Personal einstellen, um diese Lücken zu schließen und dann nicht unbedingt zuzusehen, die großen Sparwellen mitzutragen, die derzeit vorhanden sind. Wir sparen jetzt 0,4 Prozent im PVB-Bereich und immer noch diese 1,5 Prozent im Verwaltungsbereich. Was die Stellen angeht, da müsste sich halt die Bundesregierung bzw. das Parlament überlegen, ob sie das so weiterführen will, aber ich denke mal, um eine vernünftige Polizeiorganisation zu haben, müssten diese Geschichten gestrichen werden.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Frau Piltz, Herr Wendland hat gebeten, dass Sie eine Frage noch einmal wiederholen.

BE **Gisela Piltz** (FDP): Gerne. Das ist hier schon von einigen angesprochen worden, es gibt eine Aufgabenteilung, was die Bundespolizei angeht, zwischen dem BMI und der Bundespolizei und das, was bei uns ankommt, ist, dass diese Aufgabenteilung manchmal nicht funktioniert. Das hat nichts mit handelnden Personen, sondern mit Strukturen zu tun. Da war nur noch einmal meine Frage, ob es da aus Ihrer Sicht Vorschläge gibt, was man verändern kann?

SV **Lars Wendland**: Das BMI und auch das Präsidium sollten sich vielleicht mit dem Vorstand des Bundespolizeihauptpersonalrates hinsetzen und ganz konkret absprechen, welche Aufgaben hat das BMI und welche Aufgaben hat dann noch das Bundespolizeipräsidium. Die Probleme, die Sie ansprachen, sind gegenwärtig. Es geistert bei uns ein Entwurf einer neuen Beförderungsrichtlinie rum sowie einer Beurteilungsrichtlinie, die ist vom Präsidium herausgegeben worden und im letzten Gespräch, soweit ich weiß, ist es vom BMI dementiert worden. Es ist gesagt worden, dass Beurteilungsrichtlinien und Beförderungsrichtlinien beim BMI liegen. Da sollte sich vielleicht jetzt das BMI, der Hauptpersonalrat, der zuständige Bund und das Präsidium an einen Tisch setzen, Tacheles reden und dann einmal sagen, welche Aufgaben gehören wohin. Herr Göbel war schon mal im Präsidium, ich denke, er ist der Fachmann dafür, das Ganze dann zu leiten. Danke schön!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Reedwisch.

SV **Rüdiger Reedwisch**: Ich sage ganz klar, dass das Ministerium eigentlich schon über Jahre falsch organisiert war. Ich habe in die Vergangenheit geguckt und da gab es sehr wohl den schlaun Vorschlag eine Oberbehörde zu strukturieren. Dann haben wir einige interne – aus welchen Gründen auch immer – Umorganisationen im

BMI gehabt und haben im Wege der Neuorganisation eine einzügige Bundespolizeiabteilung. Die Kernfrage, die politisch zu stellen ist, was ist eigentlich Aufgabe eines Ministeriums? Diese Frage wurde nie richtig gestellt bzw. nie richtig beantwortet und es spielt hier eindeutig rein, welche Aufgaben im Zusammenhang mit Bundespolizei sind politisch bewertbar und im BMI zu bearbeiten und zu entscheiden. Da waren handwerkliche Dinge – da sträuben sich einem die Haare, was das BMI in der zweizügigen Struktur alles gemacht hat. Nun haben wir das Ganze in der einzügigen Struktur und man glaubt auch noch, das kann man an vielen Beispielen festmachen, dass man in einer zweizügigen Struktur ist und eigentlich alles noch hat. Es ist nur anders formuliert, steht in irgendwelchen Papieren, aber bloß nicht loslassen. Da heißt das Geheimnis: Aufklärung! Was ist noch ministeriell und wenn wir eine Oberbehörde haben, was gehört in die Oberbehörde hinein? Das Gleiche gilt dann auch für die Oberbehörde. Welche Aufgaben hat sie und diese sind zumindest semi-politisch und sie ist auf keinen Fall, wie wir es in der Praxis erlebt haben, eine operative Führungsorganisation, wie das praktiziert wurde, was ich für Unfug halte. Eine Einsatz führende Dienststelle in einer Oberbehörde – da sträuben sich das zweite Mal die Haare. Also, kluge Umorganisation in Form von Delegation, von Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und loslassen und arbeiten lassen. Ein Mensch, der Aufgaben hat und selbstständig in dieser Aufgabe aufgehen kann, der leistet auch etwas. Hier wird durch große Züge, die man eingelegt hat, das Gegenteil erreicht. Hier wird keine Kreativität gefördert, hier wird keine Selbstständigkeit gefördert, sondern hier wird genau das Gegenteil erreicht. Das größte Manko: ich fand es schon falsch, dass der technische Bereich wie Kfz, Waffen, Fernmeldebereich oder IT-Bereich, wie er jetzt heißt, ministrabel war. Er ist auch nicht oberbehördenkonform. Ich wiederhole, was ich vorhin in meiner Einleitung gesagt habe, da können wir ruhig einmal zu den Landespolizeien gucken, da gibt es eine Querschnittdienststelle, die das wunderbar organisiert. Wir hatten vorhin so ein schönes Beispiel von Herrn Hüber. Ich kann Ihnen auch eines sagen: Donnerstag bei einer Personalversammlung war die freudige Botschaft, „nach vier Monaten hatte ich schon eine neue Batterie und nach zwei Monaten hatte ich neue Staubsaugerbeutel für die Reinigungskraft“. Da gibt es Beispiele ohne Ende. Sie wissen inzwischen, Frau Piltz, das können wir beliebig ausdehnen, diese Organisation ist zentralistisch pervertiert aufgestellt und daran muss gearbeitet werden, an diesen Organisations- und Führungsstrukturen in dem Bereich und im BMI an der Einzigkeit. Ansprechpartner im politischen Bereich, das klang hier auch schon an, muss das BMI bleiben. Man muss die Aufgaben analysieren, was ist davon noch politisch. Ein Teil der Bereiche, denke ich, ist politisch angesiedelt und deswegen brauchen wir auch einen Ansprechpartner in dieser Behörde im Bundesinnenministerium. Dann müssen wir die Direktionen und Inspektionen aus der Gängelei herauslassen. Wir müssen sie arbeiten lassen, indem wir Vorgaben machen, aber die Fülle der Vorgaben, die jetzt von oben bis unten durchmarschiert, sind kaum lesbar, geschweige denn bei bestem Willen praktisch umsetzbar. Ich

wiederhole auch den Aspekt, es wird - teilweise auch sehr berechtigt – auf Führungspersonal eingeschlagen, zumindest rhetorisch. Aber auch da, wenn Sie mit den Führungspersönlichkeiten, wenn sie denn gutes leisten, mit ihren Mitarbeitern sprechen, Personalführungsgespräche machen wollen, dann scheitert es an der Zeit durch die Belastung wegen der Fülle der Aufgaben und es scheitert an unterschiedlichen Entfernungen. Wenn Sie in Thüringen einen Sitz der Inspektion in Erfurt haben und der Inspektionsleiter soll alle seine Leute sorgfältig betreuen durch Auge in Auge, dann geht das nicht. Und dann kommt es zu kuriosen Situationen, dass jemand von einem Versorgungslager, das nun auch zum Präsidium gehört, zu seiner Beurteilungseröffnung marschiert und der Erstbeurteiler sagt, hier haben Sie Ihr Urteil, aber ich kenne Sie nicht. Sind Sie denn der, der hier draufsteht? Er hat ihm aber eine Note von 9 auf 6 reduziert. Das ist das wahre Leben. Solche Beispiele kann ich Ihnen ohne Ende erzählen, das ist die Krankheit und das macht die Mitarbeiter krank, weil sie nicht gewürdigt, sondern als Sachvorgang behandelt worden, weil sie in irgendwelchen Akten bearbeitet werden und wissen selbst gar nichts davon. Und der Aktenlauf – ich sage es noch einmal – ist sowas von miserabel, dass ein Entscheidungsstau, den Sie gar nicht in Dimensionen ausdrücken können in vielen Bereichen und insbesondere im Personalbereich besteht. Die Mitarbeiter sind dadurch naturgemäß mehr als verunsichert. Man kann das eigentlich gar nicht mehr beschreiben. Es kommt nichts aus Potsdam. Ich sage noch einmal, den Mitarbeitern in Potsdam mache ich noch nicht einmal einen Vorwurf, sie können es teilweise gar nicht, weil auch ein System dieser Neuorganisation darin besteht, vielen Mitarbeitern Funktionen zu geben, die sie vorher nicht gelernt haben. Ein richtig schöner Ringtausch in den Verantwortlichkeiten und dann hat man einen Vorgang zur Bearbeitung, den man gar nicht versteht, weil das Hintergrundwissen fehlt, weil die Zusammenarbeit insbesondere – gerade letzte Woche habe ich das wieder festgestellt – in den Abteilungen V bis VIII überhaupt nicht funktioniert. Da sind berechtigte Anträge eigentlich leicht zu entscheiden. Die eine Abteilung legt den auf, ohne Erklärung, die zweite ist zuständig und soll entscheiden, hat aber keine Erklärung dafür und kann es dementsprechend nicht entscheiden. Dann liegt das bis auf Weiteres auf „unerledigt“. So gibt es eine Fülle von Dingen, auch im Bereich der Materialbeschaffung, man muss nur einmal herausgehen und mit den Mitarbeitern sprechen, dann hat man Beispiele ohne Ende. Hieran muss gearbeitet werden und zwar möglichst schnell. Deswegen sage ich noch einmal, dass geht nicht intern. Wir brauchen Fachleute. Herr Zintel hat schon ein Angebot gemacht. Wir brauchen Fachleute, die das analysieren und schnell konstruktive Lösungsvorschläge anbieten, wie Aufgabenstruktur und Führungsstruktur verbessert werden können in dem Bereich. PVB in Verwaltungsaufgaben, eine uralte Geschichte, aber gar nicht zu verhindern. Die verwaltungsmäßigen Bestimmungen, die wir hier haben, sind so immens, dass jeder, der verantwortungsbewusst in einer Führungsposition ist, alles daran setzen wird, das zu machen, sonst bewegt er sich außerhalb des Rechts. Das

Personal reicht jedoch nicht aus und demzufolge bedient er sich der Polizeivollzugsbeamten. Warum reicht das Personal nicht aus? Weil die Zahl der Bestimmungen, der Verwaltungsanordnungen und das Aufgabenvolumen so stark gestiegen sind, dass es schon mit dem vorhandenen Personal gar nicht möglich war, dieses zu schaffen. Dann kommt eine jahrelange Kürzung in der allgemeinen inneren Verwaltung und da sind wir unterhalb des Bereichs, wo man noch sagen kann, wir sind leistungsfähig. Das ist eine der Ursachen, massive Überforderung durch Aufgabenverdichtung. Die Aufgabenverdichtung ist dadurch begründet, dass die Aufgaben nicht weniger geworden sind, aber das Personal ist weniger und die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel sind ebenfalls weniger. Wenn man da etwas ändern will, dann muss man sich fragen, ist alles, was die Bundespolizei macht in Ordnung? Muss sie das noch machen und wenn ja, kann sie das mit dem Personal und den Haushaltsmitteln und wenn nein, da gibt es nur zwei Möglichkeiten, mehr Personal oder mehr Haushaltsmittel. Diese Kernfrage ist politisch zu beantworten und da sind Sie wieder gefordert in dem Bereich, denke ich mal. Das ist einfach die Frage, die ich Ihnen stelle, welche Sicherheit ist gewollt und was ist sie Ihnen wert? Die müssen sie beantworten. Wir leiden da im Moment darunter und zwar ganz massiv. Das ist der Grund, warum wir hier überhaupt sitzen, ich sehe dringenden Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Reedwisch. Rainer Wendt, bitte!

SV **Rainer Wendt**: Werte Frau Piltz, was die Stimmung in der Belegschaft angeht, da ist enttäuscht sein, resigniert und frustriert sein. Wenn Sie das damit meinen, dass sich die eine oder andere Erwartung, die Sie zu Oppositionszeiten hatten, erfüllt haben, dann kann ich Ihnen nicht verschweigen, dass u. a. mit Sparbeschlüssen der neuesten Art die Bundesregierung einen erheblichen Anteil daran hat, dass sich diese Erwartungen erfüllt haben in der Stimmungslage der Bundespolizei. Ich will zwei Ausdrücke, die Sie gebraucht haben, gerne aufgreifen und zurückweisen. Ich glaube auch und hoffe auch, dass Sie diese nicht so gemeint haben. Die Bundespolizei ist in keiner Krise. Von der Krise der Bundespolizei zu sprechen, wäre absolut überzogen, die Bundespolizei ist in einer schwierigen Umsetzungsphase der Neuorganisation. In einem 40.000-Mann-Betrieb kann man nun nicht einfach den Hebel umlegen und sagen, wir machen das ab morgen so, diese Neuorganisation, ich sage immer, das ist ein bisschen wie die Operation am offenen Herzen auf dem Dach eines fahrenden Zuges. Sie muss nämlich im laufenden Betrieb durchgeführt werden. Wir können also nicht, wie das andere Unternehmen vielleicht könnten, mal für acht Wochen schließen und sagen, so und in den acht Wochen stellen wir uns neu auf und fangen dann wieder von ganz vorne an – das geht bei der Bundespolizei nicht, deshalb dauert es einige Zeit, da muss man auch ein bisschen Geduld haben. Auf den Personalmangel und auf den vollzogenen Personalabbau, insbesondere im Verwaltungsbereich, ist schon hingewiesen worden. Ich will etwas ketzerisch

hinzufügen, das erlauben Sie mir dann auch schon noch, dass es auch Personal bindet, viele Anfragen aus dem Parlament beantworten zu müssen. Dass alles nicht läuft, ist in der Tat nicht so, die Verhandlungserfolge der Bundespolizei sprechen eine ganze andere Sprache. Die Kolleginnen und Kollegen leisten viel, sie arbeiten am Limit und sie arbeiten auch sehr gut. Was den Abordnungstourismus – Sie haben den so genannt, ich würde den auch so nennen – angeht, der ist nicht nur nervig und störend für die Kolleginnen und Kollegen, das ist hier mehrfach beschrieben worden, der ist im Übrigen auch teuer. Das wird glücklicherweise noch im Laufe dieses Jahres abgemildert werden durch die Zuweisung von Kolleginnen und Kollegen, die ihre Laufbahnprüfung bestanden haben und die dann in diese Ballungszentren gehen und das wird hoffentlich dann auch künftig abgemildert werden dadurch, dass man regionale Werbemaßnahmen durchführen will. Ich halte viel von der zentralen Einstellung, aber dezentral also regional, Werbemaßnahmen durchzuführen, auch davon halte ich viel. Ich glaube, dass das zielführend ist und auf Dauer dann dazu führen wird, dass die Zahl der Abordnungen drastisch sinken wird, ganz auf Null werden sie nie reduziert, waren sie im Übrigen vor der Neuorganisation auch nicht. Die Abordnung zu den Flughäfen haben mit Neuorganisation im Grunde genommen nicht viel zu tun, werden aber gerne damit vermischt. Was die Tätigkeit der Sicherheitsorgane an den Flughäfen angeht, kann ich Ihnen sagen, die haben alle unterschiedliche Aufgaben und diese Aufgaben erfüllen sie auch gut. Sowohl der Zoll als auch die privaten Sicherheitsdienste als auch die Bundespolizei haben konkret zugewiesene Aufgabenbereiche, die sie in der Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten sachgerecht und sehr gut erfüllen. Wir haben sehr sichere und sehr gute Flughäfen und ich sehe überhaupt keine Veranlassung, an dieser grundsätzlichen Konstruktion etwas zu verändern. Wir sind leider in der Situation, dass wir beim Zoll eben eine komplette Neuorganisation, die vier Jahre lang gedauert hat, hinter uns haben. Die Bundespolizei ist mitten in einer Neuorganisation, das Bundeskriminalamt hat etliche Maßnahmen auch auf europäischer Ebene organisatorischer Art hinter sich und jetzt basteln wir schon wieder gedanklich an einer Neukonstruktion der Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Ich bin da sehr zurückhaltend, was das angeht. Jetzt müssen wir erst einmal in diesem Bereich arbeiten und ich glaube auch, dass die Sicherheitsorgane grundsätzlich, was die Teilung Zoll/Bundespolizei angeht, richtig aufgestellt sind und auch so aufgestellt bleiben sollten.

Die Fußballereinsätze sind in der Tat schwierig und mehren sich, allein im vergangenen Jahr gegenüber 2008 rund 11 Prozent mehr, mehr als 5.000 Einsätze im Bereich der Bahnpolizei. Aber es gibt eigentlich nur zwei Alternativen dazu: entweder würden die Landespolizeien komplett auch im bahnpolizeilichen Bereich Sicherheitsaufgaben übernehmen oder aber die Bundespolizei würde über den bahnpolizeilichen Bereich hinaus in die Städte, in die Stadien hineingehen oder um die Stadien herum, sie würden sozusagen auf dem territorialen Zuständigkeitsbereich der Landespolizei arbeiten, beides halte ich nicht für zielführend. Ich würde auch den Ausdruck, „die sitzen in der Zwischenzeit herum“, zurückweisen wollen, das tun sie

nämlich mitnichten, denn sie nehmen dort wichtige Sicherheitsaufgaben wahr. Die Bahnanlagen zu sichern in den Zeiten, in denen z. B. das Fußballspiel selbst stattfindet, ist eine ausgesprochen sinnvolle Tätigkeit, die dringend erforderlich ist, denn wenn Sie sich einmal mit den logistischen Feinheiten von Störergruppen befassen, dann werden Sie feststellen, dass sie teilweise überhaupt nicht darauf aus sind, direkte Konfrontationen mit der Polizei im oder um das Stadium herum zu suchen, sondern dezentral sehr mobil und sehr darauf ausgerichtet Störungen anzurichten, die möglicherweise im Bahnverkehr stattfinden können. Ein letztes noch, was die Abschichtung von Aufgaben angeht. Sie wissen, ich komme aus Nordrhein-Westfalen, da haben wir das alles hinter uns, das heißt, vor fünf Jahren, Oberbehörden gegründet, zentralisiert, das ist alles richtig, ist grundsätzlich bei der Bundespolizei auch richtig, auch die Aufgaben den ministeriellen Aufgaben abgeschichtet in die Oberbehörden ist richtig, aber auch nach fünf Jahren, Frau Piltz, üben wir immer noch. Ein bisschen Geduld braucht man da schon.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Wendt. Dann kann die Koalition dankbar sein: Wir sind nicht in einer Krise, sondern wir haben nur das Problem, im laufenden Betrieb den Hebel umlegen zu müssen. Frau Piltz, Sie hatten noch eine schnuckelige Nachfrage?

BE **Gisela Piltz** (FDP): Nein, ich wollte nur ein paar Bemerkungen dazu machen. Herr Wendt, ich wusste nicht, dass Sie meine rheinischen flapsigen Bemerkungen immer auf die Goldwaage werfen. Ich werde demnächst Ihre Pressemitteilung genauso beobachten und wenn jemand anderes der Kollegen hier meint, dass es vielleicht doch eine klügere Verwendung für Bundespolizisten bzw. Landespolizisten während der Fußballspiele gibt, kann er mir das gerne unter vier Augen oder per E-Mail mitteilen. Ich jedenfalls hatte bisher den Eindruck als Gast in einem Fußballstadion, wo ich häufig bin, in Düsseldorf nämlich, dass insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Länderpolizei dort sitzen. Und ansonsten – es mag Ihr Verständnis von Demokratie sein, dass es manchmal den Laden aufhält, wenn man Anfragen stellt. Ich kann Ihnen immer nur anbieten, es hält meinen Laden manchmal auch auf, mit Ihnen reden zu dürfen, aber ich tue es weiterhin gerne.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Ach Kinder, nun nicht so empfindlich sein.

BE **Frank Tempel** (DIE LINKE.): Herr Vorsitzender, danke schön für das Wort. Ich möchte mich natürlich auch bei den Sachverständigen bedanken, das gilt also ausnahmslos. Es ist schon recht interessant, eine Betrachtungsweise, aus Sicht der Beschäftigten zu hören, auch wenn man Fakten, Lagen vergleicht, doch eine recht deutliche Diskrepanz zu dem Innenausschuss vorliegenden Bericht des Innenministeriums festzustellen. Über die Ursachen dieser Diskrepanz werden wir dann im Innenausschuss sicherlich reden müssen. Mich würde schon die Antwort

interessieren, ist es ein fachliches Problem, liegt das Problem in einer Zielstellung? Beides ist dann bedenklich, aber man muss sich damit auseinandersetzen und vor allen Dingen dann auch noch nach Vorne gucken, wie man zukünftig damit umgeht. Als Vierter in der Fragerunde kann man dann natürlich hier noch einmal zeigen, wie gut man sich vorbereitet hat und alle Fragen auf dem Zettel vorlesen, das mache ich aber nicht, da ich auch nicht ganz der Letzte in der Fragerunde bin. Viele Fragen ziehen sich aufgrund Problematik wie ein roter Faden hier durch. Da haben wir die Flächenabdeckung, wir haben das Controlling, Kennzahlengestützte Steuerung, die soziale Situation der Beschäftigten, das zieht sich überall durch. Und da habe ich an Herrn Voss noch einmal die Bitte, das Problem des Systems der Schattenstruktur, noch einmal zu erklären im Zusammenhang mit der Reform, mit den Auswirkungen auf die Präsenz der Bundespolizei in der Fläche und auf die Motivation der Beschäftigten. Wenn wir noch auf dieses spezielle Detail eingegangen sind, dann bitte zu Ihrem Bericht, Herr Voss. Sie sind kurz auf die Auslandsverwendung der Bundespolizei eingegangen, haben dabei geschrieben, dass sie keinen Bezug zu den Afghanistan-Einsätzen nehmen wollen. Es ist dann logisch, dass ich da genau nachfrage, warum nicht? In Bezug auf den Auslandspool habe ich dann auch noch gleichzeitig eine Frage, die sich auch an Herrn Hüber richtet. Wir haben das Problem des Auslandspools, Auslandshundertschaften, der Pool funktioniert offensichtlich ganz so wie er sollte. Gibt es hierzu Alternativen, gibt es andere Formen, die hier machbar sind, unabhängig von diesen Auslandshundertschaften, und welche Schwierigkeiten hat die bisherige Praxis auf den Bereich der Arbeit hier im Land, welche Lücken entstehen dadurch? Können diese kompensiert werden, gibt es momentan Veränderungen oder gibt es Ihrerseits hier Vorschläge? Viele Fragen zum bisher Passierten sind schon gestellt. Wir reden von einem Prozess, bei dem es nicht darum geht, zu sagen, eine gute Reform ist nicht gelungen, drehen wir sie einfach zurück. Das geht nicht, wir sollten zumindest gucken, wie es nach vorne geht. Die momentane Reform ist zwar noch nicht ganz abgeschlossen, aber wir sprechen bereits von neuen Umstrukturierungen der Sicherheitsarchitektur, da gibt es die Werthebach-Kommission. In dem Zusammenhang würde ich die Frage an Herrn Hüber, Herrn Voss und Herrn Wendt richten: Wie sind die Personalvertretungen an der Arbeit der Werthebach-Kommission beteiligt, welche Informationen haben die Bundespolizeimitarbeiter/-innen bisher erhalten, also genau im Gegensatz zu den Reformprozessen, die wir bisher hatten. Welche Rolle spielen in dieser Kommission die bisherigen negativen Ergebnisse der Bundespolizeireform und wer sitzt eigentlich in dieser Kommission und in ihrem Beirat? Insofern auch an Herrn Zintel die Frage, Sie sprachen nachvollziehbarerweise davon, dass eine unzureichende Untersuchung der Aufgaben der Bundespolizei in den nächsten Jahren mit grundlegend war für die spätere Reform oder für die Fehlentwicklung in der Reform. Sind Ihnen denn für die Werthebach-Kommission solche grundlegenden Untersuchungen dieses Mal bekannt, also wird auch hier anders verfahren als bei der vorangegangenen Reform? Eine Detailfrage habe ich noch. Bei Herrn Reedwisch ist vom

sozialwissenschaftlichen Dienst die Rede, der abgeschafft wurde. Sie schreiben, dass mit seiner Zerschlagung ein zusätzliches Manko in der Aus- und Fortbildung geschaffen wurde, da höre ich erst einmal das Wort zusätzlich heraus. Das heißt generell, wie sieht die Aus- und Fortbildung heute aus, wo sehen Sie Defizite und zum sozialwissenschaftlichen Dienst, wo fehlt nach Ihrer Meinung in der heutigen Praxis dieser sozialwissenschaftliche Dienst, z. B. hatte er auch bei der Betreuung von Auslandseinsatzrückkehrern, traumatisierten Rückkehrern eine Rolle gespielt, in welchen weiteren Bereichen fehlt er?

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Tempel! Herr Voss, bitte!

SV **Roland Voss**: Zur ersten Frage, betreffend die Abordnungen und Schattenstrukturen und damit zusammenhängend die verloren gegangene Präsenz in der Fläche sowie die negativen Auswirkungen auf die Motivation der Beschäftigten sei Folgendes festgestellt. Seit Beginn der Reform müssen zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit Abordnungen quer durch die Bundesrepublik durchgeführt werden. Die Dauer ist in der Regel auf drei Monate beschränkt, dann wird das jeweilige Kontingent gewechselt. Damit ist ein sehr hoher personalwirtschaftlicher Aufwand verbunden. Vor allem die Kolleginnen und Kollegen der Direktion in Berlin, Pirna und Bad Bramstedt führen berechtigt und nachvollziehbare Beschwerden, wegen der dauerhaften Abordnungen, also auch so, wie sie bei uns heißen, die so genannten Kettenabordnungen. Auswirkungen auf die Motivation sind demzufolge auch sehr nachvollziehbar. Zu den Zahlen, damit man das auch ein wenig besser versteht, in der Relation von durchschnittlich etwa pro Abordnungskontingent von etwa 500 Abordnungen je Rate und bisher jetzt acht durchgeführten Raten wurden innerhalb der letzten zweieinhalb Jahren mehr als 4.000 Beamte abgeordnet. Hinzu kommen dann noch so genannte 50er-Kontingente, so dass sich die Anzahl der Abordnungen auf etwa mehr als 5.000 in den letzten zweieinhalb Jahren erhöht. Da die Abordnungskontingente in der Regel aus einem Personenkreis des mittleren Dienstes und nur eingeschränkt auch aus Beamten des gehobenen Dienstes rekrutiert werden, wird dieser Personenkreis unverhältnismäßig stark beansprucht und belastet. In der Relation zu dem zur Verfügung stehenden Personal dieser Direktionen und unter Anbindung und Prüfung sozialer Gesichtspunkte, so wie sie auch in der Dienstvereinbarung stehen, sofern man überhaupt unter diesen Umständen von sozialen Gesichtspunkten und deren Berücksichtigung sprechen kann, sind zahlreiche Kolleginnen und Kollegen bereits mehrfach zwei, drei oder sogar vier Mal von Abordnungen betroffen gewesen. Das bedeutet, dass die Kolleginnen und Kollegen innerhalb eines Jahres mehr als ein halbes Jahr nicht in ihrer Stammdienststelle verbrachten, weder die Integration in der eigenen Dienststelle noch ein soziales und privates Leben oder gar eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind somit möglich. Dass bei diesem Personenkreis grundsätzlich die Identifikation mit der Bundespolizei verloren geht und von einer Motivation nicht

mehr gesprochen kann, das ergibt sich, glaube ich, von alleine. Die Kolleginnen und Kollegen beschreiben ihre Situation dann auch als sehr perspektivlos. Warum finden eigentlich Abordnungen in dieser großen Zahl statt? Das sollte man vielleicht in diesem Zusammenhang beleuchten. Durch eine Personalbedarfsberechnung, die Grundlage zur Reform war, eine einheitliche Personalbedarfsberechnung, wurden einheitlich auch Standards und Berechnungsgrößen festgelegt. Es wurde ein großer Personalfehl in den westlichen Bundesländern, also in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, im Saarland, in Teilen von Hessen und auch in den Schwerpunktdienststellen festgestellt. Um diesen auszugleichen, sind nach Meinung, zumindest des Präsidiums, Abordnungen dienstlich erforderlich. Die Frage, warum bisher nicht mehr Personal eingestellt wurde, ist allerdings bisher mehr oder weniger ausgeblendet worden – ich hatte da vorhin schon einmal Bezug darauf genommen. Hinzu kommen weitere Abordnungen zu völlig unterschiedlichen Tätigkeiten im Ausland und auch Fremdverwendungen, das sind die so genannten Schattenstrukturen in der eigenen Organisation. Darüber hinaus hat die Bundespolizei zahlreiche Dienstposten im ODP mehr eingerichtet, als sie haushaltsmäßig über Planstellen verfügt. Im Ergebnis sind zahlreiche, eingerichtet Arbeitsplätze nicht besetzt, gleichzeitig erhöht sich die Verwendung von Beschäftigten der Bundespolizei in Bereichen, für die überhaupt keine Dienstposten geschaffen wurden, so genannte Schattenstrukturen, ständig. Ich möchte ein Beispiel auch jetzt aus dem Bereich der Direktion Koblenz benennen. Dort befinden sich im Stab 73 eingerichtete Vollzugsbeamtenstellen, tatsächlich werden dort 92 Polizeibeamte verwendet, das ist ein Personalbestand von 126 Prozent, weitere Vollzugsbeamte werden dort demnächst Verwendung finden, so dass von einer Prognose von 134 Prozent ausgegangen werden muss. Alle diese Kolleginnen und Kollegen haben natürlich nachvollziehbare Arbeiten. Allerdings kann die Direktion Koblenz die erforderliche Arbeit, die sie machen muss, die sie vom Präsidium erhält, mit dem eigentlich zur Verfügung stehenden Personal nicht machen und muss eine entsprechende Schattenstruktur damit begründen. Es zeigt uns, eine ganze Reihe weiterer Funktionen werden in Zugleich-Funktionen auch für das Präsidium in Potsdam, in Koblenz wahrgenommen, so dass auch hierdurch eine starke örtliche Doppelfunktion und Belastung resultiert. Die Schattenstrukturen der Bundespolizei werden auch letzten Endes vom Bundesrechnungshof angesprochen – ich verweise auf den Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zur Aufgabenwahrnehmung im bahnpolizeilichen Bereich vom 2. Februar 2010. Nach diesem Bericht sind bereits die zur Ermittlung des Personalbedarfs zugrunde zu legenden Daten fehlerhaft und nicht nachvollziehbar. Erschreckend ist, dass nach dem Prüfbericht des Bundesrechnungshofes bei über 25 Prozent der Reviere die mögliche sowie die tatsächliche Personalstärke so gering ist, dass eine durchgängige Streifenbildung, Besetzung der Wachen nicht sicher gestellt werden kann. Dies kann von mir, aus meinen Tätigkeiten heraus durchaus bestätigt werden. Somit kann man auch einen schleichenden Rückzug der Bundespolizei aus der Fläche belegen, was durchaus

mit den Strukturen der Bundespolizei momentan zu tun hat. Einsatzbedingt müssen quasi auch wöchentlich in den Revieren und in den Inspektionen Dienstplanänderungen vorgenommen werden, so dass immer weniger Kolleginnen und Kollegen im tatsächlichen operativen Dienst Dienst leisten. Trotzdem haben die Inspektionen zusätzliche Dienstposten eingerichtet, die nicht vorgesehen waren. Sie müssen sie einrichten, um die entsprechenden Arbeiten, die ihnen vorgegeben werden, tatsächlich wahrzunehmen. Ich nenne beispielsweise den Sachbearbeiter Controlling und den Sachbearbeiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, es gibt in den Inspektionen weder für den einen noch für den anderen einen eigenständigen Sachbearbeiter. Diese Tätigkeit muss in Zugleich-Funktion wahrgenommen werden, aber es versteht sich von selbst, die Inspektionen müssen auch funktionsfähig in diesen Bereichen arbeiten können. Also verwenden sie Leute fremd, was in der Regel immer wieder zu Lasten der Linie geht. Ein weiteres Beispiel sei auch hier die Inspektion Kaiserslautern, die ich vorhin schon benannt habe, genannt, bei der mir mitgeteilt worden ist, dass ein Personalfehl von ca. 100 Kolleginnen und Kollegen im operativen Bereich, also von etwa 30 Prozent besteht. Zusätzlich kommen hier noch Fremdverwendungen von zur Zeit von etwa 20 Vollzugsbeamten, die natürlich das Fehll im operativen Bereich deutlich verstärken. Die Präsenz der Bundespolizei auf der Straße leidet darunter sehr. Auch durch die Zusammenlegung der Inspektionen ist ein Rückzug der Bundespolizei in dem Fall aus der Fläche durchaus feststellbar, dem muss durch entsprechend kleinere funktionsfähige Reviere mit eigenständigen Möglichkeiten der Funktionswahrnehmung in den Revieren entgegnet werden. Unter dem Gesichtspunkt meiner Ausführungen gibt es bereits heute zahlreiche Dienststellen in der Bundespolizei, die nicht über eine ausreichende eigene Personaldichte verfügen. Die dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sind bereits seit Jahren überlastet, Auswirkungen auf die Motivation, im Krankenstand sind demzufolge nicht ausbleibend.

Ich komme jetzt zur Frage der Auslandsverwendungen. Ich bin bewusst auf die Auslandsverwendungen eingegangen, weil auch gerade die Afghanistan-Einsätze der Bundespolizei nicht im direkten Zusammenhang zur Reform stehen. Das Engagement der Bundespolizei im Ausland im Allgemeinen unter aktuellen Konzeptionen der Bundespolizei und der Berechnung, der Personalberechnungen im Organisations- und Dienstpostenplan wurden und werden von mir beleuchtet. Dabei ist festzustellen, dass die Auslandsverwendung der Bundespolizei alleine schon deshalb eine Erwähnung auch in Bezug auf die Personal- und Belastungssituation bedürfen. Der Organisations- und Dienstpostenplan der Bundespolizei trägt der Auslandsverwendungen nur ungenügend Rechnung. Eine weitere Problemstellung sind die Auslandshundertschaften, zu denen ich aber hier keine weiteren Ausführungen machen kann. Auslandseinsätze der deutschen Polizei – sei es im Rahmen internationaler Polizeimissionen oder auch aufgrund von bilateraler Vereinbarungen – wurden bisher von den Beschäftigten grundsätzlich als positiv bewertet. Diese positive Grundhaltung hat sich durchaus geändert. Warum?

Beschäftigte, die an internationalen Missionen eingesetzt werden, werden in ihrer originären Tätigkeit gleich wo sie momentan verwendet werden, nicht ersetzt. Das wachsende deutsche Auslandsengagement führt inzwischen zu einer Überlastung derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die im Inland die verbleibende Arbeit weiterhin ausüben müssen. So werden Personalressourcen der Bundespolizei durch Verwendungen im Ausland gebunden, die zur Aufgabenwahrnehmung aber im Inland tatsächlich fehlen, das führt natürlich auch zu Spannungen der Kolleginnen und Kollegen, die ins Ausland gehen, wenn sie zurückkommen, beispielsweise auch in den entsprechenden Beurteilungen, die immer wieder Anlass zu Beschwerden und Klagen der Kolleginnen und Kollegen sind. Der eingerichtete Personalpool für längerfristige Auslandseinsätze hat sich meiner Meinung nach nicht bewährt. Die eingerichteten Dienstposten für längerfristige Abwesenheiten im Präsidium helfen nicht wirklich der Linienorganisation, diese von Personalbindungen zu entlasten. Da internationale Einsätze weiter an Bedeutung gewinnen werden, wird diese Entwicklung anhalten und das personalwirtschaftliche Fehlen an der operativen Basis dadurch auch weiter zunehmen. Der Bundespolizei fehlt ein schlüssiges zukunftsorientiertes und auch motivierendes, aber auch den Mitarbeitern Rechnung tragendes Auslandsverwendungskonzept und die diesbezügliche personelle Unterlegungen im Organisations- und Dienstpostenplan. In diesem Zusammenhang möchte ich aber anregen, dass ich es als absolut notwendig ansehe, dass Auslandseinsätze und damit einhergehend die Entsendung deutscher Polizisten in gefährliche Missionen unter Parlamentsvorbehalt gestellt werden. Nur somit ist eine wirksame und parlamentarische Kontrolle möglich, die es zudem ermöglichen würde, die oftmals kritisierten Rahmenbedingungen für solche Einsätze zu hinterfragen und auch zu verbessern. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang auch noch folgende Anregung zu machen: Das Zusammenwachsen der Staaten in Europa und das verstärkte europäische Zusammenarbeiten der Bundespolizei mit unterschiedlichen europäischen Polizeien sollte zu Überlegungen führen, dass auch eine europäische Mitarbeitervertretung der Polizeien, welche sich für die Rechte der Kolleginnen und Kollegen auf europäischer Ebene einsetzen kann und den Mitglied- und Vertragsstaaten beratend zur Verfügung steht, auf den Weg zu bringen ist. Zur weiteren Stärkung des Parlaments rege ich in diesem Zusammenhang, genauso wie mein Kollege Lars Wendland auch, einen Beauftragten der Bundespolizei an, der ähnlich dem Wehrbeauftragten der Bundeswehr jährlich dem Parlament Rechenschaft über den inneren Zustand der Bundespolizei ablegen kann. Zur dritten Frage, welche Infos haben die Beschäftigten zur Werthebach-Kommission? Zur Werthebach-Kommission insgesamt kann ich Ihnen sagen, die Beschäftigten wissen, dass es eine Werthebach-Kommission gibt, weitere Informationen sind ihnen bisher nicht zugänglich gemacht worden.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Das ist doch schon einmal was. Gut! Vielen Dank! Herr Hüber, bitte!

SV **Sven Hüber**: Herr Vorsitzender, Herr Tempel, zur Frage Auslandspool und Auslandsverwendungen vielleicht zunächst eine Klärung der Begrifflichkeiten. Der Deutsche Bundestag hatte im Jahre 2001 mit der Verabschiedung des Antiterrorpakets 240 Planstellen für die Bundespolizei zusätzlich bereitgestellt, um einen Pool für Beamte zum Schutz deutscher Auslandsvertretungen, der so genannte HOD-Pool (Haus- und Ordnungsdienst) einzurichten. Wir waren auch dankbar dafür, dass damals die Planstellen kamen, umso undankbarer sind wir jetzt natürlich, dass diese jetzt wieder gestrichen wurden in diesem Jahr, nicht diese, sondern im Volumen. Es wurde dann durch eine Verteilung des Antiterrorpakets avisiert, letztmalig habe ich es recherchiert im September 2004, dass man diesen Pool für besondere Auslandsverwendung HOD einrichten wollte, der aktuelle Stand ist, dass es organisatorisch einen solchen Auslandspool beim Bundespolizeipräsidium gibt, der zum einen mit Dienstposten dargestellt ist für den Haus- und Ordnungsdienst bei den deutschen Auslandsvertretungen und mit Dienstposten für Beamtinnen und Beamte, die in Mission sind. Diese ca. 350 Dienstposten entsprechen ungefähr einem Mann-Stundenvolumen von ungefähr 553.000 Polizeistunden. Die Crux besteht darin, dass dieser lange angekündigte Pool, also im nächsten Jahr werden es dann fast zehn Jahre, nur als virtueller Pool existiert. Das heißt, die Beamten sind natürlich nicht virtuell, die sind schon draußen, die sind auch in deutschen Auslandsvertretungen, auch in den Missionen. Aber damit ist zum einen natürlich zu Recht die Frage gestellt, aber das ist dann halt eher eine Ressortsache als eine Parlamentssache, ob man das dann auch organisatorisch in so einem Pool macht. Das hat bestimmt Schwierigkeiten, weil die Beamtinnen und Beamten immer nur eine Zeit ins Ausland gehen, ungern ihre Dienststelle auch auf dem Papier verlassen, sich nach Potsdam versetzen lassen würden und sagen: „Was passiert, wenn ich aus dem Ausland zurück bin, nach der zweiten, dritten Verwendung?“ Man ist, Herr Kollege Medgenberg hat es schon gesagt, nicht ganz alleine auf der Welt, da hängt Familie mit dran, das soziale Umfeld. Ich persönlich glaube auch nicht, dass eine solche Pool-Geschichte in diesem Sinne funktioniert. Festzustellen ist jedoch, dass sie ein Teil der Neuorganisation war, diesen Pool beim Bundespolizeipräsidium zentral in Potsdam einzurichten und in den vergangenen zwei Jahren nichts unternommen wurde, um diese Idee dann auch tatsächlich personalwirtschaftlich umzusetzen. Das führt zu dem Zustand, dass die Beamtinnen und Beamten nach wie vor natürlich aus ihren Heimatdienststellen entsandt werden, wie seit Jahr und Tag – und da kommt man vielleicht auch an den Lösungspunkt. Man kann dies auch so belassen, vielleicht auch aus Rücksichtnahme auf die Beamtinnen und Beamten, man muss dann allerdings dieses Stellungsvolumen, diese nicht an der Heimatdienststelle abzuleistenden Mann-Stunden organisatorisch mit berücksichtigen. Man kann jeder Bundespolizeidienststelle sozusagen einen Bonus geben und sagen, wir rechnen eben ein, dass ihr im Schnitt ein, zwei, drei Beamte auch ins Ausland entsendet. Ein

anderes Feld ist die internationale Einsatzeinheit, die auch vor einem anderen Hintergrund gebildet wurde, auch personell nicht aufgefüllt ist. Ich bin mir sicher, dass im Rahmen der Evaluation auch das Profil dieser Einheit noch einmal in den Fokus genommen wird, um sich klar zu sein, was man denn eigentlich für ein Polizeiportfolio da anbietet, was die denn eigentlich da können sollen, die „Eier legende Woll-Milch-Sau“, die wird es sicher nicht geben können, was auch Bewertungsfragen angeht, also die Beamtinnen und Beamten, die für diese Einheit gesucht werden, rekrutiert werden sollen, von denen erwartet man schlicht und ergreifend, dass die ihre eigene Entscheidungsdisposition in ein Krisengebiet zu gehen, mit Eintritt in diese internationale Einsatzeinheit abgeben. Umso strenger müssen natürlich auch die Rahmenbedingungen da gestrickt sein. Insgesamt, denke ich, ist für das Auslandsengagement der Bundespolizei noch Nachholbedarf. Wir wissen, dass dies ein wachsendes Aufgabenfeld ist, dass es sehr viele Anfragen auch aus anderen Ländern, auch aus nicht Krisengebieten gibt, die sich Unterstützung, Beratung und Hilfe von der deutschen Polizei, von der Bundespolizei erhoffen und erwarten und auch anfragen. Das ist nicht nur eine Renommeefrage, das ist für uns, denke ich auch, auch eine wichtige Frage, im internationalen Polizeisystem mehr Kontaktfläche dort darzustellen. Aber dieser Prozess ist noch nicht end-durchdacht und entsprechend auch nicht organisatorisch umgesetzt, der fristet so ein Stiefmütterchen-Dasein noch ein Stück. Dazu zählen übrigens auch die Rahmenbedingungen. Wenn deutsche Polizisten in das gleiche Krisengebiet gehen – und hier sitzen die Innenpolitiker, dann kann ich das auch noch einmal sagen – und für eine EUPOL-Mission anders entschädigt werden als für ein deutsches, nationales Polizeiprojekt, dann stimmt da irgendwas nicht und das seit Jahren nicht. Ich kann Sie nur dringend bitten, sich der Sache geflissentlich anzunehmen, dass wir dort vernünftige Rahmenbedingungen mit hinbekommen. Zur Werthebach-Kommission oder noch kurz zu den Auswirkungen auf die Binnenarbeit: die Beamten fehlen, weil ihnen ihr Arbeitskräftevolumen für die Heimatdienststellen miteingerechnet wurde und nicht sozusagen on top noch einmal so ein Auslandsbonus miteingerechnet wurde. Dann fehlen sie oftmals an den Stellen, wo ohnehin Personalnot herrscht, an den Flughafendienststellen ist der Anteil der auch fachenglischsprechenden Beamtinnen und Beamten naturgemäß einfach aus der Aufgabe geboren höher als aus anderen Bereichen. Also gehen natürlich mehr Leute von Flughäfen dorthin oder wenn wir eben abseits von HOD und Missionen Beratungsbedarf an europäischen Partnerflughäfen haben, dann schickt man natürlich eher jemanden vom Flughafen hin als einen von der Bahnpolizeidienststelle. Und da sind dann sich selbst einlösende Prophezeiungen damit verbunden, was die Verstärkung der Personalnot an diesem Bereich mit sich bringt. Zur Werthebach-Kommission, offiziell weiß ich so viel wie in der Presse stand, ich kenne auch die Gutachten, die Herr Werthbach bisher so veröffentlicht hat zu diesen oder jenen Themen der inneren Sicherheit und der Polizeistruktur. Offiziell sind die Personalvertretungen – ich bin als Hauptpersonalratsvorsitzender der Bundespolizei in diesen Prozess nicht

eingebunden, es ist eine politische Entscheidung des Bundesinnenministers gewesen, sich hier extern beraten zu lassen. Von der Zusammensetzung der Kommission, ich kenne natürlich einige, die da drin sitzen, aber offiziell kenne ich keinen, das kann man auch so stehen lassen. Grundsätzlich muss ich Ihnen aber sagen, bin ich gar nicht so kritisch dazu, weil ich glaube, dass die Schnittstellen, die sich zwischen der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt und insbesondere dem Zoll im polizeilichen Bereich ergeben, dass die endlich einmal aufgenommen werden und kritisch hinterleuchtet werden und sich hier vielleicht echte Synergie-Effekte auslösen werden, da bin ich doch recht zuversichtlich und optimistisch. Ich kann nur darauf verweisen, wir haben bereits 2008 bei der Anhörung hier in diesem Kreis zur Änderung des Bundespolizeigesetzes wiederholt darauf aufmerksam gemacht, als Gewerkschaft der Polizei. Und wenn dies jetzt aufgenommen wird, kann ich das zunächst als Fakt nur begrüßen. Mal schauen, was dann hinten dabei herauskommt. Danke schön!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Hüber. Herr Wendt, bitte!

SV **Rainer Wendt**: Herr Abgeordneter, die Frage, was die soziale Situation der Polizeibeschäftigten in der Bundespolizei angeht, ist allein nicht mit Geld zu beantworten, sondern darüber hinaus müssen auch die psycho-hygienischen Faktoren in einer Belegschaft stimmen, und bei Gewerkschaften ist es anders als bei Parteien: Wir lehnen einen Vorschlag nicht schon deshalb ab, weil er von der Konkurrenz kommt. Ich habe sehr große Sympathie für das, was Kollege Wendland hier vorgeschlagen hat, einen Polizeibeauftragten oder wie man den auch immer nennen mag, nach dem Vorbild des Wehrbeauftragten bei der Bundeswehr einzurichten, der jenseits aller Hierarchien auch Ansprechpartner für die Belegschaft ist und darüber natürlich auch regelmäßig berichtet. Das ist in den Länderpolizeien gelegentlich auch auf den Weg gebracht oder zumindest beantragt worden, in Hessen hat es jetzt die SPD-Fraktion, in Hessen war es mal die FDP, die das auf den Weg gebracht hat. Ich halte sehr viel davon und ich glaube auch, dass es sinnvoll ist, sich näher mit dem Menschen, die wir beschäftigen, zu befassen. Ich sage es einfach mal ein bisschen oberflächlich, wir schicken jeden Tag mehr als 100.000 Leute bewaffnet auf die Straße und kümmern uns zu wenig darum, was geht bei diesen Leuten eigentlich vor. Deshalb halte ich auch sehr viel von dem, was der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Herr Ahlhaus, zur Zeit erwägt, nämlich an der deutschen Hochschule der Polizei so etwas wie ein eigenes sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut einzurichten, das sich ähnlich dem Zentrum „Innere Führung der Bundeswehr“ mit dem Apparat selbst, mit den Kolleginnen und Kollegen, mit den Konflikten, mit den Prozessen, die in der Belegschaft stattfinden, als Forschungseinrichtung und zwar dauerhaft beschäftigt. Ich finde die Polizeibeschäftigten, das ist kein bundespolizeiliches Thema, das ist ein Thema, was alle Polizeien berührt, sind es wert, sich damit zu befassen, also auch

das gehört zur sozialen Situation der Beschäftigten, da geht es eben nicht ausschließlich um Geld und Trennungskosten, Entschädigung oder sonst irgendetwas, Reisekosten oder so, sondern da geht es auch und vor allem um die menschliche Situation der Beschäftigten, die wir in jedem Fall im Blick haben müssen. Ich bin selbst Mitglied des Beirates der Werthebach-Kommission, die einmal getagt hat und ich habe das vorhin schon kurz anklingen lassen, die Neigung grundsätzlich nun die Sicherheitsarchitektur in Deutschland sozusagen vom Kopf auf die Füße zu stellen und da ganz grundlegende Änderungen vorzunehmen, war in dieser ersten Sitzung des Beirates ausgesprochen schwach ausgeprägt. Ich stimme meinem Vorredner ausdrücklich zu, dass es darum geht, an einigen Stellen punktuell Synergien zu prüfen, dann auch zu nutzen. Da, wo es sinnlose Doppelstrukturen gibt, muss man ran und muss das auflösen, weil dafür der Apparat insgesamt doch zu teuer ist, aber grundlegend die Sicherheitsarchitektur zu ändern, davon halten wir auch nichts, denn die vertikale und horizontale Verteilung polizeilicher Macht – denn es ist auch Macht, wenn man ein Gewaltmonopol hat, hat sich in Deutschland bewährt und sollte deswegen auch beibehalten werden. Insgesamt haben die Mitglieder des Beirates aber auch, in diesem Beirat sind alle Polizeigewerkschaften vertreten, vereinbart, dass eine offensive Öffentlichkeitsarbeit, was diese Kommission betrifft, zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgen sollte. Ich halte das auch für vernünftig, um die Verwirrung nicht noch zu vergrößern und die Kolleginnen und Kollegen nicht noch mehr in Unsicherheit zu stoßen. Geheimwissenschaften finden da ganz sicherlich nicht statt.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank. Herr Zintel und abschließend dann Herr Reedwisch.

SV **Volker Zintel**: Herr Tempel, ich habe nicht den Einblick direkt in die Arbeit der Werthebach-Kommission, aber ich glaube, dass einmal die Professionalität des Vorsitzenden eine Gewähr dafür ist, dass er sicherlich keine Luftnummern fährt, sondern darauf achtet, dass diese Basisuntersuchungen den möglichen späteren Entscheidungen oder Vorschlägen zu Grunde gelegt werden und an dem Punkt kann ich auch Herrn Wendt unterstützen. Aus den Gesprächen, die ich in den letzten Wochen mit Präsidenten der Bundesoberbehörden hatte, höre ich, dass dieser Beirat recht gut funktioniert und dass dort vernünftige Abstimmungen gemacht werden. Insofern glaube ich schon, dass man sagen oder erwarten kann, dass in der Werthebach-Kommission so grundlegende Fehler nicht gemacht werden.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Herr Reedwisch, bitte!

SV **Rüdiger Reedwisch**: Herr Tempel, auch wenn Sie mich nicht gefragt haben, ich darf mich outen als offizielles persönliches Mitglied des Beirates und da darf ich Ihnen ferner sagen, dass ich in die Beratungen neun Schnittstellenthemen

eingetragen habe, speziell die Bundespolizei betreffend. Ob das Bahnpolizei ist, ob das Luftsicherheit ist, etc. und das wird geprüft und da werden Gemeinsamkeiten, Zuständigkeiten geprüft. Ich finde den Weg, den der Minister eingeschlagen hat, auch richtig. Er hat uns das auch noch einmal in einem anderem Gespräch bestätigt. Er hat keinerlei Vorgaben gemacht außer der Tatsache, dass Länderkompetenzen und Verfassungsschutz draußen bleiben, also wir beschäftigen uns mit der Sicherheitsarchitektur in der Zuständigkeit des Bundes und die Kommissionsmitglieder laufen auch offen herum und fragen überall und machen sich schlau, weil wir ihnen die Aufgaben als Beirat gegeben haben. Und da werden wir irgendwann zusammen kommen, die Ergebnisse beraten, vielleicht auch Schlüsse ziehen, welche Vorschläge wir daraus gewinnen können, verwerfen oder bestätigen, dann wird es dem Minister vorgelegt. Sein Plan ist es, dann mögliche Konsequenzen bis zum Frühjahr des nächsten Jahres zu beraten, zu beschließen und umzusetzen, was immer das sein mag. Ich denke, da werden Sie auch irgendwo beteiligt werden. Das ist die Arbeitsweise und sie ist relativ offen in dem Bereich, aber nicht pressewirksam. Ich denke, das ist ein seriöser und vernünftiger Weg insgesamt in dem Bereich. Jetzt zu den beiden Fragen, die Sie mir gestellt haben, sozialwissenschaftlicher Dienst. Da sind wir endlich auf einem Acker, auf dem ich sehr gerne pflüge, weil das ein spezielles Thema für mich ist, das ich für sehr vernachlässigt in dieser Bundespolizei halte. Er war so ein bisschen stiefmütterlich vorhanden, aber er war da, der sozialwissenschaftliche Dienst, aber nie so, wie ich ihn für richtig halte. Für alle, die es nicht wissen, wir haben einen selbstständigen sozialwissenschaftlichen Dienst an der Bundespolizeiakademie gehabt mit dem Leiter, einem Studiendirektor und entsprechenden beamteten Experten, Psychologen, Soziologen usw. Die haben das in der Aus- und Fortbildung des mittleren und gehobenen Dienstes umgesetzt und sie hatten verlängerte Arme in Form von Kolleginnen und Kollegen in den Aus- und Fortbildungszentren, und zwar ein Soziologe oder Psychologe in dem Bereich und dann noch Vollzugsbeamte, die entsprechende Schulungsmaßnahmen hatten. Da wurden eine ganze Reihe von praktischen Lehrangeboten gegeben und diese dienten zum Aufbau sozialer Kompetenz etc. So hießen die Lehrgänge, die sehr gut genutzt wurden und von dem jeder, der dort teilgenommen hatte, auch etwas hatte und zugleich sind diese Kolleginnen und Kollegen in der Einsatzbetreuung tätig gewesen. Bei größeren Einsätzen haben sie die Mitarbeiter vor Ort betreut und daraus haben sie wieder praktische Lehrkonsequenzen gezogen für die Unterrichtung in der Ausbildung. Mit der Entscheidung über die Neuorganisation in der Bundespolizeiakademie ist auch dort ein für mich falsch verstandener Zentralismus aufgebaut. Es gibt einen kompletten Lehrbereich, in dem alle als Fachlehrer in einem sog. Pool herumtummeln müssen. Jeder hat so sein Fach und wie es die Natur der Sache ist, der Behördenleiter legt natürlich Wert darauf, er setzt den Vorrang, er hat den Auftrag, Aus- und Fortbildung zu gestalten. Ergebnis: die Herrschaften werden nun auch in der Lehre eingesetzt. Für praktische Dienste gibt es auch keine

Organisationen mehr und was in den Aus- und Fortbildungszentren war, gibt es auch nicht mehr. Die sind jetzt, wenn überhaupt noch vorhanden, als Einsatztrainer eingesetzt, machen alles mögliche, nur nicht schwerpunktmäßig diese Aufgabe, wenn überhaupt, oder sind gänzlich in anderen Verwendungen. Es waren hochqualifizierte Fachkräfte, sehr professionell geschult und sehr wirksam. Wir fordern seit eineinhalb Jahren – da habe ich schon dicke Bretter gebohrt im BMI, beim Ständigen Vertreter seiner Zeit. Es wurde dann hin- und hergeschoben, ist dann irgendwann beim Präsidium gelandet. Da habe ich es auch mal angemahnt, da entsteht auch der Eindruck, dass es ein Schiebevorgang war oder bei einer Institution, die meines Erachtens dafür nicht die Entscheidungsrichtige war. Jetzt habe ich gerade auf dem Dienstweg läuten gehört, es soll da etwas Schriftliches kommen, dass es SWD den vielleicht wieder gibt. Wir brauchen ganz dringend einen sozialwissenschaftlichen Dienst aus dem Fundus der Mitarbeiter, die wir bisher gehabt haben, in einer eigenen Organisation. Diese Mitarbeiter müssen in dem Falle, sage ich mal, zentral beim Präsidium angesiedelt werden, genau so wie der ärztliche Dienst, und sie sollen sich vorrangig um Einsatzkräfte kümmern und nicht in der Lehre und im zweiten Rang, wenn da Platz ist, dann die Erkenntnisse aus dem Einsatzbereich in der Lehre verwenden. Also ein kompletter neuer Schwerpunkt in dem Bereich oder überhaupt ein Schwerpunkt, denn jetzt werden sie nur als Fachlehrer ohne besonderen Aspekt eingesetzt. Was wir brauchen, das haben Sie auch gefragt. Wir haben auch traumatisierte Personen nicht nur aus der Auslandsverwendung heraus, sondern stellen Sie sich mal den Bahnpolizisten vor, der über drei Kilometer mit dem blauen Sack herumlaufen muss, um einen Suizidfall zusammen zu sammeln. Da ist zur Zeit keine dienstliche Betreuung oder Versorgung vorhanden. Nun gibt es eine ganze Reihe von anderen Fällen in dem Bereich auch in Einsatzgeschäften, wo eigentlich eine sozialwissenschaftliche Betreuung nötig ist. Wir haben das Personal, es wird nur missbraucht oder fremd und unzureichend verwendet. Da ist Frustration und da ist eine Verwendung, die wir in anderen Bereichen viel, viel notwendiger hätten. Die Landespolizei macht uns das vor. Perfekt! Man kann da auch mal hingucken, aber man muss auch mal gucken, was machen die falsch, was vermeiden wir und was machen die gut, das wir verwenden können? In dem Falle kann ich nur beispielhaft sagen, ich habe nach Niedersachsen geguckt; auch in anderen Ländern gibt es ähnliche Einrichtungen, beispielhaft und unverzichtbar für uns. Da muss Dampf gemacht werden, damit wir da möglichst schnell Veränderungen herbeiführen. Das halte ich für unverzichtbar. Was die Aus- und Fortbildung betrifft: die Organisation ist im Moment organisatorisch überfordert durch eine Fülle von noch Auszubildenden, die wir überall haben, die natürlich die Räumlichkeiten blockieren, die auch angesichts knapper Haushaltsmittel für die Fortbildung dann nur beschränkt sein kann und das führt dann zu Missständen. Wir haben dankenswerterweise noch ein Attraktivitätsprogramm, auch wenn es meiner Ansicht nach den Namen nicht verdient, aber wir wollen auch 40 Prozent gehobenen Polizeivollzugsdienst. Da haben sie dann Motivationsprobleme, Mitarbeitern aus

Bayern zu erklären, warum sie nach Mecklenburg-Vorpommern auf einen Lehrgang für ein halbes Jahr gehen sollen, dann Prüfungen ablegen sollen, von zu Hause fern sind, der Bundespolizei viel Geld kosten und hinterher dasselbe machen wie vorher. Das ist der Fall und daher sind wir im Defizit was das Erreichen der Sollzahlen bis 2013 betrifft. Ansonsten ist durch die Ausbildung so viel Personal gebunden, dass wir praktisch nicht in die Fortbildung einsteigen können, sondern wir müssen im Gegenteil im Moment noch Einsatzkräfte in der Lehre mit einsetzen. Die Ursache kann ich Ihnen auch sagen, die beklage ich seit Jahr und Tag, wir haben noch nie ein Personalentwicklungskonzept in dieser Organisation gehabt. Es ist immer nach Hauruck entschieden worden und es ging auch immer gut. Wie ein Abteilungsleiter sagte: „Das lasse ich mir berichten, aber es hat schon immer geklappt.“ Genau das ist das Unseriöse daran. Jetzt haben wir vielleicht seriöse Zahlen und auch der Minister hat zugesagt, „ODP-Wahrheit heißt Soll gleich Ist“ und dann kommen wir vielleicht zu einer klaren, sauberen Einstellungskonzeption. Jetzt haben wir eine Situation, dass wir Dienststellen haben, die über 50 Prozent und noch mehr in einem Altersschnitt von 50 plus X sind und alle auf einmal urplötzlich, wie es bei uns so üblich ist, verschwinden und wir sagen, wo ist jetzt das Personal, das wir dringend für unsere Aufgabe brauchen. Ich will auch noch eine Kritik an der Ausbildung des gehobenen Dienstes loswerden, auch wenn ich vielleicht da für gescholten werde. Der Bologna-Prozess, der jetzt bei uns greift, das ist alles schön und gut, aber selbst wenn sie mit den Dozenten sprechen, auch mit den zivilen Dozenten, dann ist da folgende Diskrepanz: wir bilden für einen europaweiten Vergleich aus und müssen in Europa vergleichbar sein. Das sind die Vorgaben, wir bilden aber nicht konkret für die Schwerpunkte der Bundespolizei aus, weil wir dafür keine Zeit haben und auch der modulare Aufbau ist da nicht sehr förderlich. Man müsste sich mal Gedanken machen, ob man nicht wirklich fragt, müssen wir so europahörig in diesem Punkt sein, dass wir sagen, wir machen Bologna-Prozess prima mit allem drum und dran oder wir sagen, wir müssen einmal überlegen, ob es da nicht Grenzbereiche gibt, wo wir abweichen können zum Vorteil einer sachgerechten Ausbildung eines jeden Bundespolizisten, damit er seine Aufgabe in der Bundespolizei und in den Polizeikräften der Länder erfüllen kann. Ich denke, da gibt es Aspekte für Sonderlösungen und nicht nur das Argument „europaweiter Vergleich“. Ich hoffe, das reicht Ihnen? Danke schön!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank Herr Reedwisch! Herr Kollege Wieland, bitte!

BE **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Schon, weil es sonst falsch gewertet würde, bedanke ich mich auch ganz herzlich bei den anwesenden Sachverständigen hier, insbesondere bei Herrn Wendt, denn er hat das tröstende Wort dieses Nachmittags gesprochen. Ich sage es einmal mit meinen Worten: Keine Bundesregierung kann so schlecht sein, als dass sie die Bundespolizei tot bekäme. Das ist doch immerhin etwas. Noch nicht

einmal in die Krise ist sie gekommen, das ist noch viel mehr. Jetzt habe ich aber dennoch an Sie, Herr Wendt, eine Nachfrage zu Ihrer kleinen Kontroverse mit dem Kollegen Baumann, der nun nicht gesagt hat, wir sollen die Grenzkontrollen wieder errichten, sondern Landtagsabgeordnete zitiert hat, die das gefordert haben. Ist denn die Antwort der deutschen Polizeigewerkschaft auf die Sicherheitsängste der Menschen in den Grenzbereichen – und die haben Sie nach wie vor von Usedom bis ins bayerische Vogtland – zu sagen, aus pädagogischen Gründen gegenüber den Landesregierungen, die sonst möglicherweise Stellen abbauten, ziehen wir weiter Bundespolizei aus diesen Bereichen ab. Ist das sozusagen auf dem Rücken der Bevölkerung dort ein Kampf um die Prinzipien, wer zuständig ist? Merkwürdigerweise haben wir Grünen seinerseits gesagt: „Es kann doch nicht sein, dass die Grenze fällt und die Polizei geht.“ Und da sagte der Bundesinnenminister, damals Wolfgang Schäuble: „Haben wir alles im Griff“. Brandenburgs Innenminister, Herr Schönbohm: „Das haben wir alles im Griff, das ist kein Problem.“ Man wollte noch nicht einmal die Entwicklung eines Jahres abwarten, sondern es wurde gesagt, wir machen das jetzt gleich und die Bevölkerung glaubt inzwischen nicht einmal mehr den Statistiken, das darf ich Ihnen hier sagen. Ich wohne auch nur 70 Kilometer von der Grenze entfernt in Berlin. Ist das die richtige Antwort? An Herrn Wendt die Frage nach der Bahnpolizei: Wie sieht das in der Region aus? Sie sind hier auch aus Berlin-Brandenburg. Ist an den relevanten Bahnhöfen eigentlich die Polizei da, gibt es dort Reviere, gibt es dort Diensträume, wie sieht es mit der Präsenz in der Bahn aus? Eine Frage sowohl an Herrn Reedwisch als auch an Herrn Medgenberg geht zu diesen Rahmenkonzeptionen. Wir haben schon von Herrn Voss gehört, 160 Rahmenvorgaben aus Potsdam von dem neuen Bundespolizeipräsidium. Was war eigentlich vorher? Hatten wir da eine konzeptionslose Bundespolizei? Das frage ich Sie als alten Fahrensman – und welcher Mensch kann 160 Konzeptionen auch nur lesen, geschweige denn beherzigen, geschweige denn umsetzen oder stelle ich mir das falsch vor? Und die Frage an Herrn Medgenberg sozusagen, was ist die schnelle Nummer bei der Bundespolizei? Das ist ein Begriff, Begriff speziell im Kölner Karneval, Herr Vorsitzender, aber jetzt frage nach der Bundespolizei.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Ich bin auch der Moralbeauftragte des Ausschusses.

BE **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig! Ich weiß nicht, ob Sie die richtige Besetzung wären. Nun kommen wir wieder einmal zur Bundespolizei, den Begriff habe ich gehört, dass gesagt wird, dann machen wir eben ein paar schnelle Nummern, dann erreichen wir die Kennzahlen. Dann gibt es möglicherweise aber Ärger mit den Landespolizeien, weil wir denen dann viel zu viel vor die Füße kippen. Zu dieser Kennzahlenproblematik möchte ich gerne wissen, wer will die eigentlich haben und was folgt dann daraus?

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Herr Wendt, Sie waren als Erster angesprochen worden.

SV Rainer Wendt: Ja, weil Herr Wieland mich gelobt hat und das Lob zählt immer doppelt, deshalb danke ich auch sehr herzlich dafür. Nein, verehrter Abgeordneter, die Antwort wäre sehr einfach, wenn man sagen würde, die Grenzen sind gefallen und die Bundespolizei ist weg. So würde ich die Antwort nicht geben wollen und die Realität ist auch eine andere, denn die Grenzkontrollen sind gefallen und die Bundespolizei ist nicht weg, sie ist immer noch da, zu einem großen Teil und das ist auch gut so und das ist auch vernünftig so. Diese Veränderungsprozesse dürfen nicht im Hauruck-Verfahren gehen, da sprechen schon die Dienstvereinbarungen dagegen, das zu tun. Im Hauruckverfahren ist das nicht gemacht worden und sollte auch künftig nicht gemacht werden. Und was die Ängste der Bevölkerung angeht, die muss man ernst nehmen, das ist aber nicht allein Aufgabe der Bundespolizei, die ernst zu nehmen. Deshalb komme ich gerne wieder auf die Situation in Sachsen, im Übrigen auch in Brandenburg, zurück, die Grenzkontrollen fallen weg und bei der Bundespolizei bleibt alles so, wie es war. Das kann im Gegenzug auch nicht die richtige Antwort sein, sondern hier müssen unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten den veränderten Aufgabenzuweisungen letztlich die personalwirtschaftlichen Änderungen folgen, behutsam unter Berücksichtigung der Interessen, aber eben auch nachhaltig. Auf gar keinen Fall darf es hier Ewigkeitsgarantien geben, was die Strukturen angeht und das hat natürlich möglicherweise etwas mit Pädagogik zu tun. Aber Sie können unmöglich erwarten, dass wir sozusagen den Landesregierungen, das sind mehrere, es sind nicht nur die in Sachsen, auch noch die Argumentation dafür liefern, dass sie ihr Personal kräftig abbauen. Das hat im Übrigen insbesondere in den ostdeutschen Ländern ganz offensichtlich Konjunktur, in Sachsen-Anhalt beispielsweise, wo man schon ohne die Bundespolizei gar keine Personalplanung mehr macht, die man schon fest einplant. Was eigentlich sozusagen Unterstützung im Ausnahmefall sein sollte, ist jetzt schon fest eingeplant in die Einsatzplanung und das darf überhaupt nicht sein, das ist nicht das, was wir uns als Unterstützung für die Länder vorstellen. Und auch wenn Sie mich nicht danach gefragt haben, würde ich Ihnen das trotzdem sagen, was die Kennzahlen angeht. Auf Bundesebene gibt es zwölf Kennzahlen bei der Bundespolizei, es gibt die Möglichkeit, auf regionaler Ebene weitere Kennzahlen zu erheben und von diesem Instrument wird auch Gebrauch gemacht. Ich habe in meinem Eingangsstatement hingewiesen, die zweite Möglichkeit halte ich für falsch, sie muss zumindest begründungs- und genehmigungspflichtig werden, weil es sonst in der Tat eine Flut von Kennzahlen geben kann. Ich habe in Nordrhein-Westfalen – und 40.000 ist von der Größenordnung her eine durchaus vergleichbare Größe, was die Polizei angeht – zehn Jahre lang Erfahrung gewonnen mit Steuerung und Führung, mit Zielvereinbarungen, mit Produktmanagement, mit Kennzahlen und vielem anderen mehr. Zum Schluss hatten wir eine Kennzahl für die Zahl der Zuschauer, die beim Polizeimusikchor zuschauen und nicht dem öffentlichen Dienst angehören, das heißt, je mehr Möglichkeiten eigene Kennzahlen zu erheben. Sie

geben, umso mehr potenzieren sie auch diese Kennzahlen und nicht alle Kennzahlen machen auch tatsächlich Sinn. Es sollten für die Steuerungsrelevanz nur solche Kennzahlen erhoben werden, denen auch tatsächliche Vorgänge zu Grunde liegen, weil sie sonst belogen werden, weil sie sonst auf einem Berg von Phantomzahlen sitzen. Herr Professor Lange vom Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung hat in diesem Zusammenhang den Begriff der „virtuellen Führung“ geprägt, denn es ist nämlich so, dass Zahlen, die in diesem Zusammenhang gemeldet werden, wenn sie gefallen, nicht mehr auf Ihre Richtigkeit überprüft werden. Das ist eine sozialwissenschaftliche Forschung, das ist alles längst herausgefunden, das heißt, diese Instrumente sind nur bedingt für die Polizei tatsächlich tauglich. Wenn Sie z. B. die Präsenz mit Kennzahlen messen wollen, kann ich Ihnen garantieren, werden Sie hinten und vorne belogen. Das wird niemals funktionieren, das hat früher nicht funktioniert und funktioniert jetzt auch nicht. Genauso wenig wie Sie, wenn Sie durchgängig mit Zielvereinbarungen führen wollen, dann werden Sie erleben, dass die Ziele immer erreicht werden, die werden teilweise sogar übererfüllt, im Ergebnis haben Sie aber nichts, das alles hat schon im real existierenden Sozialismus nicht funktioniert und wird es bei der Polizei auch nicht geben.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Wendt! Herr Wendland!

SV **Lars Wendland**: Bahnpolizei im Bereich Berlin-Brandenburg, Präsenz – naja, angesprochen hatten wir das schon, dass wir viele Kolleginnen und Kollegen abordnungstechnisch in dem Bereich der Schwerpunktdienststellen senden, wir haben auch über 100 Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich des Präsidiums in Potsdam ihren Dienst versehen, abordnungstechnisch. Das heißt, die Bundespolizeidirektion Berlin-Brandenburg ist also nicht aufgefüllt, wie manche glauben, im Bahnhofsbereich muss man sagen, wir schließen hin und wieder mal die Reviere, ob das nun Spandau, Oranienburg oder Wittenberge ist, in einer Regelmäßigkeit, obwohl sich da mittlerweile, nachdem wir einige Kolleginnen und Kollegen aus dem östlichen Bereich gewinnen konnten, schon einiges getan hat. Trotzdem reicht das Personal derzeit nicht aus, um die Reviere rund um die Uhr wirklich 365 Tage im Jahr offen zu halten. Bei den Revieren habe ich eben schon einmal gesagt, dass Eberswalde z. B. noch gar nicht eingerichtet ist, örtlich gesehen Dienstverrichtungsräume haben wir meinem Kenntnisstand nach, nur am Potsdamer Platz, bräuchten aber taktisch gesehen – und das hört man in vielen Bereichen – im Bereich Gesundbrunnen und Ostkreuz auf jeden Fall noch einen, die dann allerdings auch besetzt werden müssten hin und wieder. Und Bahnpolizei an sich, da muss man vielleicht auch noch einmal sagen, den schlechten desolaten Zustand mancher Bahnhöfe und dabei auch exemplarisch einmal den Bahnhof in Brandenburg, obwohl dieser mittlerweile mit Mitteln des Landes wahrscheinlich dann rekonstruiert werden soll, weil dort die Landesgartenschau bzw. Bundesgartenschau stattfinden wird. Die Berechnung der Reiseaufkommen im Bereich der Bundespolizei im Bereich

Bahnpolizei ist meiner Ansicht nach nicht aktuell und deswegen fehlten uns da auch mittlerweile Personal an allen Ecken und Enden und nicht nur in Berlin und Brandenburg. Danke schön!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Wendland. Herr Medgenberg und Herr Reedwisch, Sie sind beide angesprochen worden dem gleichen Themenkomplex.

SV **Gerhard Medgenberg**: Zunächst zur Frage der Rahmenkonzeptionen, was man meiner Meinung nach allerdings nicht vollkommen isoliert betrachten kann, weil das eigentlich zum Gesamtkomplex der gesamten Reform- und Modernisierungsbestrebung dazu gehört, von denen man sagen kann, dass, also zumindest nach der Wahrnehmung der Beschäftigten in den letzten Jahren, das nicht nur leicht übertrieben, sondern gnadenlos überzogen ist. Und daher kommt auch die weitgehende Ablehnung, ganz einfach deswegen, weil man im Prinzip das Kind mit dem Bade ausgeschüttet hat. Was die Rahmenkonzeptionen speziell jetzt anbetrifft, muss man sagen, das ist einer der ganz wenigen Punkte im Bericht vom 1. März, die tatsächlich der Wahrheit entsprechen. Es sind tatsächlich mittlerweile mehr als 160 Rahmenkonzeptionen usw. verfügt worden vom Präsidium nach unten. Das Problem ist dabei nur, dass kein Personal zur Verfügung steht, um dieses nachher letztendlich auch unten umzusetzen. Ich pflege das immer mit der Struktur eines umgedrehten Tannenbaumes zu vergleichen, das heißt also, wir haben beim Präsidium eine für einen gewissen Teilbereich große Anzahl von Mitarbeitern, die sich mit dem Problem beschäftigen, die verfügen entsprechende Anfragen oder Aufträge zur Befassung mit gewissen Problemen nach unten auf die Direktionen. Da sind es noch sehr viele vielleicht und das geht dann wiederum den gleichen Weg weiter auf die Inspektionen runter und da haben wir dann so gut wie keinen mehr oder nachher einen Einzelnen, der diesen ganzen Teilbereichen jeweils zuarbeiten muss und soll. Dass das natürlich letztendlich in der Praxis nicht funktioniert, liegt auf der Hand und dann stellt sich natürlich ein gewaltiges Frusterlebnis ein, weil erstens kann es sein, dass man im Zwei-Tages-Takt irgendwelche Rahmenkonzeptionen von 80 oder 100 Seiten Umfang zu lesen bekommt. Niemand hat überhaupt Zeit die zu lesen geschweige denn, dass das irgendwo an der Basis auch umgesetzt werden könnte. Insofern nimmt man das dann teilweise auch mit einer gewissen Gleichgültigkeit zur Kenntnis und fragt sich, was das überhaupt soll. Das nimmt im Prinzip an der Basis niemand ernst. Auf die andere Frage, ob denn bisher alles konzeptionslos war, würde ich mal sagen, nein, denn wir haben, ob man es glaubt oder nicht, bei den Polizeibeamten durchaus denkende Menschen dabei, die durchaus wissen, was sie machen und auch gewisse Vorstellungen davon haben, wie sie ihren Job erledigen sollen. Deswegen sind sie auch irgendwann mal Schutzleute geworden. Ich bin der Meinung, man sollte ab und zu diese Überregulierung einfach ein bisschen zurückfahren und darauf vertrauen, dass der Beamte im Rahmen seiner Ausbildung erstens eine Menge Kenntnisse

mitbekommen hat, zweitens auch natürlich über einen gewissen Erfahrungsschatz verfügt, der ihm im Laufe der Zeit dann sehr wohl auch sagt, wie ein Job richtig zu erledigen ist. Da kommt dann auch wieder das altbekannte Problem oder das altbekannte Wort „Routine“ ins Spiel. Das hat leider Gottes einen schlechten Ruf mittlerweile bekommen, obwohl man sagen muss, Polizeidienst lebt sehr viel von Routine oder drücken wir es anders aus bei den Feuerwehren heißt es Automatisierung und meint dasselbe, klingt aber nicht ganz so negativ vielleicht. Insofern sind die Rahmenkonzeptionen an und für sich nichts Schlechtes, das kann man gar nicht unbedingt sagen, sie sind aber zum großen Teil überflüssig, sind an der Basis nicht umzusetzen und es sind schlicht und ergreifend zu viele. Was nun die Frage der schnellen Nummer bei der Bundespolizei anbetrifft, müssten wir auch ein klein wenig dazu wieder ausholen. Es geht primär darum, dass man der Vorstellung folgt, dass alles jederzeit messbar und dadurch auch steuerbar sein muss und dabei aber auch Gefahr läuft, das Wesentliche aus dem Blickfeld zu verlieren. Man verschweigt gerne, dass es im Nachhinein dann nur noch die Zahlen sind, die man optimieren will, und nicht die Ergebnisse als solche. Im Übrigen weiß auch keiner so genau, auch durch einen ständigen Wechsel der Determinanten, was jetzt gerade wichtig ist und in welche Richtung man sich dann bewegt. So ist es beispielsweise, es klang auch gerade schon an, hochgradig lächerlich, eine Kennzahl „Fahndung“ zu erheben, die sich aus einem Quotient von getätigten Fahndungsabfragen zu getätigten Aufgriffen bzw. zu Fahndungstreffern generiert. Jeder, der selbsttätig denkenden Beamten, sage ich jetzt mal wieder, weiß nach ganz kurzer Zeit, dass er diese Zahl in ungeahnte Höhen treiben kann, wenn er beispielsweise eine vielleicht bekannte Person, die ausgeschrieben ist, häufiger mal kontrolliert und dann mal auf eine Anfrage einen Treffer erhält. Wo hingegen derjenige, der bienenfleißig 100 Leute kontrolliert und dabei 30 Treffer erzielt, was mit Sicherheit eine ungeheure Fleißleistung ist, der ist aber von der Kennzahl eben bei Weitem nicht so gut. Wenn man das Ganze jetzt in zu kurzen Zeiträumen außerdem in zu kleinen Einheiten vergleicht, z. B. für den Bereich der Dienstgruppen jetzt im Wochentakt, züchtet man dadurch nicht unbedingt einen sportlichen Wettbewerb, wie es ihn auch schon früher bei Aufgriffen gegeben hat, das darf man auch nicht verschweigen, der auch durchaus positiv war, sondern man züchtet einen reinen Wettbewerb um der Zahlen willen. Das heißt also, man optimiert nicht die Arbeit, man optimiert letztendlich nur noch die Zahlen und züchtet damit also regelrecht Stress und das kann eigentlich nicht unbedingt im Sinne des Ganzen sein. Um aber jetzt auf die berühmt berüchtigte schnelle Nummer zurück zu kommen, es ist also beispielsweise im Bereich Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität, wir wissen Kennzahlen generieren sich eben sehr häufig auch oder verstehen sich eigentlich lediglich als Erhebung von statistischen Zahlen. Wenn wir uns jetzt die wöchentlichen oder monatlichen Zahlen zur Bekämpfung zur Rauschgiftkriminalität anschauen, wo auch die Dienstgruppen sich gegeneinander messen lassen müssen, und die Zahlen kann man dann stolz geschwellter Brust verkünden: wir haben wiederum einen Anstieg um 100 Prozent –

hoffentlich nicht von eins auf zwei, sage ich jetzt mal, aber es sind meistens schon höherwertige Zahlen. Wenn man sich die Zahlen dann aber mal genauer anschaut, stellt man fest, in den allermeisten Fällen sind es so genannte Kleinstmengen, das heißt also, mal 0,2 g Marihuana, mal Anhaftung an der Kleidung, mal Hanfsamen im Portmonee usw. Es liegt natürlich auf der Hand, dass solch ein Aufgriff relativ schnell zu tätigen ist, wenn ich beispielsweise bei uns in Weil am Rhein auf dem Parkplatz bei Mc Donalds weiß, jeder Zweite hat was in der Tasche, da gehe ich dann hin und kontrolliere mal kurz und schon habe ich meine zwei schnellen Nummern, nämlich die zwei schnellen Tagebuchnummern. Die darf ich aber nicht selber abarbeiten, weil es dafür die Bearbeitungszuständigkeit gibt. Das heißt also, die liefere ich dem Bezirksdienst des zuständigen Landespolizeireviers ab – mir hat letztes Mal ein Kollege dort von der Landespolizei gesagt: „Ihr braucht euch gar nicht zu wundern, dass wir euch nicht mehr sehen wollen hier, weil wenn ich die Aufgriffe haben wollte, dir ihr da bringt, dann hätte ich sie mir auch selber holen können.“ Das ist also keine besondere Leistung, sondern es geht wirklich darum, die Zahlen hochzupeitschen.

SV Rüdiger Reedwisch: Herr Wieland, 160 Rahmenkonzeptionen haben Sie richtigerweise gesagt. Ich äußere gleich mal Zweifel, ob das das Ausmaß der Gängelung insgesamt überhaupt erfasst. Das sind vielleicht die strengen Papiere, die überall kursieren und die vielleicht etwas dicker sind. Aber was so an Vorgaben noch ist, da sind wir beim Grundsatzthema „Zentralismus pur“ und das ist nur ein Aspekt. Und Sie haben auch gefragt, was war vorher, wer kann das lesen. Ich sage Ihnen ein Beispiel, das mir ein Präsident aus der alten Organisation mal sagte, der in drei Mittelbehörden eingesetzt war. Nachdem er in der dritten war, sagte er, ich konnte mir gar nicht vorstellen, dass es für Lösungsansätze in fünf Mittelbehörden sechs bis sieben Varianten gibt. Von daher sage ich mal, was es positiv, war die Zentralisierung gar nicht mal so verkehrt, dass man die Aufgaben einheitlich erfüllt. Ich denke, ein besonders gelungenes Beispiel ist ohne Zweifel, das hat die Vergangenheit schon bewiesen, die Zentralisierung in einer Hand bei der Bundesbereitschaftspolizei. Das hat sich nachhaltig in allen Bereichen bewährt, organisatorisch, finanziell, auch für die Mitarbeiter. Das läuft in geordneten richtigen Bahnen, meiner Ansicht nach. Bei diesen Vorgaben, also ein Teil hatte Schimmel im BMI angesetzt, sage ich mal ganz ehrlich, und der zweite Teil ist eben, dass man erkannt hatte, ein bisschen müssen wir zentral regeln und hatten neben dem, was dann ausgemistet wurde, gesagt, wir haben auch noch eigene Ideen, weil wir müssen uns auch behaupten. Wobei ich das jetzt nicht negativ meine, es gab schon Regelungsbedarf, aber der Regelungsbedarf wurde wieder massiv – typisch deutsch – überzogen, in Form von Überregulierung durch Rückversicherung, möglichst viel regeln, damit man sagen kann, aber ich habe daran gedacht, aber ich habe es angeordnet und von daher kann ich gar nicht verstehen, dass sich alle Leute beschweren. Wenn Sie Führungskräfte vor Ort befragen, die sagen Ihnen ganz klar: „Ich kann das nicht mehr alles lesen, geschweige denn kann ich noch alles umsetzen.“ Also muss man irgendwo in den

Bereichen Schwerpunkte bilden und auch einmal, wie es so schön heißt, loslassen, regionale Besonderheiten berücksichtigen und dann auch die Mitarbeiter zur Entfaltung kommen lassen. Das ist hier ein wirklich prägnantes Beispiel für Überregionalisierung und Dezentralisierung in falsch verstandenem Sinne. Das Thema mag berechtigt angepackt sein, das will ich gar nicht anzweifeln, aber die Art und Weise, wie man es anpackt, die beanstande ich ausdrücklich und ich denke, da gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. Wir haben vorhin schon eines gehört, wenn eine Entscheidung über 150 oder 300 Euro bis nach Potsdam laufen muss und die Entscheidungswege dann dementsprechend lange laufen. Oder wenn eine Organisation 200 neue PCs kriegt und sich freut, dass diejenigen, die noch keinen haben, endlich einen kriegen, feststeht, das ist nur ein Austausch der bisherigen Geräte und die anderen Kollegen bleiben weiterhin ohne Arbeitsgerät. So gibt es Beispiele ohne Ende in dem Bereich. Das kann einfach dann nicht stimmen. Ein wesentlicher Fehler auch in diesen Rahmenvorgaben, ich sage es jetzt einmal ein bisschen ketzerisch, wäre eine Rahmenvorgabe für die Regelung der Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen im Präsidium untereinander, das würde schon sehr hilfreich sein. Schönen Dank!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Wir danken Ihnen Herr Reedwisch. Weitere Wortmeldungen liegen mir im Moment nicht vor bis auf Herrn Hartmann.

Abg. **Michael Hartmann (Wackernheim)** (SPD): Ich wollte nicht den Nachmittag verderben, Herr Vorsitzender und möchte sehr konkret noch einzelne Fragen an verschiedene Gutachter stellen. Zunächst einmal der Flughafenbereich. Herr Zintel an Sie und auch an Herrn Hüber die Frage: Einer der Schwerpunkte der Reform sollte eine Verbesserung der Personalausstattung an den Flughäfen sein. Haben Sie erkannt, dass sich da tatsächlich etwas getan hat und haben Sie den Eindruck, dass beispielsweise die Zahl der Beamtinnen und Beamten, die aus den Flughafendienststellen in Auslandseinsätze beordert werden, zurückgegangen ist oder hat das zugenommen oder ist das gleich geblieben? Dazu gehört außerdem die Frage, ob das Sicherheitskonzept der Flughäfen generell der akuten Bedrohungssituation angepasst worden ist. Und auch an Sie beide in dem Zusammenhang noch die Frage: Eine weitere Begründung für die Notwendigkeit der Reformen neben der bereits genannten war auch der Hinweis darauf, dass man viel besser und konsequenter und entschiedener auf die Terrorbedrohungen reagieren müsse. Ist da eigentlich irgendetwas passiert? Wo wurde die Bundespolizei bei dieser Organisationsreform stärker, besser und intensiver auf die Terrorbekämpfung ausgerichtet? Dann an Herrn Wendland eine Frage: In Ihren Ausführungen war sehr deutlich auch der Aspekt der polizeifachlich vielleicht nicht immer und überall sehr korrekten Ausrichtung, was die Zuordnung von Revieren, Inspektionen anbelangt, abgesprochen. Können Sie feststellen, dass die Fahrzeiten für die Beamtinnen und Beamten in erheblichem Maße zugenommen haben, um überhaupt die notwendige

Koordinierung zwischen Revieren und Inspektionen herbeizuführen und führt nicht das auch dazu, dass der ohnehin vorhandene Personalfehlbedarf tatsächlich im Einsatz noch mehr und gravierender sich auswirkt? In diesem Zusammenhang noch an Sie die Frage, Herr Wendland: Es gibt das Konzept 66 plus, was nicht etwa, keine Angst, Herr Kollege Wieland, an eine Altersgrenze mahnt, sondern Einsatzzeiten draußen auf der Straße bzw. an den Bahnwegen zeigt. Ist das sinnvolles Konzept, prägt das den Polizeialltag, welche Auswirkungen hat es? Das ist eine Frage, Herr Reedwisch, auf die Sie vielleicht auch noch eingehen könnten. Last but not least: Wir haben davon geredet, und zwar besonders mit dem Blick auf die Länder im Osten Deutschlands, dass die Bundespolizei oftmals Lückenbüsser sein muss für die Landespolizei. Ich frage jetzt mal mit Blick auf die westlichen Bundesländer und da gerne Herrn Hüber aber auch Herrn Medgenberg: Wie sieht das denn tatsächlich aus im Westen? Gibt es da nicht auch viele Situationen, in denen nolens volens beispielsweise originäre bahnpolizeiliche Aufgaben durch die Landespolizei ersatzweise und hilfswiese vorgenommen werden müssen; ein Umstand, wenn er denn zutrifft, der auch das an sich sehr gute persönliche und im Arbeitsalltag sich ausprägende Verhältnis zwischen Landespolizei und Bundespolizei erschwert?

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Zintel, bitte!

SV **Volker Zintel**: Herr Hartmann, aus meiner Sicht hat man sehr wohl festgestellt, dass von dem Personalzuordnungsprogramm im Flughafen Frankfurt, davon kann ich sprechen, die anderen kann ich nicht so genau beurteilen, dass hier versucht wird, wirklich die Personalstärke so aufzustocken, um den Aufgaben gerecht zu werden. Natürlich bleibt nicht verborgen, dass das zu großen Teilen aus Abordnungskräften geschieht, was einerseits die Motivationslage sicherlich beeinflusst und was aus unserer Sicht der Flughäfen vor allen Dingen auch zur Folge hat, dass mangelnde Erfahrung da ist. Natürlich kann jemand, der das Flughafenumfeld kennt, über viele Jahre anders arbeiten auch mit seinem polizeilichen Auftrag als jemand, der immer nur wochenweise zum Flughafen kommt. Das fängt mit den primitivsten Auskunftserteilungen an und geht natürlich weiter auch über Dinge, wie in kritischen Situationen mit Absperrungen und Ähnlichem umzugehen ist. Da merkt man dann qualitative Unterschiede. Hinsichtlich der Auslandseinsätze hat sich mir kein Eindruck erschlossen, dass darunter zu leiden wäre, dass die Flughafenmitarbeiter zu Auslandseinsätzen hier verstärkt eingesetzt würden. Natürlich die, die am Flughafen arbeiten, haben im Regelfall, das ist schon angesprochen worden, auch hinsichtlich der Sprachkenntnisse meist gewisse Vorteile gegenüber anderen Beamten. Es kann natürlich sein, das kann ich nicht beurteilen, dass damit auch die Auslandseinsätze für Beamte aus den Flughäfen attraktiver werden, aber das müssen die Insider sagen. Das kann ich nicht beurteilen. Hinsichtlich Bedrohungskonzept, da sehe ich das Problem nicht nur bei der Bundespolizei, sondern da sehe ich das Problem zum Teil bei anderen

Sicherheitsbehörden, die für Lage, also für Risiko- und Bedrohungsanalysen zuständig sind. Ich glaube, so ist zumindest unser Eindruck auf den Flughäfen, hier könnte etwas konkreter gearbeitet werden, was die Bedrohungsanalysen und die daraus abgeleiteten Konzepte betrifft. Die Bundespolizei setzt Vieles um, aber sie ist nicht für die eigentliche Analyseerstellung zuständig. Und ich meine sehr wohl, dass da in der Vergangenheit teilweise vielleicht auch Einflüsse aus der Politik festzustellen waren, um die Terror- und Bedrohungsrisiken darzustellen, manchmal sehr abstrakt, nicht sonderlich konkret, das hat uns an den Flughäfen eher weniger geholfen diese abstrakte Darstellung, weil man nicht so genau greifen konnte, wo die Ansätze da waren, und das drückt sich natürlich auch in den Anordnungslagen aus. Ich maße mir hier nicht an, Gegenprogramme oder Gegenbewertungen zu empfehlen, aber die Terrorbedrohung sollte man hinsichtlich der Dienste und hinsichtlich des BKA natürlich mit allen Partnern, die in Europa an diesen Themen arbeiten, durchaus vereinheitlichen und intensivieren. Da gibt es große Unterschiede, das betrifft aber weniger die Bundespolizei. Ich bin der Meinung, dass die Arbeit am Bereich Terrorismus an den Flughäfen von der Ausführungsseite her, also das, was die Bundespolizeizuständigkeit ist, im Großen und Ganzen gut funktioniert und auch wirklich den tatsächlichen Gefährdungslagen entspricht. Ich bin der Meinung, dass eher noch im Vorfeld von Ermittlungen rund um die Terrorbedrohung mehr gemacht werden müsste, denn die eigentliche Terrorbekämpfung oder die effizienteste Terrorabwehr geschieht nicht, wenn der Anschlag schon unmittelbar bevor steht, das heißt, wenn die letzte Kontrolle am Flughafen gemacht wird. Da sind vielmehr Vorfeldermittlungen notwendig. Das haben im Übrigen auch die ganzen Vorgänge des letzten Jahrzehnts gezeigt, Beispiel Sauerland-Gruppe und Ähnliches, dass die Ermittlungsansätze im Vorfeld viel wichtiger sind, als das, was am Schlusspunkt nachher im letzten Glied der Kette, nämlich am Flughafen, gemacht werden muss. Aber ich glaube, dass insofern die Aufgabenwahrnehmung nach dem § 5 des Luftsicherheitsgesetzes bei der Bundespolizei, so sehe ich es jedenfalls aus der Sicht von Frankfurt, durchaus hinreichend sind.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Hüber.

SV **Sven Hüber**: Zunächst zur Frage Flughäfen, es wurde heute bereits angesprochen, dass eine Organisationsüberprüfung bei den Flughäfen zwar stattgefunden hat, aber organisatorisch nicht umgesetzt wurde. Das heißt, dort weiter aussteht und die Personalmehrung oder die temporäre Lückenfüllung insbesondere durch Abordnungskräfte wahrgenommen wird. Das waren vor der Reform Kräfte aus der Bereitschaftspolizei, jetzt sind es Kräfte aus der Grenzpolizei. Das grundsätzliche Problem ist, dass das Ballungsraumproblem, und die Flughäfen sind nun mal in Ballungsräumen als Schwerpunktthema und Querschnittsaufgabe mal angepackt wird und zwar von allen Seiten. Das harrt nach wie vor der Dinge, das harrt schon seit 20 Jahren wahrscheinlich und die Situation ist nicht besser geworden. Dazu zählt

ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die man anpacken müsste: Das sind die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter. Es ist nicht besonders förderlich, wenn jetzt zum wiederholten Mal, z. B. die 10 Millionen Euro für die Errichtung des Polizeiwohnheims in München, wo für den Abzuordnenden oder zu entsendenden Polizeimeister die Mietpreise am oberen Limit seiner Möglichkeiten sind, wenn diese durch den Haushaltsausschuss zum wiederholten Male gestrichen werden. Da fragen sie sich doch einfach, wo bleiben die Leute, wer geht denn da hin, wenn sie keine Parkplätze für die Leute haben, dass sie an den Frankfurter Flughafen kommen? Das sind Themen, die sind so alt wie der BGS oder die Bundespolizei, wenn über die Diskussion Ballungsraum bei jedem Dienstrechtsänderungs- und Neuordnungsgesetz hier, es sind genügend Experten im Raum zwar diskutiert wird, aber keine Entscheidung getroffen werden. Die polizeiliche Personalnot, auch wegen der Bezahlungsstruktur der Bundespolizei, die eher unten ist, und wir haben keine zweigeteilte Laufbahn, muss in den Ballungsräumen konzentriert angegangen werden, das ist gegenwärtig eben nicht der Fall. Das trifft auch auf Werbekonzepte zu, mühsam ist die Dienststelle jetzt zu der Entscheidung gekommen, da etwas zu tun, komplette Einstellungsraten für die Ballungsräume vorzunehmen, das muss nachgehalten werden. Das muss verstärkt werden und ich kann es nur noch einmal sagen, das Thema Ballungsräume und Flughafendienststellen muss sozusagen als ein Querschnittsthema insgesamt auf den Tisch. Und man muss sich da auch vornehmen, innerhalb von ein oder zwei Jahren, auch mit den Haushältern muss man dann sprechen, da zu Lösungen zu kommen, um Nachhaltigkeit zu erzeugen. Wir können nicht alle drei Jahre die Personallöcher in Flughäfen, in der Grenzkontrolle oder in der Luftsicherheit beklagen, das war 2008, vor zwei Jahren hier schon das Thema und ist nicht zu nachhaltigen Ergebnissen kommen. Zur Frage der Auslandsentsendung von Flughäfen, das ist ein anhaltend hohes Niveau, das ergibt sich aus dem Personal selbst. Da hatte ich vorhin schon geantwortet bei der Frage, wie man dieses Auslandsthema dort organisatorisch anpacken könnte. Ob die Sicherheitskonzepte der Flughäfen auf der Höhe der Zeit sind, darüber möchte ich mir kein abschließendes Urteil erlauben, dafür fehlt mir angesichts der Vielfalt der Beteiligten bei Bund, Ländern und Kommunen doch dann der schlussendliche Überblick, aber zur Frage der Terrorbedrohung möchte ich etwas sagen. Erstens ist es eine Frage der Zuständigkeit der Bundespolizei, Aufgabenkanon, das ist vornehmstes Vorrecht des Innenausschusses sich das Bundespolizeigesetz doch noch einmal auf den Tisch zu ziehen, auch im Aufgabenkatalog. Die Gewerkschaft der Polizei hatte bereits 2008 umfangreiche Vorschläge unterbreitet. Als Randaufgabe ist auch die Bundespolizei –das ist keine Kernaufgabe, da wäre eher die Bekämpfung der illegalen Migration zu nennen – mit zuständig. Das ist gesetzlich nun mal so festgelegt. Es ist natürlich verknüpft mit der Frage „Präsenz im Bahnbereich“ und Präsenz heißt eben hier, nicht nur 22-1A-Kontrollen, verdachtsunabhängige Kontrollen, zu machen, sondern wenn man dies will, auch politisch will, muss es sozusagen in einem der Rahmenkonzepte, vielleicht die

Nummer 158, die ich im Übrigen nicht für falsch halte und auch nicht für überflüssig halte, aber dort mitverankert werden. Im Luftsicherheitsbereich will ich nicht verhehlen, natürlich gibt es Klagen, insbesondere von der Bundespolizei Berlin und privaten Sicherheitsdiensten, dass der Druck auf die Unternehmen, ihre Mitarbeiter nur bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen, also morgens mal drei Stunden, abends mal zwei Stunden, enorm ist. Die Unternehmen klagen, dass sie für diese bedarfsgerechte Abrufbestellung von Luftsicherheitskontrolleuren kaum Personal finden, das dieses mitmacht. Da ist vielleicht ein Konfliktfeld aufgemacht worden, dem man sich mal annehmen kann. Lückenbüsser für die Länderpolizeien, ich sehe das nicht so, ich glaube, es gibt einen guten Grund, warum es ein mehr oder weniger funktionierendes Konzept der inneren Sicherheit zwischen Bund und Ländern gibt. Was ich für überlegenswert halte, ist, dass Bund und Länder zwar die Vorhaltung der Stellung von Bereitschaftspolizeikräften abstimmen, wer hält wie viel vor, man macht gemeinsame Wasserwerferkonzeptionen, dieses und jenes für den Schutzpolizeibereich. Für den Kriminalpolizeibereich gibt es das aber nicht. Mir ist kein Fall bekannt, wo Polizeidichte-Berechnungen in einem Landkreis oder in einem Regierungsbezirk oder in einem Bundesland die Gesamtzahl der verfügbaren Polizeikräfte von Bund und Ländern vielleicht mit berücksichtigen würden. Da kann man sagen, da ist sozusagen der heilige Föderalismus davor, aber ich sage, was bei der Bereitschaftspolizei geht – und wir waren schon beim Fanbegleitungsthema – auch aus meiner Sicht durch die Bildung der Direktionen im Bundesbereitschaftspolizei sich verbessert hat. Da kann man auch Nektar saugen für die anderen polizeilichen Bereiche, also eine Lückenbüsserfunktion sehe ich dort nicht. Ich wünsche mir natürlich, dass z. B. Grenzkriminalität, was Herr Baumann angesprochen hatte, eben nicht als Zuständigkeitsproblem gesehen wird. Der Bevölkerung ist es, ehrlich gesagt, egal, welche Polizei für welchen mit der Grenze zusammenhängenden Kriminalitätsfall zuständig ist. Ob es ein Kfz-Diebstahl ist oder eine unerlaubte Einreise-Peaks und ob vielleicht der Kfz-Diebstahl noch von einem unerlaubt Eingereisten wahrgenommen wurde oder nicht wahrgenommen wurde und wie sich dann im Behördenschungel der Fächer ausbreitet, ist in der Wahrnehmung der Menschen, die in der Grenzregion oder auch im Bahnbereich leben, relativ egal. Sie erwarten schlicht und ergreifend, dass dort Abhilfe geschaffen wird und dass Polizei verfügbar ist. Fazit: Ich sehe uns da nicht als Lückenbüsser für die Landespolizei, auch nicht die Kolleginnen und Kollegen der Länder als Lückenbüsser für die Defizite im Bahnpolizeibereich, ich glaube, dass da mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes besteht.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Zintel, Sie hatten noch eine Bemerkung.

SV **Volker Zintel**: Einen Satz wollte ich noch nachschieben, weil ich durch die starke Fixierung auf die Terrorbedrohung davon abgekommen war. Wo wir mit der

Personalsituation häufig nicht glücklich sind, ist die Frage der Grenzkontrollen, weil die Frage der Grenzkontrolle insbesondere zu den Einreise-Peaks, die wir in Frankfurt haben, nicht ausreichend gelöst ist. Das ist ein erheblicher Imageschaden für den Flughafen, aber auch für alle Beteiligten, weil der erste Eindruck von Vielen, die aus dem Ausland in Deutschland einreisen, eine ziemlich dramatische Wartesituation bei der Grenzkontrolle ist. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit da möglicherweise aus diesem Bereich für Rahmenanweisungen etwas besteht, aber wir würden uns als Laien, als Außenstehende vom Flughafen da schon wünschen, dass es da auch möglich wäre, flexibel von Luftsicherheit in Grenzkontrolle temporär umzuschichten, um diese Mängel aufzufangen und da ist noch Nachbesserungsbedarf.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Ich weise vorsorglich auf Folgendes hin: Für diejenigen, die jetzt wider Erwarten ein Hotelzimmer buchen wollen oder die Rückreise verschieben, wir haben jetzt noch drei Sachverständige und noch zwei Wortmeldungen mit Fragen. Ich sage das nur, zur Selbstdisziplin für jeden.

SV **Lars Wendland**: Sie haben Standortentscheidungen im Bereich Bahn angesprochen bzw. Inspektionen und Reviere. Es ist logisch, wenn ich von 128 Inspektionen 77 überbelasse, das heißt, 51 werden umbenannt oder gar geschlossen. Es ist logisch, dass ein DGL, der am Sitz der Inspektion ist, lange Fahrzeiten hat zu den Revieren, also im Bereich, was ich in meinem Eingangsstatement erwähnt habe, Oldenburg ist eine einfache Fahrt 170 km, sind anderthalb Stunden für einen Gruppenleiter, der einmal zu einer Gruppenleiterbesprechung muss, die sich dann evtl. in einer Inspektion treffen. Das betrifft allerdings die Leute in meinem speziellen Bereich Berlin-Brandenburg ebenfalls, wenn ich drei Inspektionen zusammenlege zu einer an einem Grenzabschnitt im Bereich Angermünde und der DGL zu einer Lage nach Manschow muss, ist er eine Stunde unterwegs und wenn er dann in das nächste Revier nach Gartz wieder muss, wo für er auch zuständig ist mit einer neuen Lage, dann ist er wieder zwei Stunden unterwegs. Also die Fahrzeiten verlängern sich dementsprechend. Ich denke mal, Ihre Frage damit beantwortet zu haben. Zu dem Programm 66 plus ist mir nur bekannt, dass es ein Kennzahlenprogramm ist aus dem Bereich der Direktion Koblenz. Ob das sinnvoll und zur Verbesserung beiträgt – ich kenne es leider nicht ganz genau. Dieses Programm soll wohl sagen, man soll im Kennzahlenbereich 66 plus, also mehr Kennzahlen bringen. Ich denke mal, der Kollege Roland Voss ist dort in diesem Bereich Personalrat – und ich weiß, dass dort einige Aktionen gestartet worden sind. Er wäre sicherlich für diese Frage 66 plus der bessere Ansprechpartner. Danke schön!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Herr Reedwisch, bitte!

SV Rüdiger Reedwisch: Ich bin gerne bereit, das konkret weiter abzugeben. Ich denke mal, es ist vom Grundsatz her in der Systematik drin, was vorhin schon wiederholt gesagt wurde. Wir fangen mit wenigen Kennzahlen im Präsidium an oder sogar im Ministerium. Im Einzelfall ist aber Ausgangspunkt das Präsidium. Je mehr vergabeberechtigte Instanzen dazu kommen, umso mehr wird das ganze System überfrachtet und wir haben dann Werte, mit denen wir überhaupt nichts anfangen können. Ich denke aber, im Detail übergebe ich gerne an den Kollegen.

Vors. Wolfgang Bosbach: Der Einzige, der übergibt, bin ich, aber das können wir nachher so machen; Herr Medgenberg, sonst stimmen meine Kennzahlen nicht, wenn ich mir das Geschäft hier aus der Hand nehmen lasse.

SV Gerhard Medgenberg: Gut, ich könnte dazu auch noch evtl. etwas beitragen, weil die Zahl bei uns noch ein bisschen höher ist, aber lassen wir das. Ich konzentriere mich auf das, was die Frage betraf und zwar, ob es eben auch im Westen Situationen gibt, wo die bahnpolizeilichen Aufgaben teilweise durch die Landespolizei wahrgenommen werden müssen. Dazu kann man natürlich sagen, aus unserem Bereich „Ja wohl!“, haufenweise, was auch nicht unbedingt ein Wunder ist. Das resultiert alleine schon aus den Entfernungen, die wir also bei uns mit einer zentralen Inspektion beispielsweise Weil am Rhein abzudecken haben mit fünf Landkreisen insgesamt. Das war aber schon vor der Reform ähnlich, das heißt also, dass auch dort das Land sehr häufig für uns eben Fälle übernehmen musste. Deswegen bin ich eigentlich auch der Meinung, dass dieser gute Ansatz der Werthebach-Kommission eigentlich gar nicht verkehrt gewesen wäre, wenn man das ein bisschen weiter hochgespielt hätte, und die Schnittstellen mit den Ländern teilweise noch miteingebaut hätte, weil wir uns einfach zur Frage Präsenz in der Fläche fragen müssen, wollen wir das überhaupt noch garantieren, die Bundespolizei, die § 3-Aufgabe in der Fläche, oder können wir das überhaupt garantieren. Man könnte jetzt auch vielleicht mal daran denken, dass man ausgetretene Pfade dergestalt verlässt, dass man verstärkt an gemeinsame Dienststellen mit der Landespolizei denkt, weil die in der Fläche natürlich auch mehr oder weniger an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Da könnten gegebenenfalls durchaus beide Seite davon profitieren. Ich meine, im Moment ist es so, wir haben die § 3-Aufgabe, die ist uns gesetzlich zugewiesen, das heißt, wir müssen flächendeckend tätig werden, das können wir allerdings im Moment meiner Meinung nach nicht. Wir können und ich meine, das wurde auch vorhin sehr häufig erwähnt, dass wir sehr häufig irgendwelche wechselnden Schwerpunkte vornehmlich von der Bundespolizei bedienen müssen. Das ist sicherlich richtig, das hängt natürlich teilweise auch wiederum an den ganzen Konzepten, die teilweise überall neu hochgefahren werden. Wir müssen uns natürlich auch daran gewöhnen, dass wir uns also nicht unbedingt drauf verlassen können, dass die Landespolizei den Part jeweils in der Fläche übernimmt, den wir meinen, gerade nicht lösen zu können, weil

wir uns gerade mal wieder einen anderen Schwerpunkt gesetzt haben. Das heißt also, die Frage ist einfach, können wir das auf Dauer halten oder können wir das nicht? Wenn wir natürlich der Meinung sind, wir können das nicht halten auf Dauer, dann müsste die Frage allerdings erheblich weitergehen und das würde allerdings in der Tat in den Bereich hineingehen, dass man dann die Frage stellen müsste, ist diese § 3-Aufgabe bei der Bundespolizei in der Fläche überhaupt richtig angesiedelt oder nicht. Das würde hier vermutlich ein bisschen zu weit führen.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Voss, Sie wollten noch kurz was zu 66 plus sagen.

SV **Roland Voss**: Vielen Dank! Es verwundert mich eigentlich nicht, dass das Konzept 66 plus in den anderen Bereichen der Bundespolizei nicht bekannt ist. Es scheint es wohl nur in der Direktion Koblenz zu geben. Was sagt es aus? Es dient dazu, die Zielvorgaben, die zwischen Dienststellenleitung und Direktionsleitungen vereinbart worden sind, tatsächlich durch höhere Außendienstanteile umzusetzen, das heißt, Außendienstanteile der Kolleginnen und Kollegen, die noch verbleiben, die noch auf der Straße verbleiben können und nicht mit dem Zahlenaufschreiben beschäftigt sind, die müssen Anteile von 66 Prozent an Außendienstanteilen bringen. Das ist einer der größten Kritikpunkte momentan vieler Beschäftigter, die tatsächlich in einer Form der Entmündigung und gegengleisig sehen, weil sie ihre Aufgabe ausschließlich nach Prozentzahlen zu erbringen haben. Ich glaube, ich sage auch nichts Ungewöhnliches, dass diese Zahlen natürlich auch erbracht werden. Das ist ganz einfach. Insofern ist das Ziel voll erfüllt. Deswegen hat man sich jetzt als Zielvorgabe für das neue Jahr herausgenommen, diese Zahl noch zu erhöhen, das Ganze ist in der Tat etwas, was überhaupt niemand mehr versteht und was eigentlich insgesamt von den Beschäftigten in Frage gestellt wird: Warum gibt man uns solche Ziele vor, die überhaupt nichts mit Polizeiarbeit zu tun haben? Wir müssen den Kontrolldruck erhöhen gegenüber den Menschen auf der Straße auf der einen Seite, das ist eine ganz, ganz schwierige Situation. Es werden Ziele vereinbart, 22-1A-Kontrollen immer wieder und immer mehr zu erhöhen, wenn man in einigen Landkreisen die Zahl dann kennt, weiß man, dass eigentlich nach drei bis vier Jahren jeder Mensch ein bis zwei Mal dort kontrolliert worden sein muss. Das geht nicht. Das wissen die Kolleginnen und Kollegen selbst, also erfinden sie selber Methoden, wie die Zahlen tatsächlich zu erbringen sind. Meine Kollegen sagen mir ganz einfach, wer denkt denn eigentlich an die Hauptaufgabe der Polizei? Die Hauptaufgabe der Polizei ist nach unserem Dafürhalten eigentlich Straftaten zu verhindern. Wir wollen Straftaten nicht ausschließlich verfolgen, Zahlen erfüllen, sondern wir wollen, dass die Menschen, wenn sie uns sehen, auch freundlich mit uns sprechen, so dass wir ihnen sagen können, tu das bitte nicht. Besser als warten, bis eine Straftat geschehen ist und wir haben dann wieder eine Zahl erfüllt. Insofern möchte ich die ausdrückliche Bitte auch zum Ausdruck bringen, dass wir uns mehr unserer

Hauptaufgabe, Straftaten zu verhindern, widmen können. Das ist das Konzept 66 plus.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Kollege Schuster.

Abg. **Armin Schuster (Weil am Rhein)** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte jetzt nicht Fragen stellen, um die Analyse zu vertiefen. Ich denke, das ist jetzt ausführlich geschehen. Ich habe an Herrn Hüber, Herrn Reedwisch und Herrn Wendt jeweils für mich eine abschließende Frage. Wir haben den Bericht des Bundesinnenministers und wir haben jetzt sehr ausführliche Berichte schriftlich und mündlich gehört. Irgendwo dazwischen liegt jetzt der Punkt, an den ich mich versuche, gedanklich heran zu robben. Die Lehre, heute Mittag zur Tagesordnung überzugehen, ist nicht möglich, jedenfalls nicht für mich, und ich hoffe, für die meisten im Innenausschuss auch nicht. Aber was ich ganz wenig gehört habe, ist eine Antwort auf die Frage, was erwarten Sie – und zwar nicht zum Thema einer Globalkritik, wir waren jetzt in sehr viele Bereiche gegangen –, sondern ganz konkret zum Thema Bundespolizeireform, nachdem Sie alle gesagt haben, zurückdrehen nein, mit welcher Erwartung schicken Sie mich jetzt hier hinaus?

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Herr Hüber, bitte!

SV **Sven Hüber**: Ich möchte Sie natürlich nicht hinausschicken, Herr Schuster, aber die Erwartungshaltung der Kolleginnen und Kollegen kann ich sagen, übrigens an diese Anhörung und auch an Ihre Reaktionen als parlamentarisches Kontrollgremium der Bundespolizei, sind relativ hoch – das muss ich sagen. Es steht mir nicht an, Ihnen Empfehlungen zu geben.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Doch, doch, darum sind wir ja hier.

SV **Sven Hüber**: Wenn ich darum gebeten werde, dann mache ich es auch. Erstens würde ich mir persönlich wünschen und Ihnen auch anraten, das Thema Bundespolizei öfter der parlamentarischen Kontrolle zu unterziehen, nicht nur durch die – natürlich auf der einen Seite einige Mitarbeiter belastende, aber doch erfreulich gestiegene Anzahl Kleiner Anfragen oder auch Große Anfragen, sondern dies auch durchaus, wie es im Übrigen bei den Parlamenten der Länder viel intensiver der Fall ist, auch im Innenausschuss des Deutschen Bundestages. Ihr Portfolio ist natürlich breiter gestrickt, aber Sie sehen, dass es dafür Bedarf gibt. Ich glaube, das hat sowohl die letzte Anhörung 2008 als auch die jetzige gezeigt, auch das Echo, das mediale Echo, auch die Wirkung in der Mitarbeiterschaft ist sehr hoch. Das Zweite ist, man wird gar nicht umhinkommen, die Evaluation fortzusetzen, was ich für wichtig, sehr wichtig halte, ist, dass das Bundesministerium des Innern zusammen mit dem Bundespolizeipräsidium ein Konzept entwickelt, wie die einzelnen Ebenen

bei uns die Dienststellenebenen in den Inspektionen, in den Hundertschaften, in den Verwaltungsstellen sich hier an diesem Evaluationsprozess beteiligen können, und zwar nicht nur beteiligen können, indem die Ergebnisse abgefragt und dass man irgendwo für Sie einen Bericht zusammenschreibt, sondern eine offene Fehleranalyse betreiben kann. Wenn schon bei der Organisation selbst die Mitarbeiter nicht eingebunden wurden, übrigens auch die Führungskräfte nicht eingebunden wurden, dann muss man diesen kommunikativen Prozess eben jetzt anstoßen und nicht nur eine Meldelinie nach oben entwickeln, wo durch ausgewählte Arbeitsgruppen wieder Ergebnisse zusammen gestellt werden – nicht, um den Zweck zu verfolgen, die Organisation zu verbessern, sondern um Ihnen einen Bericht abzuliefern. Das war einer der Krankheitspunkte dann auch zu diesem Bericht, der Ihnen vorgelegt wurde. Zum Dritten, es steht Ihnen, wie alles, völlig frei, überlegen Sie sich, ob Sie sich nicht wieder im Innenausschuss mit einer Resolution oder einer EntschlieÙung zu einer Positionierung durchringen, welche Erwartungshaltung Sie als Parlamentarier, als Volksvertreter an die Bundespolizei, deren Führung, der Mitarbeiter in der Fortführung dieses Reformprozesses hegen, wo Sie die Schwerpunkte sehen, - anfangs wurde es ein wenig belächelt, eine EntschlieÙung, vielleicht ein schwaches Instrument, aber im Nachhinein gibt es doch für alle Beteiligten an diesem Prozess auch eine Orientierung, wo der Zug denn hingehen soll und es ist gleichzeitig festgelegt, wann hält der Zug am Bahnhof des Parlaments und wann muss man aussteigen und fragen: „Wie haben wir denn die Strecke zurückgelegt?“ Insgesamt muss ich Ihnen aber auch sagen, Herr Schuster, bin ich mir sehr sicher, dass auch die Führungskräfte, also die Führung des Präsidiums und die Führung im BMI erkannt haben, dass es Veränderungsbedarf gibt. Ich bin mir ziemlich sicher, auch nach den Gesprächen, die die Gewerkschaft der Polizei und die anderen Berufsvertretungen mit de Maiziere geführt haben, dass wir hier zu einem „New Deal“ kommen, dass man Fehlentwicklungen, die es gegeben hat, versucht anzupacken und zu beenden und wir insgesamt, daran wäre mir sehr, sehr gelegen, zu einer besseren Stimmungslage bei den Kolleginnen und Kollegen kommen. Die kommen aber nicht von alleine, also es ist Vertrauen, was hier ein bisschen verbrannt wurde, das muss durch Taten wieder wachsen.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank! Herr Reedwisch.

SV **Rüdiger Reedwisch**: Ich kann noch einmal unterstreichen: wir hatten 2008 eine wahnsinnig hohe Erwartungshaltung bei der ersten Anhörung und wurden maßlos enttäuscht, das wirkt bis heute nach. Wo immer Sie Mitarbeiter sprechen, sie blicken in der Gesamtorganisation nicht durch und sie machen ganz klar den Vorwurf, wir werden nicht mitgenommen. Wir sind nur willfährig für die Dienstleistung, aber ansonsten will man uns nicht einbeziehen und auch nicht entsprechend würdigen. Sie erwarten, dass dieses nicht ein zweites Mal passiert. Wir haben bei den Mitarbeitern, und das können Sie an vielen Bekundungen immer wieder lesen und

hören, eine Berufsmoral trotz hoher Krankheitsraten. Wir haben eine sehr hohe Leidensschwelle in allen Bereichen, das ist nicht nur der Vollzugsdienst, das ist der Verwaltungsbereich genauso, die Verwaltungsbeamten genauso wie die Tarifbeschäftigten. Mir sind persönlich auch etliche Überarbeitungsfälle bekannt – und Fehlinformationen und Nichtinformationen sind wesentliche Ursachen – und unzulässige Arbeitsverdichtungen. Ich unterstütze das, was Herr Hüber gesagt hat, wir dürfen nicht nur jährlich im Fokus sein, wenn es um Haushaltsbeschlüsse geht, sondern wenn sich diese Republik eine funktionsfähige Bundespolizei leisten will, dann muss sie dafür auch den menschlichen und politischen Preis bezahlen und entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, auch angesichts des Föderalismus dort in den Ländern, und da muss man mal reden, das dort deutliche Lücken immer mehr vorhanden sind, die auch zu Lasten der Bundespolizei gehen. Was brauchen wir sofort? Wir erwarten, die Mitarbeiter erwarten nicht nur einen Katalog, wie geht es weiter, sondern wir erwarten sofortige Maßnahmen, wir erwarten mittelfristige Maßnahmen. Eine sofortige Maßnahme wäre, dass die Führungskräfte, die dies alles gehört haben, ab sofort anpacken und sich in ihrem Verhalten ändern. Das beginnt beim BMI, beim Loslassen und geht bis nach unten weiter und wir brauchen eine neue, schnelle mittelfristig – mittelfristig sage ich, das ist eine Frage von Wochen trotz aller Sommerlaunen und Sommerferien – eine ergänzende neutrale Evaluierung der gesamten Situation von außen, von innen bringt uns das gar nicht weiter. Das muss auch messbar und spürbar sein, da brauchen wir Umsetzungsvorschläge. Wir wissen jetzt, wo die Fehler liegen, haben wir doch lange genug diskutiert. Sie liegen in der Umsetzung, in der Ablauforganisation. Deutschland hat eine hohe Organisationsfähigkeit, da gibt es Experten ohne Ende, die uns helfen können, sollen und müssen, damit es vorangeht und wir müssen die Mitarbeiter und Führungskräfte einbeziehen, das ist unbestritten und ich sage noch einmal, eigentlich kann es jetzt sofort losgehen. Wir werden Sie auch noch einmal kontaktieren, Sie alle hier im Bundestag, in einer gemeinsamen Initiative aller Sicherheitsgewerkschaften und deswegen wird es Sie auch nicht wundern, wenn ich in diesem Punkt auch Herrn Hüber zustimme. Machen Sie eine Entschließung, indem Sie dem Bundesinnenminister sagen, was wir zu tun haben, was wir alle gemeinsam zu tun haben, damit da eine moralisch hohe Bundespolizei zufriedene und leistungsfähige Mitarbeiter hat, die auch gesund sind.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Vielen Dank, Herr Reedwisch. Herr Wendt.

SV **Rainer Wendt**: Herr Abgeordneter Schuster, von Ihnen als Mitglied der Regierungskoalition erwarte ich vor allem, dass Sie ein Bekenntnis zur Bundespolizei stets abliefern und zwar nicht nur verbal, Resolution und Entschließungen schaden da nicht, aber noch lieber ist mir, konkretes Regierungshandeln. Was die Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen angeht mit ausreichendem Personal vor Ort, das hat sich heute vier Stunden wie ein roter Faden hier durchgezogen. Was die Einkommen

der Beschäftigten angeht, zum Bekenntnis der Bundespolizei gehört übrigens, dass man ihre Angehörigen anständig bezahlt und ihnen nicht auch noch die Einkommen kürzt. Das gehört auch dazu. Da kann man sich dann andere Resolutionen notfalls sparen, aber die Einkommen zu kürzen, das gehört eben nicht zu einer Anerkennung der Bundespolizei. Zweitens erwarte ich bei aller berechtigten Kritik im Detail, was diesen schwierigen Umsetzungsprozess angeht, dass immer auch die hohe Anerkennung, die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei in den Vordergrund gestellt werden und ich beziehe hier ausdrücklich auch diejenigen ein, die diesen Umsetzungsprozess an der Spitze der Bundespolizei realisieren müssen. Das heißt, die Führungskräfte werden sich sicher keinen leichten Dienst erweisen mit Ihren Haushaltsbeschlüssen, denn diese Haushaltsbeschlüsse belasten den Umsetzungsprozess. Man könnte fast sagen, dass sie diesen Führungskräften in den Rücken fallen, wenn sie die Demotivation, die Stimmung an der Basis in der Bundespolizei durch Ihre Haushaltsbeschlüsse dann auch noch verschärfen. Ein Letztes, das ist eher eine Erwartungshaltung nach innen, ich habe das schon einmal ausgeführt und will das nicht im Detail tun, wir haben gesagt, dass die Führungsinstrumente, Kennzahlen, Zielvereinbarungen und alles auf den Prüfstand gehören. Wer glaubt, dass man mit Zielvereinbarungen Ziele erreicht, der glaubt auch, dass man mit Zitronenfaltern Zitronen falten kann. Das klappt niemals!

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Die letzte Wortmeldung. Herr Kollege Dr. Ruppert, bitte!

Abg. **Dr. Stefan Ruppert** (FDP): Ich mache einen Satz: Wie werden die derzeitigen Arbeitszeitbedingungen, die in den Dienstvereinbarungen vereinbart wurden, eingehalten und ich frage auch nur einen, von dem ich vermute, dass er mir das beantworten kann, Herr Hüber.

Vors. **Wolfgang Bosbach**: Herr Hüber, dann sind Sie jetzt dran. Bitte auch noch etwas Nettes zum Schluss, damit ich nach Hause gehen kann.

SV **Sven Hüber**: Vielen Dank. Das Netteste, Herr Bosbach, ist vielleicht eine Anekdote, eine Realsatire, Realanekdote nämlich. Es gibt eine EU-Arbeitszeitrichtlinie, es gibt Veränderungsbedarf für den Bereich der Polizei, weil komischerweise die Arbeitszeit-Gestaltungsmöglichkeiten für private Sicherheitsdienste deutlich flexibler sind als für die Polizei und es gibt zwei unterschiedliche Antworten, wer zuständig wäre, um hier aktiv zu werden, der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages sagt, es ist das EU-Parlament, der Petitionsausschuss des EU-Parlaments sagt, es ist der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung. Das beschreibt vielleicht ganz treffend, in welcher Konstellation die Beamtinnen und Beamten, hier betrifft es der Bundespolizei, sich befinden. Es gibt für uns Änderungsbedarf bei Arbeitszeitregeln, es sind grundsätzliche Regelungen, die nämlich genau darauf abzielen müssen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

wiederherzustellen, insofern schließt sich, dankenswerterweise durch Ihre Frage, der Kreis. Wer eine Bundespolizei bundesweit aufstellen will, mit einem Berufsbild, 42 Jahre lang bundesweit disponibel zu sein, der braucht auch Arbeitszeitregelungen, die es der wachsenden Zahl von Fernpendlern – und wir sprechen hier über die Anreise von hunderten von Kilometern – überhaupt ermöglicht, das Dienstregime und die persönlichen und familiären Belange noch unter einen Hut zu bekommen. Wir sind an einem Punkt, das kommt nicht nur bei den Abordnungskräften jetzt raus, sondern es sind viele, viele hunderte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht sogar tausende – wir lassen das gerade als GdP durch eine Studie der TU Chemnitz erheben, dass der wachsende Anteil von Fernpendlern die unflexiblen nur auf den Dienstweg kursierenden Arbeitszeitmodelle, die überhaupt gar keine Rücksicht darauf nehmen, wann kommt der Mann nach Hause, wann kann er mal mit seinem Sohn zum Fußballplatz gehen, wann kann man sich um seine persönlichen Sachverhalte kümmern, dass dieser wachsende Anteil von Pendlern etwas damit zu tun, was Frau Beerlage in ihre Studie aufgenommen hat. Und die Empfehlung, die Änderung des Burn-Out-Faktors in der Bundespolizei müssten vor allem durch die Änderung der Rahmenbedingungen erfolgen, die können gar nicht bei den Dienststellen gelöst werden, das spielt hier bei der Arbeitszeitfrage eine Rolle. Die Zusicherung, die Vereinbarung, die wir getroffen haben, also der Hauptpersonalrat der Bundespolizei mit dem Bundesministerium des Innern, hier flexiblere Arbeitszeitregelungen, gerade familienfreundliche Arbeitszeitregelungen zu schaffen, sind gegenwärtig noch nicht umgesetzt, wobei ich sagen muss, da ist wahrscheinlich eher kein Sachstreit, sondern auf anderer Ebene wahrscheinlich der Konflikt angesiedelt. Mit Herrn Hammerl bin ich mir insoweit einig, dass wir diese Fläche jetzt beenden müssen. Wir brauchen dort gerade bei den Arbeitszeitregelungen in der Bundespolizei einen Neuanfang und wir müssen dort zu neuen Lösungen kommen, das kann ich schon sagen. Wenn Sie uns da unterstützen wollen, vielleicht auch, indem Sie mit Ihren Pendants im EU-Parlament sprechen, denn die Neuorganisation der EU-Arbeitszeitrichtlinie steht auf der Agenda und das Konsultationsverfahren ist durch die Kommission eingeleitet worden, wäre ich Ihnen herzlich dankbar. Es hat niemand etwas davon, sich hinzustellen und zu sagen, vor lauter Fürsorge haben wir Arbeitszeitmodelle in der Bundespolizei, mit denen die Menschen nicht leben können. Da hört es dann, glaube ich, auch auf.

Vors. **Wolfgang Bosbach:** Im Namen des Innenausschusses bedanken wir uns sehr herzlich in erster Linie bei den Sachverständigen, in zweiter Linie bei unserem verehrten Publikum oben auf der Galerie und dann vor allen Dingen beim Freistaat Sachsen, 15 Länder haben schlapp gemacht, Frau Kühne, nur Sie haben bis zum Ende durchgehalten. In diesem Sinne: Ein schönes Wochenende!